



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS

KPV-Landesversammlung im Energiepark Hirschaid:

Kommunen als Leistungsträger vor Ort

Ein klares Zeichen für die kommunalen Belange setzte die diesjährige Landesversammlung der Kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) im oberfränkischen Energiepark Hirschaid. Wie KPV-Landesvorsitzender Landrat Stefan Rößle (Donau-Ries) vor zahlreichen Delegierten und Gästen betonte, seien die Kommunen die Leistungsträger vor Ort. Im Großen und Ganzen gehe es den bayerischen Kommunen gut, „weil zum einen fleißige Mandatsträger und Bürger vor Ort dafür arbeiten, aber auch weil unsere Landes- und Bundespolitiker der CSU gute Rahmenbedingungen dafür schaffen“.

Als „einen der stärksten und verlässlichsten Partner der bayerischen Kommunen“ konnte Vorsitzender Rößle den CSU-Vorsitzenden und bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer willkommen heißen. Seinen Ausführungen zufolge muss Politik der Seismograph der Lebenswirklichkeit sein. Dies werde von den Kommunen in besonderem Maße geleistet: „Sie sind das Wurzelwerk der CSU.“

Wichtige Säule FAG

Deshalb unterstütze der Freistaat die Kommunen in jeder Hinsicht. Der kommunale Finanzausgleich (FAG) verkörpere eine wichtige Säule bayerischer Finanzpolitik. Den Höchststand der Zuwendungen des Freistaats für die Kommunen für das Jahr 2016 bezifferte Seehofer auf nahezu 8,5 Milliarden Euro. Außerdem hätten sich die Stabilisierungshilfen in der Vergangenheit bewährt, wie zahlreiche positive Rückmeldungen aus betroffenen Kommunen zeigten.

Besorgt zeigte sich der Parteichef über die politische Zukunft der Union, falls es keine Kurskorrekturen in der Flüchtlingskrise gibt. Werde die Asylpolitik nicht korrigiert, stehe die Existenz von CDU und CSU auf dem Spiel. Seehofer forderte eine deutlich

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Postvertriebsstück - Gebühr bezahlt - B 1578
Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH,
Postfach 825, 82533 Geretsried



V. l.: Stellvertretender KPV-Landesvorsitzender MdB Alois Rainer gemeinsam mit Ministerpräsident Horst Seehofer und KPV-Landesvorsitzendem Stefan Rößle.

Herausforderung der Wiedervereinigung sowie mit der Finanzkrise im Jahr 2008. Beide Ereignisse hätten einer vergleichbar großen Kraftanstrengung bedurft. Auch hier habe der Freistaat Stärke bewiesen. Vor diesem Hintergrund kündigte der Parteichef ein Integrationsprojekt an, dessen Finanzierung durch hohe Rücklagen gesichert sei. Insgesamt gebe Bayern in den nächsten Jahren 3,6 Milliarden Euro für die Integration aus. „Wir wollen, dass Menschen, die zu uns kommen, mit uns leben, nicht gegen oder neben uns“, so der Ministerpräsident.

Mit Blick auf die insgesamt prekäre Wohnraumsituation ver-

wies der Ministerpräsident auf den Start eines bayerischen Programms für Sozialen Wohnungsbau mit knapp 30.000 Wohnungen im Freistaat. Die Wohnungen seien sowohl für Deutsche als auch angenommene Asylbewerber bestimmt. In diesem Zusammenhang gelte es, das Baurecht flexibler zu gestalten, damit schneller gebaut werden könne.

Schleuserkriminalität

Als ersten Schritt zurück zur Ordnung bezeichnete der Parteichef die Einführung von Grenzkontrollen. Durch die Grenz-

(Fortsetzung auf Seite 4)

schnellere Abwicklung von Asylverfahren. Die Bundesregierung habe dieses Thema lange Zeit unterschätzt, lautete seine Kritik.

Enorme Kraftanstrengung

Die Aktuelle Flüchtlingswelle verglich Horst Seehofer mit der

Gemeindefinanzbericht 2015 des Deutschen Städtetags:

Herausforderung Flüchtlinge

Mit beeindruckender Stärke haben die Kommunen bei der Aufnahme von Flüchtlingen ihre Leistungsfähigkeit und ihren Leistungswillen demonstriert. Allerdings stoßen reguläre Abläufe inzwischen angesichts der Zahl der ankommenden Menschen häufig an Grenzen oder können nicht mehr eingehalten werden. Darauf verweist der Deutsche Städtetag in seinem Gemeindefinanzbericht 2015, der aus aktuellem Anlass auch eine Schätzung für eine mögliche Bandbreite der flüchtlingsbedingten Kosten von Ländern und Kommunen für das Jahr 2016 enthält.

In einer ersten Schätzung beziffert der Bericht allein die Integrationskosten je nach angenommenen Flüchtlingszahlen auf bis zu 3 Milliarden Euro. Zur Integration enthalte die Vereinbarung von Bund und Ländern aus dem September erste Schritte, denen nach Ansicht des Deutschen Städtetags weitere folgen müssen. So müssten die Länder beispielsweise die Bundesmittel für das Betreuungsgeld, die sie erhalten, an die Kommunen zum Kita-Ausbau weitergeben. Die Aufstockung der Bundesmittel für die soziale Wohnraumförderung um 500 Millionen Euro sei hilfreich, doch sei es ratsam, dass Bund und Länder die Programme und Instrumente auch so ausweiten, dass der zusätzliche Bedarf an Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen – darunter auch Flüchtlinge – abgedeckt werden kann.

Transparente Debatte

Nach der jetzt in Kraft getretenen Regelung übernimmt der

Bund einen deutlichen Teil der entstehenden Kosten für die Flüchtlinge während der Asylverfahren. Die Frage, wie hoch diese Kosten insgesamt sein werden und welche Belastungen dadurch bei Ländern und Kommunen voraussichtlich anfallen, ist

bislang unklar. Als Beitrag für eine sachliche, transparente und konsens- bzw. kompromissorientierte Debatte hat der Deutsche Städtetag in zwei Szenarien eine denkbare Ober- und Untergrenze für die Entwicklung der Flüchtlingskosten berechnet.

Szenariorechnungen

In der Summe ergeben die Szenariorechnungen, dass die öffentlichen Kassen von Ländern und Kommunen im Jahr 2016 durch die Flüchtlingsausgaben je nach Asylbewerberzahlen in der Größenordnung von ca. 7 bis 16 Milliarden Euro belastet werden. Bei Berücksichtigung der bislang vom

(Fortsetzung auf Seite 4)



Mit einem umfangreichen Messeprogramm und zahlreicher Prominenz wartete die Kommunale 2015 in Nürnberg auf. V. l.: Wirtschaftsministerin Ilse Aigner, Erster Gemeindetags-Vizepräsident Josef Mend, designiertes Geschäftsführendes Präsidialmitglied Dr. Franz Dirnberger, Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl und das scheidende Geschäftsführende Präsidialmitglied Dr. Jürgen Busse. Einen ausführlichen Messebericht lesen Sie auf Seite 5.

Förderprogramm zum Breitbandausbau

Bis 2018 schnelles Internet in ganz Deutschland
Reaktionen von DStGB und Deutschem Städtetag

Das Bundeskabinett hat die vom Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur Alexander Dobrindt vorgelegte Förderrichtlinie für den Breitbandausbau beschlossen. Ziel des ersten Bundesförderprogramms für den Netzausbau ist es, in den kommenden drei Jahren hochleistungsfähige Breitbandnetze in unterversorgten Gebieten zu schaffen. Das Förderprogramm des Bundes ermöglicht einen flächendeckenden Ausbau bislang unterversorgter Gebiete mit 50 Mbit pro Sekunde.

Wie Dobrindt betonte, „schließen wir mit dem Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau die weißen Flecken auf der Landkarte. Insgesamt nehmen wir für die Förderung 2,7 Milliarden Euro in die Hand. Das Geld investieren wir gezielt in Regionen, in denen sich der Netzausbau wirtschaftlich alleine nicht rechnet. Damit legen wir die Grundlage, bis 2018 schnelles Internet für alle in Deutschland zu schaffen.“

Wirtschaftlichkeitslücke

Das Bundesförderprogramm richtet sich an Kommunen und Landkreise. Mit dem Förderbetrag können sie die Wirtschaftlichkeitslücke von Investitionen schließen, die sich bei den Telekommunikationsunternehmen ergeben, wenn diese ein Breitbandnetz in unterversorgten Gebieten errichten (Wirtschaftlichkeitslückenmodell). Zugleich werden die Kommunen durch die Bundesförderung in die Lage versetzt, passive Infrastrukturen wie z. B. Glasfaserstrecken zu errichten, die sie den Netzbetreibern verpachten (Betreibermodell).

Förderungen kombinieren

Der Fördersatz des Bundes beträgt im Regelfall 50 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten. Der Höchstbetrag an Bundesförderung pro Projekt liegt bei 15 Millionen Euro. Eine Kombination mit anderen Förderprogrammen, z. B. der Bundesländer, ist möglich und erwünscht. Dadurch können weitere 40 Prozent an Förderung hinzukommen. Der Eigenanteil der Kommune liegt bei 10 Prozent.

Netzausbau-Projekte werden anhand transparenter Kriterien (Scoring) bewertet. Dieses Punktesystem bildet die Grundlage für eine Förderentscheidung.

Unabhängig davon können Planungs- und Beratungskosten ab sofort mit bis zu 100 Prozent und einem Maximalbetrag von 50.000 Euro gefördert werden. Damit wird ein zusätzlicher Anreiz dafür geschaffen, schnell mit den Planungen zu beginnen.

Erhebliche Ausbaudynamik

Schon heute haben fast 70 Prozent (68,7 %) aller Haushalte in Deutschland Zugang zu mehr als 50 Mbit pro Sekunde - das sind 7 Prozent mehr als vor einem Jahr (Stand: Ende Juni 2015, Quelle: TÜV Rheinland). Im EU-Vergleich hat Deutschland die größte Dynamik beim Netzausbau - durch einen Technologiemix von Glasfaser bis Mobilfunk.

In einer ersten Reaktion äußerte sich der Deutsche Städtetag (Fortsetzung auf Seite 4)



Neues von Sabrina
Bratwürste gefährden Ihre Gesundheit – von solcherlei Meldungen lässt sich der Bürgermeister seine heißgeliebten Wurstwaren nicht schlecht machen. Seiner Meinung nach kommt es, Krebsgefahr hin oder her, eher auf die tatsächlich verzehrte Menge an Maßhalten ist auch hier die Devise des Rathauschefs. Seite 15

Sie lesen in dieser Ausgabe

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz: Umsetzung in Bayern	Seite 2
ConSozial 2015 in Nürnberg: Topaktueller Impulsgeber	3
GZ-Kolumne Stefan Rößle: Überblick über kommunale Herausforderungen	3
Kommunale 2015: Heute die Zukunft vorbereiten	5
GZ-Fachthemen:	
Kommunaler Bau	6-8
Kommunalfahrzeuge	9
Breitband	10-11
EDV · IT	12
Aus den bayerischen Kommunen	13-16

Thesenpapier von Gemeindetag und GVB:

Wirtschaftskraft langfristig sichern

Der wirtschaftliche Erfolg Bayerns basiert auf gesunden mittelständischen Unternehmen und stabilen regionalen Wirtschaftsstrukturen. Das heben der Bayerische Gemeindetag und der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) in einem gemeinsamen Thesenpapier hervor. Beide Verbände unterstreichen darin die Bedeutung des Mittelstands als Wachstums- und Beschäftigungsmotor im Freistaat.

„Starke Kommunen und eine starke Wirtschaft gehen Hand in Hand“, erklärte Uwe Brandl, Präsident des Bayerischen Gemeindetags, anlässlich der Veröffentlichung des Verbändepapiers. Deshalb sei es ein vitales Interesse von Gemeindetag und GVB, sich für den Erhalt und die Förderung stabiler Wirtschaftsstrukturen einzusetzen. Denn der wirtschaftliche Erfolg Bayerns hänge auch davon ab, inwieweit die regulatorischen Rahmenbedingungen den mittelständischen Unternehmen und Kommunen im Freistaat gerecht werden. „Nur dann können sie investieren und somit dauer-

haft Wachstum und Beschäftigung ermöglichen“, so Brandl.

Wichtige Bankkredite

Um Investitionen zu finanzieren, setzen der Mittelstand und die Kommunen nachweislich weiterhin auf Bankkredite. Die Verbände halten es deshalb für widersprüchlich, wenn die EU-Kommission im Rahmen der geplanten Kapitalmarktunion den Einsatz von Kapitalmarktinstrumenten fördern will, zugleich aber an anderer Stelle die regulatorischen Anforderungen für die Kreditvergabe erhöht werden sol-

len. Gemeindetag und GVB sprechen sich deshalb gegen weitere regulatorische Maßnahmen aus, die das Kreditangebot für Unternehmen und auch Kommunen einschränken und verteuern würden. Das würde dem Ziel der Kapitalmarktunion – mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa zu schaffen – entgegenstehen.

Spielraum geben

„Wer Wachstum und Beschäftigung will, muss den Unternehmen Spielraum geben, sich zu entwickeln. Dazu gehört auch der Erhalt der bewährten kreditbasierten Finanzierung durch Regionalbanken“, stellt Jürgen Gros, Mitglied des Vorstands beim Genossenschaftsverband Bayern, klar. Die Kapitalmarktunion müsse deshalb so ausgestaltet werden, dass sie den Anforderungen der regionalen Wirtschaft Rechnung trägt. Die Finanzierungsbedürfnisse von Unternehmen und Kommunen seien der Maßstab, an dem das Projekt ausgerichtet werden muss. Gros: „Das darf bei der Umsetzung der Kapitalmarktunion nicht aus dem Blick geraten.“

Weitere Informationen unter: www.gv-bayern.de/thesenpapier □

Wohnungspakt Bayern:

28.000 neue Mietwohnungen

Innenminister Herrmann stellt Investitionsprogramm vor

Mit dem „Wohnungspakt Bayern“ sollen bis 2019 im Freistaat 28.000 neue staatlich finanzierte oder geförderte Mietwohnungen gebaut werden. Dafür stehen ca. 2,6 Milliarden Euro zur Verfügung. Dies erklärte Innen- und Bauminister Joachim Herrmann auf der regionalen Wohnungsbaukonferenz in Nürnberg.

In seiner Rede betonte der Innenminister, dass der Wohnungsbau für alle Bevölkerungsteile deutlich angekurbt werden müsse. Hierbei steige besonders der Bedarf an preisgünstigem Wohnraum. Gerade auch wegen des starken Flüchtlingszustroms. Mit dem „Wohnungspakt Bayern“ biete der Freistaat ein „wichtiges Investitionsprogramm“, das als kommunales Förderprogramm und dem Ausbau der allgemeinen Wohnraumförderung diene. Darüber hinaus sollen damit Investitionshemmnisse gezielt abgebaut werden.

Reduzierte Standards

Als erste Maßnahme des staatlichen Sofortprogramms würden ca. 3.300 Wohnungen für anerkannte Flüchtlinge gebaut, erläuterte der Bauminister. Dieses 70 Millionen Euro Projekt sei für Wohnungen mit reduziertem Bau- und Wohnstandard auf staatlichen Grundstücken. Zur Schaffung von Wohn-

raum für Asylberechtigte diene das kommunale Förderprogramm, das ab 2016 für vier Jahre jeweils 150 Millionen Euro umfasse. Damit könne man die Errichtung von jährlich mindestens 1.500 Wohnungen fördern. Als dritte Säule des „Wohnungspakts“ nannte Herrmann den Ausbau der staatlichen Wohnraumförderung für die in 2016 inklusive der Studentenwohnraumförderung über 400 Millionen Euro zur Verfügung stünden. Darüber hinaus könne der Freistaat ab sofort zur allgemeinen Förderung von Mietwohnungen einen ergänzenden Zuschuss von 200 Euro je Quadratmeter Wohnfläche gewähren.

Abschließend nannte der Innenminister die generelle Wiedereinführung der degressiven Abschreibung bei Mietwohnungsneubauten als ganz wichtigen Punkt. So würde der Wohnungsbau mit steuerlichen Anreizen zusätzlich angekurbt. Außerdem dürfe sich dieser nicht durch immer neue administrative Anforderungen verteuern.

Daher werde er sich auf Bundesebene vehement gegen eine weitere Verschärfung der Energieeinsparverordnung einsetzen, sofern dadurch der Wohnungsbau wirtschaftlich erheblich beeinträchtigt würde. **rm**

Kommunalinvestitionsförderungsgesetz:

Umsetzung in Bayern

Von Emil Schneider, Direktor beim Bayerischen Landkreistag

Der Bund hat mit dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz ein Sondervermögen Kommunalförderungsfonds in Höhe von 3,5 Mrd. Euro zur Förderung von Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbände in den Jahren 2015 bis 2018 eingerichtet. Auf den Freistaat Bayern entfällt dabei ein Anteil von 289,24 Mio. Euro.

Der Bayerische Ministerrat hatte im Juli beschlossen, die dem Freistaat zur Verfügung stehenden Mittel für Maßnahmen der energetischen Sanierung kommunaler Gebäude und Einrichtungen, ergänzt um Maßnahmen des Barriereabbaus und des Städtebaus zu verwenden. Er hat das Bayerische Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr beauftragt, ein entsprechendes Förderprogramm auszuarbeiten.

Die Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium des Innern, für Bau und Verkehr hat nunmehr im Oktober die Förderrichtlinie für das Kommunalinvestitionsprogramm veröffentlicht. Der Förderrichtlinie kann vor allem entnommen werden: der Gegenstand der Förderung, die antragsberechtigten Zuwendungsempfänger, die Fördervoraussetzungen, Art und Umfang der Förderung, die zuwendungsfähigen Ausgaben, die Bewilligungsstellen, der Förderzeitraum und das Bewerbungsverfahren.

1. Zweck der Förderung

Zweck der Förderung ist die Finanzierung von Investitionen finanzschwacher Gemeinden und Gemeindeverbänden in deren örtliche Infrastruktur.

2. Gegenstand der Förderung

Gegenstand der Förderung ist erstens die energetische Sanierung von Einrichtungen der frühkindlichen Infrastruktur, kommunalen Einrichtungen der Schulinfrastruktur, kommunalen Museen und kommunalen Einrichtungen der Weiterbildung, kommunalen sozialen Einrichtungen wie Mehrgenerationenhäuser, Bürger- und Jugendzentren sowie kommunalen Verwaltungsgebäuden. Desweiteren sind Maßnahmen

450 Millionen Euro für Mittelstand und Kommunen

Freistaat stellt Mittel aus LfA-Gewinnabführung bereit

Zum Anschlag von wichtigen Investitionen der mittelständischen Unternehmen sowie der bayerischen Kommunen haben jetzt Finanzminister Markus Söder und Wirtschaftsministerin Ilse Aigner zinsverbilligte Darlehen in Höhe von ca. 450 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Diese resultieren aus der Gewinnabführung der LfA Förderbank Bayern.

Mit den Darlehen wird die Kapitalversorgung des Mittelstands und auch der Kommunen verbessert. Die Mittel dienen vor allem der Förderung von Innovationen, der Verbesserung der Energieeffizienz und dem Breitbandausbau. Darüber hinaus können die Gemeinden bereits bestehende Förderprogramme in diesen Bereichen weiterführen.

Dabei fallen u.a. 49 Millionen Euro auf das kommunale Darlehensprogramm für die Breitbandinfrastruktur, rund 44 Millionen Euro stehen für den „Infrastruktur Energie“ zur Verfügung. Damit können die Gemeinden Maßnahmen zur Energieeinsparung und die Umstellung auf erneuerbare Energieträger sowie zur Verbesserung der Energieeffizienz kommunaler Infrastruktur weiter vorantreiben.

Verstärkung regionaler Förderprogramme

Des weiteren sind 42 Millionen Euro für die Verstärkung regionaler Förderprogramme der gewerblichen Wirtschaft vorgesehen. Der Hauptanteil von 150

Energieeinsparung dienen. Mit diesen Geldern soll auch die erneuerbare Energienutzung sowie der Boden- und Grundwasserschutz unterstützt werden. Die restlichen 185 Millionen Euro sind für den Investivkredit Energie für Klein- und Mittelbetriebe, den Technokredit und zur Förderung von Konsolidierungsvorhaben des Mittelstands. **rm**

RENEXPO® HYDRO:

Innovative Drehscheibe für Europas Wasserkraft

Modernste Technik, Wissenstransfer und Kontaktbörsen machen die Kongressmesse für gewässerträchtigen Wasserkraftausbau vom 26. bis 28.11. im Messezentrum Salzburg zum Erlebnis.

Eröffnet wird die RENEXPO® HYDRO am 26. November mit dem brisanten Energie-Talk zur „Bedeutung der Wasserkraft für die erfolgreiche Umsetzung der Energiewende“.

Mehr als 100 Aussteller aus 14 Ländern Europas haben bereits ihren Stand auf der Messe gebucht. 30 Hersteller von Turbinen und Wasserkraftschnecken bis hin zum Wasserrad, 12 Rohrleitungsproduzenten und 10 Firmen aus der Mess- und Regeltechnik stellen das Groß der Aussteller. Wehr- und Rechenanlagen, Generatoren, Energiehandel, Medien und hoch interessante Nischenprodukte wie mobile Kleinstwasserkraft für off-grid-Regionen oder High-Tech zum Stand der Technik von Fischwanderhilfen runden das umfassende Messeangebot ab.

Die „1. Internationale Konferenz: Pumpspeicherkraftwerke“ beleuchtet die Energiewende und die Wasserkraft aus österreichischer und bayerischer Sicht sowie Nutzen und Wirtschaftlichkeit neuer Pumpspeicher bis ins Jahr 2050.

Weitere Informationen unter: www.renexpo-hydro.eu □

zum 31.12.2018 vollständig abgenommen und spätestens bis 30.06.2019 gegenüber der Bewilligungsstelle vollständig abgerechnet werden. Der Antragstellung geht ein Bewerbungsverfahren voraus. Der Bewerbungsbogen muss der Bewilligungsstelle bis zum 15.02.2016 vorliegen.

Die Bewilligungsstelle prüft die Fördervoraussetzungen, wählt die Maßnahmen unter Hinzuziehung eines Beirats im Rahmen der ihr zur Verfügung gestellten Haushaltsmittel aus und führt das Bewilligungsverfahren durch. Die Regierungen wenden sich an die Kommunalen Spitzenverbände auf der Ebene der Regierungsbezirke und werden um Benennung eines Vertreters im Beirat bitten. Die 289 Mio. Euro werden auf die Regierungsbezirke wie folgt verteilt:

- 30 % nach der Größe der Regierungsbezirke,
 - 35 % entsprechend der Verteilung der Stabilisierungshilfen 2014,
 - 35 % nach den Räumen mit besonderem Handlungsbedarf.
- Weitere Informationen unter: www.stmi.bayern.de/kommunalinvestitionsprogramm □

Zusätzliche 10 Millionen Euro für innere Sicherheit

Investition in Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei

„Die vorbildliche Arbeit der bayerischen Polizei erfordert die richtigen Rahmenbedingungen. Daher haben wir heute im Haushaltsausschuss auf Initiative der CSU-Fraktion beschlossen, zusätzliche zehn Millionen Euro für innere Sicherheit zu investieren“, erklärt jüst Peter Winter, Vorsitzender des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen des Bayerischen Landtags.

Ein großer Teil dieser Mittel, nämlich fünf Millionen Euro, sollen in das Fortbildungsinstitut der Bayerischen Polizei im oberbayerischen Ainring fließen. „Jährlich kommen knapp 12.000 Seminar Teilnehmer zu den mehr als 850 Fortbildungsveranstaltungen“, verdeutlicht Dr. Florian Herrmann, Vorsitzender des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport, die zentrale Rolle des Instituts. Er ergänzte: „Die europaweit anerkannte Fort- und Wei-

terbildung unserer bayerischen Polizistinnen und Polizisten ist ein Garant für die hohe Qualität der Polizei im Freistaat. Dafür braucht es auch moderne Räumlichkeiten.“

Moderne Dienststellen

Der andere Teil der zehn Millionen Euro ist für dringende Bau- und Renovierungsmaßnahmen vorgesehen. „Für eine moderne Polizeiarbeit braucht es moderne Dienststellen“, so Winter. □

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Georg Wiester
85462 Eititing
am 11.11.

Bürgermeister
Robert Ruttmann
86684 Holzheim
am 15.11.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Piendl
93486 Runding
am 5.11.

Bürgermeister Rupert Popp
85391 Allershausen
am 9.11.

Oberbürgermeister
Siegfried Müller
97318 Kitzingen
am 11.11.

Bürgermeister
Günther Hübner
95499 Harsdorf
am 16.11.

Bürgermeister
Korbinian Steigenberger
82407 Weilenbach
am 16.11.

Bürgermeisterin
Dr. Sigrid Meierhofer
82467 Garmisch-Partenkirchen
am 18.11.

Bürgermeister Michael Schaller
94269 Rinchnach
am 18.11.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Franz Stahl
95643 Tirschenreuth
am 12.11.

Bürgermeister Gerald Brehm
91315 Höchststadt a. d. Aisch
am 15.11.

Bürgermeister Matthias Liebst
97640 Oberstreu
am 15.11.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Uwe Raab
91257 Pegnitz
am 15.11.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Dr. Christian Hirtreiter
94342 Straßkirchen
am 10.11.

Hinweis in eigener Sache:

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

ConSozial 2015 in Nürnberg:

Topaktueller Impulsgeber

„Selbstbestimmt leben – Inklusion gestalten – Soziales pflegen“ lautete das Motto der diesjährigen ConSozial in der Nürnberg-Messe. Zwei Tage lang präsentierten sich 238 Aussteller auf einer Fläche von knapp 4.700 Quadratmetern. Wie im vergangenen Jahr kamen über 5.000 Besucher zur Messe und den Fachvorträgen. Die ConSozial wird bereits seit 1999 jedes Jahr vom Sozialministerium mit Unterstützung der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege veranstaltet.

Die Veranstaltung wendete sich an alle Fach- und Führungskräfte in der Sozialwirtschaft. Mit ihrer Vielzahl an Vorträgen, Workshop und Podiumsdiskussionen sowie der großen Ausstellung in zwei Hallen war sie einmal mehr die effektive Austausch-, Diskussions- und Informationsplattform für alle verantwortlich Beschäftigten in der sozialen Arbeit.

Leitveranstaltung

„Die ConSozial ist der Impulsgeber für Führungs- und Fachkräfte in der Sozialwirtschaft. Sie hat sich mit ihrer hohen Qualität und ihrem vielfältigen Angebot auch in diesem Jahr als Leitveranstaltung der Branche im deutschsprachigen Raum bewiesen“, zog Sozialministerin Emilia Müller Bilanz.

Wie Inklusion ganz praktisch aussehen kann, präsentierte der Verein „Ich will da rauf! e.V. mit seinem Kletterturm am Messestand des Sozialministeriums. Hier konnten Menschen mit und ohne Behinderung zeigen, wie man mit Beharrlichkeit auch an ein hoch gestecktes Ziel kommt. Das war Anlass für die Ministerin, einmal mehr auf die Bedeutung des Programms „Bayern barrierefrei“ hinzuweisen: „Die Staatsregierung stellt für dieses und das nächste Jahr rund 200 Millionen Euro bereit. Damit sollen Barrieren beseitigt werden, die behinderten Menschen ein selbstbestimmtes Leben erschweren. Eines unserer wichtigsten Ziele: der barrierefreie Umbau öffentlich zugänglicher staatlicher Gebäude.“

Selbstbestimmtes Leben

Ein selbstbestimmtes Leben für Menschen mit Behinderung setzt aber nicht nur die Beseitigung von Hindernissen, sondern auch ein modernes Teilhaberecht voraus. Von der ConSozial ging deshalb auch ein deutlicher Appell nach Berlin, im Zusammenhang mit einem neuen Bundesentwurfgesetz die Entlastung der Kommunen zu verbinden: „Angesichts der rapide steigenden Kosten bei der Eingliederungshilfe muss sich der Bund dauerhaft beteiligen“, forderte Müller.

Ums Geld ging es auch bei den Diskussionen um Pflege auf der ConSozial Extra-Bühne und vor dem Pfeletruck, der auf der Messe Station machte. Fazit: Mit den derzeitigen finanziellen Mitteln wird eine bessere Pflege nicht zu haben sein.

Gerade jüngere Fachkräfte nutzten den Besuch der ConSozial derweil auch, um sich über passende Jobangebote zu informieren. Um Nachwuchs für die Branche warb das bayerische Gesundheitsministerium sogar mit einer Graffiti-Wand: Wer sich dort mithilfe einer Schablone verewigte, bekam ein eignes für ihn gestaltetes Lebkuchenherz – passend zur Aktion „Herzwerker“, die Jugendliche und Umsteiger für soziale Berufe begeistern will. Denn hier, das sollte klar werden, gibt es gute Karrierechancen.

Gut besucht war auch wieder der Kita-Kongress, maßgeschneidert von Praktikern für Praktiker in den Einrichtungen und daher das Forum für alle in Kitas tätigen

Fachkräfte. Dieses Mal drehte sich alles um die Themen Inklusion, vorurteilsbewusste Erziehung, Partizipation, Gesundheit und Migration.

Hospizkongress

Zudem war die ConSozial Gastgeber für den Hospiz- und Palliativkongress. Die aktuelle politische Debatte über die Sterbehilfe zeigt, wie wichtig ein solcher Austausch unter Experten ist.

Bayerns Gesundheits- und Pflegeministerin Melanie Huml, die auf Korrekturen an den Plänen der Bundesregierung für ein neues Hospiz- und Palliativgesetz dringt, betonte zu diesem Thema auf der ConSozial: „Der bisherige Gesetzentwurf bringt zwar deutliche Verbesserungen mit sich. Nachholbedarf gibt es aber bei der Versorgung von schwerstkranken und sterbenden Menschen in Pflegeheimen.“

Mehr qualifiziertes Personal

Laut Ministerin werden in stationären Pflegeeinrichtungen viele hospizliche und palliative Versorgungsstrukturen derzeit nicht oder nur in geringem Umfang angeboten. Hier sei insbesondere mehr qualifiziertes Personal notwendig, um Versorgungsangebote zu koordinieren und die Bewohner sowie deren Angehörige entsprechend zu beraten. „Mein Ziel ist eine nachhaltige Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung in der Pflege.“

Nach Humls Auffassung könnte ein Palliativbeauftragter im Pflegeheim die Angebote der Hospiz- und Palliativversorgung mit der jeweiligen Einrichtung vernetzen. Seine Aufgabe könnte zudem sein, die Bewohner zu beraten und dabei zu unterstützen, die gewünschte Versorgung für sich zu finden. „So erleichtern wir den Menschen in stationären Heimen den Zugang zu einer qualifizierten Sterbebegleitung.“

Palliativmedizin

„Wenn schwerstkranken Menschen wissen, dass sie am Ende ihres Lebens nicht allein gelassen werden, ist auch der Wunsch nach Sterbehilfe geringer. Deshalb setze ich mich dafür ein, allen betroffenen Menschen in Bayern Zugang zu einer wohnortnahen palliativmedizinischen und hospizlichen Versorgung zu ermöglichen“, fuhr die Ministerin fort. Sie verwies darauf, dass in den vergangenen Jahren bereits wesentliche Strukturen der Hospiz- und Palliativversorgung in Bayern ausgebaut wurden und bekräftigte: „Wir wollen eine leistungsfähige Versorgung schaffen, die den betroffenen Menschen ein möglichst schmerz- und symptomfreies Leben bis zuletzt zu ermöglicht. Das ist auch mir persönlich ein besonders wichtiges Anliegen.“

Bedarfsgerechter Ausbau

Insgesamt gibt es in Bayern 18 stationäre Hospize mit 182 Hospizplätzen sowie ein stationäres Kinderhospiz im schwäbischen Bad Grönenbach. Der Freistaat Bayern fördert den bedarfsgerechten Aufbau stationärer Hospi-

ze mit bis zu 10.000 Euro pro Hospizplatz. Bayern unterstützt auch den Ausbau der ambulanten Versorgung mit Angeboten der spezialisierten ambulanten palliativmedizinischen Versorgung (SAPV). In Bayern gibt es aktuell insgesamt 36 SAPV-Teams – davon 18 im ländlichen Raum sowie vier weitere Teams speziell für Kinder- und Jugendliche.

Inklusive Gesellschaft

Noch immer ist es schwierig, für Menschen mit Behinderung oder einer psychischen Erkrankung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt eine Tätigkeit zu finden. „Die Chance, an der Arbeitswelt teilzuhaben, spielt jedoch eine Schlüsselrolle auf dem Weg hin zu einer inklusiven Gesellschaft“, unterstrich Bezirksstadtspräsident Jürgen Reichert. Der Bezirk Schwaben stellt daher dieses Thema immer wieder in den Mittelpunkt seiner Veranstaltungen – so auch bei einer Podiumsdiskussion auf der ConSozial.

Allgemeiner Arbeitsmarkt

Fachleute aus Schwaben diskutierten über die Chancen ebenso wie über die Grenzen bei den Bemühungen, Menschen mit Behinderung den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt zu bereiten. Bezirksstadtspräsident Reichert stellte dabei das Thema aus sozialpolitischer Sicht vor: Allein im Bezirk Schwaben arbeiten mehr als 5.300 Personen in einer der 16 Werkstätten für Menschen mit Behinderung und ihren Zweigstellen – darunter sind einige Werkstattbesucher, die mit entsprechender Unterstützung auch einen Platz im allgemeinen Arbeitsmarkt finden könnten.

Manche Menschen benötigen zwar die Werkstätte für Behinderte dauerhaft als sicheren Rahmen, andere finden mit individueller Begleitung eine Alternative. Wolfgang Beuchel, Geschäftsführer der Unterallgäuer Werkstätten, stellte die entsprechenden Erfahrungen mit Außenarbeitsplätzen und dem Projekt „INTEGRA mensch“ vor.

Integrationsfirmen

Mit der besonderen Situation der Integrationsfirmen, die einen hohen Anteil an Mitarbeitern mit Schwerbehinderung haben, jedoch agieren wie ein Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes,

„Künste, die die Welt bedeuten“

Projekt zur interkulturellen Bildung und Nachhaltigkeit

„Persönliche Begegnungen auf Augenhöhe förderten einen Dialog der Kulturen, eine Verständigung über Werte und den Austausch von Ideen. Gerade angesichts der aktuellen Situation mit steigenden Flüchtlingszahlen aus verschiedensten Ländern zeigt sich die Relevanz solcher Begegnungen“, schreibt der Vorsitzende von STADTKULTUR, Norbert Tessmer, Oberbürgermeister der Stadt Coburg, in der Publikation „Künste, die die Welt bedeuten“. Sie zeigt auf, wie man mit künstlerisch-ästhetischen Projekten interkulturelle Kompetenzen fördert.

Die Publikation „Künste, die die Welt bedeuten“ dokumentiert das gleichnamige landesweite interkulturelle Bildungsprojekt (2013/14). Das Netzwerk STADTKULTUR hat inhaltliche Kriterien für interkulturelle Bildung erarbeitet und stellt diese beispielhaft an 80 verschiedenen Einzelprojekten aus allen künstlerischen Sparten vor.

Interkulturelle Bildung

Mit dem Fokus auf interkulturelle Bildung zielte das Projekt

GZ Kolumne

Stefan Rößle

Liebe Leserinnen und Leser,

unser politisches Tagesgeschäft wird derzeit überwiegend bestimmt durch den Themenkomplex Asyl, Flüchtlinge und Zuwanderung. Dies ist auch absolut nachvollziehbar, denn alle Kräfte müssen gebündelt werden, um die äußerst brisante Lage und die extremen Herausforderungen in den Griff zu bekommen.

Dennoch sollten wir als kommunale Familie deshalb nicht alle anderen kleineren und größeren Aufgaben und Anliegen aus dem Auge verlieren. Schon gar nicht darf es dazu kommen, dass auf den höheren Ebenen – quasi die Gunst der Stunde nutzend – unbemerkt neue Rahmenbedin-



tem nicht ausreichen. Mindestens das Doppelte, wenn nicht das Dreifache, halten wir für sachgerecht. Schließlich sollen die Instandsetzungen keine Zwischenlösungen sein, sondern sind als langfristige Investitionen in die Daseinsvorsorge zu sehen.

Stichwort Investitionen: Auch im Straßenbau und bei den Bildungseinrichtungen stehen die Kommunen regelmäßig in der Verantwortung.

Der grundsätzliche Mobilitätsdrang unserer modernen Gesellschaft ist weiterhin ungebrochen. Durch die gute Wirtschaftslage nehmen die Anzahl der Kraftfahrzeuge sowie die Verkehrsströme zu und die Straßen werden zwangsläufig schneller abgenutzt. Einstige Vorzeigestraßen entwickeln sich dadurch rasch zu ungeliebten „Holperpisten“, die nach für die Kommune kostenintensiver Erneuerung schreien – und nach einer erhöhten Förderung durch den Staat.

Damit einhergehend gehören Aspekte wie Kindertagesbetreuung und schulische Ganztagsangebote in der Wahrnehmung der Bevölkerung inzwischen längst schon zum Standard. Wer da als Landkreis, Stadt oder Gemeinde nicht mitzieht, verliert im Wettbewerb um junge Familien und um künftige Einwohner. Doch auch diese Errungenschaften gibt es nicht zum Nulltarif. Ein neues Kindergartengebäude hier, eine neue Mensa oder Pausenhalle da – es geht immer um Millionenbeträge, die von der kommunalen Seite Jahr für Jahr abverlangt werden und nicht allein geschultert werden können.

Und so könnte man beliebig weitermachen mit Themen wie Stabilisierungshilfe, Krankenhausstrukturgesetz oder Umsetzung der Energiewende. Alle stehen zusätzlich zur Megaherausforderung Asyl auf unserer kommunalen Agenda und werden mit Nachdruck von uns verfolgt.

Als KPv haben wir es uns seit jeher zur Aufgabe gemacht, den Überblick zu behalten – auch unabhängig von der Vielfalt der zu regelnden Angelegenheiten. So werden wir auch weiterhin im Sinne unserer bayerischen Kommunen vorausschauend arbeiten, sinnvolle Ideen unterstützen und wenn nötig an geeigneter Stelle wirkungsvoll intervenieren, um Schaden von der kommunalen Familie abzuwenden.

Ihr Stefan Rößle
KPv-Landesvorsitzender

Überblick über kommunale Herausforderungen

gungen geschaffen werden, die unsere Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden vor noch größere Belastungen stellen.

Deshalb beziehen wir als Kommunalpolitische Vereinigung zusätzlich zu unserem dauerhaften Engagement in der Asylfrage auch nach wie vor deutlich Stellung zu weiteren wichtigen Themen.

Beispielhaft dafür ist der Bereich Wasser-/Abwasserrecht. Aktuell wird hierbei ein Vorschlag zur Fortschreibung der Richtlinien für Anwendungen zu wasserwirtschaftlichen Vorhaben (RZWAs) diskutiert, denn das derzeitige Programm läuft zum 31.12.2015 aus.

Fakt ist: In den nächsten Jahren stehen u.a. im Kanalbau erhebliche Sanierungsmaßnahmen an und es ist zu befürchten, dass in einzelnen Gemeinden weder die Kommune selbst, noch die Bürgerinnen und Bürger über Gebühren und Abgaben die Kosten vollends tragen können. Deshalb ist ein Förderprogramm zur Abfederung geplant und auch dringend nötig. Es wird sich dabei nicht um eine Regelförderung handeln, sondern um eine auf Härtefälle begrenzte Variante. Auch wenn nur systembedingt circa zehn Prozent der bayerischen Kommunen anspruchsberechtigt sein werden, sind wir der Meinung, dass die ange-dachten 30 Mio. Euro für den Fördertopf bei wei-

machte der Geschäftsführer der Irseer Kreis Versand gGmbH, Bertram Sellner, die Zuhörer vertraut. Sellner vertritt die Integrationsfirmen auch verbandspolitisch auf Bayern- und Bundesebene.

Mit Robert Bock aus Donauwörth präsentierte sich auf den Podium ein Arbeitnehmer, der auf der Höhe seiner Karriere von einer psychischen Erkrankung eingeholt wurde. Was dies für Betroffene bedeutet, wenn sie aus dem Berufsleben fallen und welche Rahmenbedingungen es braucht, um wieder Schritt zu fassen, konnte der Dozent aus eigener Erfahrung berichten. Zudem absolvierte er die Qualifikation

zum EX-IN-Genesungsbegleiter und gibt sein Wissen so an andere Menschen mit psychischen Erkrankungen weiter.

Erfahrungswerte

Dass auch ein mittelständisches Unternehmen mehrere behinderte Arbeitnehmer beschäftigen kann, zeigte beispielhaft der Informations- und Dokumentenlogistiker Frankenrastrer mit Sitz in Buchdorf (Landkreis Donau-Ries). Von seinen Erfahrungen und der Zusammenarbeit mit dem Integrationsfachdienst berichtete Geschäftsführer Hans-Joachim Meinert. **DK**

und Schülern aller Schularten in Bayern zusammen. 180 Schulen aus 38 Kommunen – Großstädte sowie Klein- und Mittelstädte im ländlichen Raum – waren beteiligt.

Urban Gardening

Die Kinder und Jugendlichen setzen sich in den Bereichen Kunst, Literatur, Theater, Medien, Tanz, Musik, Urban Gardening sowie Interdisziplinäres mit anderen Kulturen auseinander und lernten so, diese besser zu verstehen – durch das eigene kreative und künstlerisch-ästhetische Arbeiten begleitet von professionellen Künstlerinnen und Künstlern.

Internationale Märchen

Beispiele: Beim Coburger Pro-

jekt „Theater ohne Grenzen“ brachten die Schülerinnen und Schüler internationale Märchen aus ihren Herkunftsländern auf die Bühne, einen „Perspektivenwechsel“ der kulturellen Identität erlebten die Schülerinnen und Schüler in den Workshops der Slam-Poetin Pauline Füg.

Bewegungstheater

Im Musik-Projekt „Meine Stadt 2014“ spielten Schülerinnen und Schüler einen Hip-Hop-Song neu und mehrsprachig ein, in dem sich mit ihrer neuen Heimatstadt Würzburg auseinandersetzten. „Grenzenlos“ war das integrative und inklusive Bewegungstheater in Ingolstadt sowie auch die „Weltreise“ in Nürnberg, auf die die Schülerinnen und Schüler von 26 internationalen Künstlerinnen und Künstlern verschiedener Sparten mitgenommen wurden.

Zahlreiche Teilnehmer

Die Liste der teilnehmenden Städte ist lang: Altdorf bei Nürnberg, Aschaffenburg, Bobingen, Bogen, Coburg, Deisenhausen, Eging am See, Eichstätt, Erlangen, Friedberg, Gochsheim, Gräfenberg, Grünwald, Haßfurt, Ingolstadt, Kitzingen, Königsbrunn, Landkreis Roth, Landsberg am Lech, Landshut, Lauf a.d. Pegnitz, Marktheidenfeld, Miltenberg, Münchberg, München, Nürnberg, Ostheim v.d. Rhön, Pfaffenhofen a.d. ILM, Prichsenstadt, Reichertshofen, Roth, Schwarzenbruck, Traunstein, Ursberg, Volkach, Weiden i.d. OPf., Würzburg, Zimtdorf. Weitere Informationen unter: www.stadtkultur-bayern.de □

Kommunen als Leistungsträger...

(Fortsetzung von Seite 1)
sicherung habe die Schleusertätigkeit deutlich abgenommen. Während zeitweise bis zu 1.000 mutmaßliche Schleuser in Haft waren, seien es mittlerweile nur noch 40.

„Für uns in Bayern gilt Nulltoleranz gegenüber Ausländerfeindlichkeit und Rechtsradikalismus“, machte Seehofer deutlich und ergänzte: „Man fördert die Rechten nicht, indem man über Probleme redet, sondern wenn man diese Probleme nicht löst.“ Den KPV-Delegierten gab er folgenden Ratschlag mit auf den Weg: „Vergessen sie neben der Flüchtlingsthematik nicht das Tagesgeschäft, denn die Bürger haben dafür kein Verständnis.“

Mit Blick auf die Energiewende titulierte Seehofer es als Pflicht der CSU, die Schöpfung zu bewahren. Vor diesem Hintergrund seien die richtungswisenden Beschlüsse zu den Stromtrassen, aber auch zur 10H-Regelung zu verstehen. Als einen Lösungsansatz brachte er die Bündelung der notwendigen Infrastruktur – zum Beispiel mit bereits vorhandener Verkehrsinfrastruktur – ins Spiel.

Darüber hinaus sprach sich der Parteichef für eine Stabilisierung des erneuerbaren Energieträgers Biomasse und einen Ausbau der Photovoltaik – gerade auch auf Flächen mit schlechter Bodenqualität – aus. Auf diesen Feldern liege die Zukunft der bayerischen Energieversorgung, weshalb es notwendig sei, bei den geplanten bundesweiten Ausschreibungen für den Ausbau erneuerbarer Energien auf eine regionale Quote der Projekte zu achten. Nur auf

diesem Wege sei die Energiewende dezentral und bürgerfreundlich gestaltbar.

KPV-Landesvorsitzender Stefan Rößle sprach in seinem Rechenschaftsbericht einige, für die Kommunen als „höchst relevant“ zu bezeichnende Politikfelder an. Beim Thema Finanzen verwies er darauf, dass durch die gute Einnahmesituation des Freistaates der kommunale Finanzausgleich stetig verbessert werden konnte. Die Einnahmen des Freistaats stiegen weiter und so müsse auch der Anteil der Kommunen weiter nach oben geschraubt werden – gerade vor dem Hintergrund erweiterter Aufgaben.

Heimatplan

„Als Kommunalpolitische Vereinigung begrüßen wir insgesamt und uneingeschränkt alle Einzelvorhaben des Heimatplans der Staatsregierung, weil auch eine Vielzahl unserer Forderungen aus den vergangenen Jahren wie die Aufstockung der Mittel und die Vereinfachung bei der Breitbandförderung letztlich in die Tat umgesetzt wird“, fuhr Rößle fort. Das neue Förderprogramm für die schnelle Datenautobahn funktioniert seitdem nahezu flächendeckend. Zu begrüßen sei auch der Kabinettsbeschluss zum Breitbandförderprogramm des Bundes. Dies sei ein gutes Signal für Deutschland. Dieses Geld müsse jetzt vor allem dafür genutzt werden, den ländlichen Raum soweit wie möglich mit neuer Glasfaserinfrastruktur zu erschließen.

Einen echten Meilenstein der

Strukturpolitik habe die Staatsregierung im Zuge der Behördenverlagerung beschlossen, fuhr der KPV-Vorsitzende fort. Mit dem umfangreichsten Regionalisierungsprogramm seit Jahrzehnten verlagere der Freistaat mehr als 50 Behörden und Ämter mit insgesamt 2.225 Arbeitsplätzen und 930 Studienplätzen in den ländlichen Raum.

Als weiteren wichtigen Punkt sprach Rößle die im Koalitionsvertrag vereinbarte Umsetzung der 5 Milliarden Euro-Entlastung für die Kommunen und die Beteiligung des Bundes an der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung an: „Finanzschwache Länder fordern eine Beteiligung nach den Kosten der Unterkunft. Die sind im Freistaat Bayern vergleichsweise gering und es muss deutlich gemacht werden: Die 5 Milliarden Euro Entlastung für die Kommunen hat Bayern initiiert und sie sind gedacht für die Eingliederungshilfe. Die Zahl der Behinderten in unserem Land hat nichts zu tun mit der Höhe der Arbeitslosigkeit. Von daher sind die Kosten der Unterkunft kein adäquater Verteilungsschlüssel.“ Gemeinsames Ziel müsse es bleiben, die Dynamik der stetig steigenden Ausgaben in der Eingliederungshilfe zu stoppen. „Der beste Weg dafür ist und bleibt die direkte Bundesbeteiligung an den Ausgaben.“

Auch bei der Energiewende seien die Kommunen wahre Leistungsträger vor Ort, „denn Energiewende bedeutet letztendlich dezentrale Energieversorgung dort, wo die Energie benötigt wird“. Hier hätten viele bayerische Kommunen vorbildlich agiert, in dem sie zahlreiche herausragende Projekte initiierten und umsetzten.

Mehr Möglichkeiten, Planungen selbst mitzugestalten, bietet nach Rößles Auffassung die 10H-Regelung. So ergäben sich auch neue Chancen. Zentral sei hierbei aber immer eine frühzeitige Einbindung der Bürgerinnen und Bürger, „denn nur so kann die Akzeptanz der Energiewende und somit auch deren Gelingen sichergestellt werden“. Auch sei es der CSU gelungen, weitreichende Beschlüsse in Berlin zu erreichen und somit für einen natur- und bürgerfreundlichen Netzausbau zu sorgen. Erdverkabelung habe nun Vorrang vor Monstrassen.

„Auch beim Thema Gesundheit und Pflege wollen wir als KPV den Bund und Freistaat weiterhin in die Pflicht nehmen“, unterstrich Stefan Rößle. „Als KPV setzen wir uns mit Nachdruck für eine wohnortnahe flächendeckende stationäre Patientenversorgung auf dem gewohnt hohen Niveau ein. Kommunale Krankenhäuser sichern diesen gesamtgesellschaftlichen Auftrag, besonders in der Grund- und Regelversorgung. Auch als Standortfaktoren für die Wirtschaft, den Handel sowie für Ausbildungs- und Arbeitsplätze spielen sie eine ebenso bedeutende Rolle wie beispielsweise große privatwirtschaftliche Unternehmen in einer Region.“

Ein besonderes Augenmerk lege die KPV auf die Diskussion zum Entwurf des Krankenhausstrukturgesetzes. Die erreichten Nachbesserungen bei der Krankenhausreform seien dringend notwendig gewesen und würden auch von der KPV begrüßt.

Mit Blick auf die Freihandelsabkommen TTIP, TiSA, CETA meinte der Landesvorsitzende: „Im Grundsatz begrüßen wir als KPV den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen Staaten und den Abbau von Handelshemmnissen. Allerdings ist für uns elementare Voraussetzung, dass die Kommunen auch nach einer Unterzeichnung der Handelsverträge nach wie vor innerhalb der europarechtlich zulässigen Grenzen weiter selbst entscheiden können, ob Leistungen

der Daseinsvorsorge von den Kommunen selbst, durch eigene Unternehmen oder von Privaten erbracht werden sollen. Dieser wesentliche Gehalt kommunaler Selbstorganisation darf nicht angetastet werden.“

Zudem dürfe es durch TTIP und andere Abkommen dieser Art nicht zu einer Absenkung von Standards im Umwelt- und Verbraucherschutz, bzw. zu einem „Wettlauf nach unten“, kommen. „Deshalb stehen wir bei den Freihandelsabkommen grundsätzlich für eine differenzierte Betrachtung, die Chancen und Risiken sinnvoll abwägt.“

Fluchtursachen bekämpfen

Vor dem Hintergrund immer weiter steigender Flüchtlingszahlen und Millionen von Menschen, die in Afrika und dem Nahen Osten bereits in den Startlöchern stehen, um nach Europa bzw. Deutschland zu kommen, ist es nach Rößles Überzeugung „unabdingbar, die Fluchtursachen direkt an der Wurzel zu bekämpfen“. Ziel müsse es sein, dass diese Menschen gar nicht erst die lebensgefährliche Flucht auf sich nehmen müssen und ihnen in ihrer Heimat eine Perspektive auf ein

(Fortsetzung von Seite 1)
Bund zugesagten Mittel (inklusive Spitzabrechnung und Betreuungsgeld) ergibt sich ein zusätzlicher Finanzierungsbedarf in Höhe von mindestens 3 bis 5,5 Milliarden Euro, die Länder und Kommunen aufbringen müssten. In den Berechnungen sind Mittel des Bundes in Höhe von etwa 4 bis 10,5 Milliarden Euro berücksichtigt, die sich aus der in den Szenarien jeweils unterstellten Zahl der Asylbewerber im Verfahren des Bundesamtes für Migration (BAMF) ableiten.

Ergänzend sind Ausgaben zur Sicherung der Rahmenbedingungen für eine gelingende Integration notwendig. Diese betreffen insbesondere den Wohnungsmarkt. Gerade vor dem Hintergrund des Zieles, Konkurrenz auf dem Wohnungsmarkt für sozial Schwache zu verhindern, ist in Regionen mit einem angespannten Wohnungsmarkt im unteren Segment die Förderung von sozial gebundenen Wohnungen mit niedrigen Mieten erforderlich. Das minimale Volumen für die Förderprogramme von Bund und Ländern beträgt ca. 1 Milliarde Euro aufgrund der im Jahr 2015 ankommenden Flüchtlinge. Aufgrund der im Jahr 2016 ein-treffenden Flüchtlinge liegt das minimale Volumen für die Förderprogramme von Bund und Ländern in der Größenordnung von 1 bis 2 Milliarden Euro.

Gleiche Lebensverhältnisse

Unabhängig von den drängenden Fragen der Flüchtlingsversorgung thematisiert der Gemeindefinanzbericht eine grundlegende Herausforderung für die Kommunen: Die zunehmenden Unterschiede zwischen armen und reichen Städten und Regionen lassen die Debatte um die Sicherung der Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse an Bedeutung gewinnen.

Im Jahr 2014 konnte in den Kernhaushalten der Städte, Landkreise und Gemeinden lediglich ein positiver Finanzierungssaldo von + 0,6 Milliarden Euro erzielt werden. Im Jahr 2013 betrug der Überschuss noch + 1,7 Milliarden Euro. Trotz einer guten und stabilen konjunkturellen Lage ist somit zum zweiten Mal in Folge ein Absinken des Finanzierungssaldos zu verzeichnen. Diese angesichts der gesamtwirtschaftlichen Lage zunächst unverständlich erscheinende Entwicklung beruht auf zwei langfristigen Trends: Zum einen sind wie in den Vor-

jahren auch in diesem Jahr die Ausgaben für die konjunkturabhängigen sozialen Leistungen überproportional gestiegen. Lediglich bei einem kleinen Teil dieser Ausgaben (Grundsicherung im Alter) werden Kostensteigerungen vollumfänglich vom Bund getragen. Daher führen diese Ausgabensteigerungen trotz der Finanzierungsbeteiligung des Bundes zu einer entsprechenden Belastung des kommunalen Finanzierungssaldos.

Zum anderen verlief die Ausgaben- und Einnahmenentwicklung regional unterschiedlich. In den finanzstärkeren Kommunen wurde zusätzlicher Finanzierungsspielraum insbesondere zur Ausweitung der Sachinvestitionen verwendet. Einnahmesteigerungen in diesen Regionen führten also nicht zu einer Verbesserung des Finanzierungssaldos, sondern zu einem in der Kassenstatistik nicht abgebildeten Abbau des Investitionsstaus.

In denjenigen Bundesländern, in denen die Kommunen besonders finanzschwach sind, war als zusätzliche Belastung eine verhaltene Einnahmenentwicklung festzustellen. Dies führte zu höheren Finanzierungsdefiziten, die das bundesweite Ergebnis beeinflusst haben.

Diese Entwicklung zeigt sich auch in der bundesweiten Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben. Die Ausgaben stiegen im Jahr 2014 mit 4,6 Prozent stärker als im langjährigen Durchschnitt und auch stärker als die Einnahmen dieses Jahres (+ 4,1 Prozent). Innerhalb der Ausgaben lagen sowohl die deutlichen Zuwächse bei den Sachinvestitionen (+ 7,0 Prozent) als auch der Anstieg der sozialen Leistungen (+ 5,2 Prozent) deutlich über dem Anstieg der Ausgaben insgesamt. Hervorzuheben ist die entlastende Wirkung, die auf das niedrige Zinsniveau zurückzuführen ist: Ohne einen Rückgang der von den Kommunen – trotz der insgesamt annähernd gleich gebliebenen Höhe der Verschuldung – zu leistenden Zinszahlungen um 300 Millionen Euro bzw. 8,5 Prozent wäre der Ausgabenanstieg noch deutlicher ausgefallen.

Die überproportionalen Zuwächse der Steuereinnahmen der Länder in den vergangenen Jahren kommen nun zum Teil bei den Kommunen an (+6,7 Prozent). Sie liegen deutlich über dem Anstieg der kommunalen

Steuereinnahmen, der 3,5 Prozent betragen hat. Aufgrund einer Vielzahl von Hebesatzanhebungen sind die Grundsteuern deutlich stärker gestiegen als die Inflationsrate (2,6 Prozent).

Keine Entwarnung ist bei den Kassenkrediten zu vermelden. Nachdem im letzten und vorletzten Jahr eine Reihe von Sondereffekten (Schutzschirme, Entschuldungsprogramme und ähnliches) ihren Anstieg gedämpft hat, ist nun ein erneuter Anstieg der Kassenkredite um 1,2 Milliarden Euro von 48 auf 49,2 Milliarden Euro zu verzeichnen. Allerdings ist festzuhalten, dass es in den einzelnen Ländern mit hohen Kassenkreditbeständen deutlich unterschiedliche Entwicklungen gibt.

Wie auch im Vorjahr sind Kassenkreditanstiege insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz festzustellen. In diesen Ländern war insgesamt ein Kassenkreditanstieg von mehr als 1,7 Milliarden Euro zu verzeichnen. Dagegen gingen in den anderen Ländern die Kassenkreditbestände zeitgleich im Saldo um ca. 500 Millionen Euro zurück.

„Der inakzeptabel hohe Kassenkreditbestand sorgt damit auch weiterhin für ein ernstes Risiko in der Finanzplanung der betroffenen Kommunen“, heißt es im Gemeindefinanzbericht. Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind aufgrund der typischerweise kurzfristigen Laufzeiten stark von der aktuellen Zinsentwicklung abhängig und somit nur begrenzt mittelfristig planbar. Aufwendig ausgehandelte kommunale Sanierungspläne wären bei einem Zinsanstieg schnell unrealisierbar.

Ein Spiegelbild zu Volumen und Entwicklung der Kassenkredite ist die Höhe der Investitionen und deren Entwicklung. In Bayern und Baden-Württemberg hat sich der Abstand der ohnehin weit überdurchschnittlichen Investitionsniveaus im vergangenen Jahr zum (leicht gestiegenen) bundesdurchschnittlichen Niveau leicht vergrößert. Im Ergebnis lag z. B. das Investitionsvolumen bayerischer Kommunen mit 494 Euro je Einwohner um praktisch 200 Euro über dem Durchschnitt der Kommunen insgesamt. „Dass das Investitionsniveau in Bayern bald doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der Bundesrepublik, wird mittel- und langfristig zu einer Verstärkung räumlicher Ungleichgewichte führen“, heißt es im Gemeindefinanzbericht. **DK**

Förderprogramm...

(Fortsetzung von Seite 1)
Gemeindebund grundsätzlich zustimmend zur Richtlinie. Hauptgeschäftsführer Dr. Gerd Landsberg bezeichnete sie als wichtigen Schritt der Bundesregierung, ihrer Verantwortung für den Breitbandausbau in Deutschland gerecht zu werden. Damit entspreche der Bund der von den Städten und Gemeinden seit langem formulierten Forderung nach maßgeblichem finanziellen Engagement beim Breitbandausbau. „Investitionen in Breitband sind Investitionen in die Zukunft Deutschlands. Ein flächendeckender Ausbau mit einer leistungsstarken Breitbandinfrastruktur ist dringend erforderlich, wenn wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes nicht aufs Spiel setzen wollen. Breitband ist neben der Wirtschaft künftig besonders für die Bereiche Bildung, Telemedizin und Mobilität unverzichtbar“, erklärte Landsberg.

Auch sei es ein hoffnungsvolles Signal, dass der Bund den Ländern, die durch Kofinanzierung Teile der Kosten von Breitbandprojekten in Bundesförderung bestreiten sollen, im Rahmen monatelanger kontroverser Verhandlungen weit entgegengekommen ist. So sei den Ländern ein faktisches Vetorecht gegen Projektanträge, die mit bestehenden Landesförderprogrammen nicht übereinstimmen, eingeräumt worden. Darüber hinaus sei den Ländern in der letzten Phase der Verhandlungen ein ständiger Beirat zur Überwachung der Koordination der zuständigen Bundes- und Landstellen zugestanden worden.

Eine reibungsarme Koordination im Rahmen der zweiteiligen Förderung erachtet Landsberg für den Erfolg der Ausbaubestrebungen von Bund und Ländern als unerlässlich. Zwar sei das gewählte Modell einer Doppelförderung auf Bundes- und Landesebene nicht optimal, doch die Grundlagen für funktionierende Kooperationsstrukturen seien geschaffen.

Besonders hob Landsberg her-

vor, dass die Breitbandförderung des Bundes vorrangig auf den ländlichen Raum ausgerichtet sei. „Der Bund hat die Stimme der Städte und Gemeinden im ländlichen Raum gehört und konzentriert seine Anstrengungen damit auf die Regionen unseres Landes, die schon zu lange die Nachteile der digitalen Spaltung bewältigen mussten.“

Auch der Deutsche Landkreistag begrüßte den Kabinettsbeschluss zum Breitbandförderprogramm des Bundes. Präsident Reinhard Sager zufolge sind die zur Verfügung gestellten 2 Mrd. Euro für den Breitbandausbau „ein gutes Signal für Deutschland“. Dieses Geld müsse jetzt vor allem dafür genutzt werden, den ländlichen Raum soweit wie möglich mit neuen Glasfaserinfrastrukturen zu erschließen. Glasfaser sei die Technologie der Zukunft. Deshalb erachtet Sager es als wichtig, „dass auch Landkreise, die im Rahmen von Betreibermodellen auf den Glasfaserausbau setzen, von dem Programm profitieren können und bei der Vergabe der Mittel nicht benachteiligt werden“.

Der Präsident appellierte an den Bund und die Länder, bei der Entscheidung über die Fördermittel eng zusammenzuwirken: „Was wir jetzt nicht brauchen können, ist ein Förderchaos“, weshalb es von Vorteil sei, dass die Förderanträge auch mit den jeweiligen Ländern erörtert werden. Auf diese Weise könne insbesondere die Realisierung kreisweiter Breitbandprojekte sichergestellt werden.

Sager wiederholte die bereits mehrfach geäußerte Kritik, dass der Bund die Landkreise, die sich für den Bau eigener Glasfasernetze entschlossen haben, dazu anhalte, diese Netze später wieder zu veräußern. „Ein solches Veräußerungsgebot ist ein Novum im deutschen Förderrecht, für das es keine verfassungsrechtliche Grundlage gibt.“ Die Verfassung lasse ein kommunales Engagement im Bereich des Netzausbaus zu. „Die geplante Regelung diskreditiert ohne Grund das Betreibermodell.“ **DK**

Herausforderung...

Steuereinnahmen, der 3,5 Prozent betragen hat. Aufgrund einer Vielzahl von Hebesatzanhebungen sind die Grundsteuern deutlich stärker gestiegen als die Inflationsrate (2,6 Prozent).

Keine Entwarnung ist bei den Kassenkrediten zu vermelden. Nachdem im letzten und vorletzten Jahr eine Reihe von Sondereffekten (Schutzschirme, Entschuldungsprogramme und ähnliches) ihren Anstieg gedämpft hat, ist nun ein erneuter Anstieg der Kassenkredite um 1,2 Milliarden Euro von 48 auf 49,2 Milliarden Euro zu verzeichnen. Allerdings ist festzuhalten, dass es in den einzelnen Ländern mit hohen Kassenkreditbeständen deutlich unterschiedliche Entwicklungen gibt.

Wie auch im Vorjahr sind Kassenkreditanstiege insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern, dem Saarland, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz festzustellen. In diesen Ländern war insgesamt ein Kassenkreditanstieg von mehr als 1,7 Milliarden Euro zu verzeichnen. Dagegen gingen in den anderen Ländern die Kassenkreditbestände zeitgleich im Saldo um ca. 500 Millionen Euro zurück.

„Der inakzeptabel hohe Kassenkreditbestand sorgt damit auch weiterhin für ein ernstes Risiko in der Finanzplanung der betroffenen Kommunen“, heißt es im Gemeindefinanzbericht. Die Zinszahlungen für Kassenkredite sind aufgrund der typischerweise kurzfristigen Laufzeiten stark von der aktuellen Zinsentwicklung abhängig und somit nur begrenzt mittelfristig planbar. Aufwendig ausgehandelte kommunale Sanierungspläne wären bei einem Zinsanstieg schnell unrealisierbar.

Ein Spiegelbild zu Volumen und Entwicklung der Kassenkredite ist die Höhe der Investitionen und deren Entwicklung. In Bayern und Baden-Württemberg hat sich der Abstand der ohnehin weit überdurchschnittlichen Investitionsniveaus im vergangenen Jahr zum (leicht gestiegenen) bundesdurchschnittlichen Niveau leicht vergrößert. Im Ergebnis lag z. B. das Investitionsvolumen bayerischer Kommunen mit 494 Euro je Einwohner um praktisch 200 Euro über dem Durchschnitt der Kommunen insgesamt. „Dass das Investitionsniveau in Bayern bald doppelt so hoch ist wie im Durchschnitt der Bundesrepublik, wird mittel- und langfristig zu einer Verstärkung räumlicher Ungleichgewichte führen“, heißt es im Gemeindefinanzbericht. **DK**

Kommunale 2015 in Nürnberg:

Heute die Zukunft vorbereiten

Kongress des Bayerischen Gemeindetags – Festabend zur Verabschiedung des langjährigen Geschäftsführenden Präsidialmitglieds Dr. Jürgen Busse

Maßgeschneidert für die Bedürfnisse der kommunalen Entscheider ist die Kommunale in Nürnberg mit großem Abstand die führende Fachveranstaltung in Deutschland. Gemeinsam mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus den Rathäusern und kommunalen Einrichtungen informierten sich auch in diesem Jahr zahlreiche Rathauschefs über die aktuellen kommunalpolitischen Themen und tauschten sich untereinander aus.

Erstmals in den Hallen 8 und 9 des NCC Mitte beheimatet, bot die Kommunale 2015 zusätzlichen Platz für Wachstum und Wegeführung. Rund um den Stand des Bayerischen Gemeindetags in Halle 9 wurde all das präsentiert, was die Bürgermeister in Rathaus und Verwaltung brauchen. In der anschließenden Halle 8 fanden die Besucher alles das, was ansonsten in der Gemeinde benötigt wird: vom Reinigungsfahrzeug (etwa mit „Wildkrautbürste“) über Verkehrsspiegel und Natursteine bis hin zu Fahrradüberdachungen und Ortsschildern. Erstmals stellte auf der Kommunale auch ein Ausstatter von Flüchtlingsunterkünften aus.

Breites Fachangebot

Insgesamt umfasste das breit gefächerte Fachangebot folgende Bereiche: Informations- und Kommunikationstechnik; Straßen und Verkehr; Energie; Rund ums Büro; Ausstattung gemeindlicher Einrichtungen; Marketing und Beratung der Gemeinden; Personalführung; Finanzdienstleistungen; Moderne Feuerwehren; Präsentation der Gemeinden. Die Messe bot auf diese Weise Ideen, Inspiration und handfeste Unterstützung in einem.

Eine gute Gelegenheit, Anliegen und Probleme der Städte und Gemeinden zu diskutieren und sich über aktuelle und zukünftige in den Kommunen anstehende Themen zu informieren, boten der IT-Talk der Kommunen, diverse Ausstellerfachforen sowie der messebegleitende Fachkongress des Bayerischen Gemeindetags. In Vorträgen und Diskussionsrunden mit Vertretern der Bundes- und Landespolitik wurden Antworten unter anderem zu folgenden Themen gegeben: Breitbandversorgung, Digitalisierung, Energieversorgung, kommunaler Finanzausgleich, kommunale Selbstverwaltung, Einheimischenmodelle, Frauen führen Kommunen und Asylpolitik.

Energieversorgung

Im Rahmen des Fachforums „Dekarbonisierte (CO₂-freie) Energieversorgung: Herausforderung für Gemeinden und Städte“ überreichte Bayerns Energieministerin Ilse Aigner 20 kommunalen Energiepartnern ihre Abschlusszertifikate. Aigner: „Mit den kommunalen Energiepartnern stärken wir die Energiekompetenz in den Kommunen und treiben die Energiewende vor Ort aktiv voran. Für jede Ausbildung investieren wir mehr als 3.200 Euro. Ende des Jahres 2015 werden bereits über 70 Energiepartner ausgebildet sein.“

Beim Fachforum „Breitbandausbau in Bayern: Stimmt die Richtung?“ legte Dr. Rainer Bauer vom Staatsministerium für Finanzen, Landesentwicklung und Heimat eine Zwischenbilanz des bayerischen Breitbandförderprogramms vor. Bis 2018 will der Freistaat ein flächendeckendes Hochgeschwindigkeitsnetz schaffen und das modernste Breitband zum Standard machen. Bis zu 1,5 Milliarden Euro stellt der Freistaat im Rahmen der „Förderung des Aufbaus von Hoch-

geschwindigkeitsnetzen“ in den nächsten Jahren zur Verfügung. Ziel ist es Bauer zufolge, entscheidende Impulse für den bayernweiten Ausbau von Hochgeschwindigkeitsversorgungen mit einer Mindestbandbreite von 50 Mbit/s zu geben, um Bayern für



Geschäftsführer Dr. Jürgen Busse verabschiedete sich auf der Kommunale von den Rathauschefs der Mitgliedsgemeinden des Bayerischen Gemeindetags.

das Digitale Zeitalter zu rüsten. Die Breitbandrichtlinie aus dem Jahr 2012 wurde hierzu grundlegend überarbeitet. Im Jahr 2014 hat die Europäische Kommission die Neufassung der Förderrichtlinie genehmigt.

Schnelles Internet

In Bayern läuft die Vergabe von Fördergeldern für den Ausbau von schnellem Internet auf Hochtouren. Bayernweit engagieren sich bereits 92 Prozent (1.886) aller Kommunen (Stand: 31.10.2015) im Förderverfahren. Mit den kürzlich übergebenen Förderbescheiden starten nun bereits 554 Kommunen (Gesamtfördersumme: rund 189 Millionen Euro) in den Breitbandausbau. Damit haben mehr als ein Viertel aller bayerischen Gemeinden bereits einen Förderbescheid erhalten.

Die Flüchtlingsthematik aus kommunaler Sicht beleuchtete das Fachforum „Asyl in Bayern – eine große Herausforderung für die Gemeinden“. Unter der Moderation von Gemeindetagsreferatsdirektor Gerhard Dix diskutierten Ministerialdirigent Dr. Markus Gruber, Zirndorfs Bürgermeister und Gemeindetags-Vizepräsident Thomas Zwingel sowie der Knetzgauer Bürgermeister Stefan Paulus.

Flüchtlingszustrom

Ministerialdirigent Gruber verdeutlichte in Vertretung von Sozialministerin Emilia Müller an Hand einiger Zahlenbeispiele, wie stark der Flüchtlingszustrom in den vergangenen Jahren tatsächlich zugenommen hat. Im Namen der Ministerin sprach sich der Ministerialdirektor deutlich für eine Begrenzung der Zuwanderung aus. Es gehe hierbei nicht um die Flüchtlinge, die bereits auf dem Weg nach Europa seien, sondern vielmehr darum zu verhindern, dass weitere Hunderttausende aus dem Nahen Osten den schweren Weg antreten. Auf Dauer werde Deutschland die Aufnahme von Asylsuchenden

nicht bewältigen können, prognostizierte Gruber. Im Vordergrund müsse nunmehr die gleichmäßige und vor allem gerechte Verteilung der Flüchtlinge stehen. Langfristig sei deren Unterbringung und Integration zentrales Thema für die Bayerische Staatsregierung.

Ihre Erfahrungen mit Asylsuchenden schilderten im Anschluss Zirndorfs Bürgermeister Thomas Zwingel und Knetzgaus Bürgermeister Stefan Paulus. Zwingel zufolge beherbergt

Zirndorf seit über 60 Jahren eine Zentrale Aufnahmeeinrichtung, mit der sich die Bevölkerung arrangiert habe. Die eklatante Überbelegung im vergangenen Jahr habe jedoch Proteste hervorgerufen. Um die Stimmung allgemein stabil zu halten, müsse auf - Bundes- und Europaebene endlich gehandelt werden. Zwingel forderte in diesem Zusammenhang Solidarität unter den EU-Staaten ein.

Wertegemeinschaft

„Wenn Europa hier als Wertegemeinschaft nicht funktioniert und eine gerechte Verteilung der Flüchtlinge auf die einzelnen Mitgliedsstaaten scheitert, muss die Frage erlaubt sein, ob es Europa in dieser Form noch braucht“, machte Knetzgau Rathauschef Stefan Paulus deutlich. In Knetzgau begann man 2012 mit der Suche nach Wohnraum für Flüchtlinge. Die Gemeinde hatte als einzige kooperativ auf eine entsprechende Anfrage des Landratsamtes Haßberge reagiert. Aufgrund sinkender Einwohnerzahlen betrachtet Paulus die Aufnahme der Flüchtlinge sogar als Chance für Knetzgau. Nicht zuletzt dank einer offenen Informationspolitik habe die Bevölkerung die Situation akzeptiert.

Brandl fordert europäische Solidarität

In seiner Eröffnungsrede hatte der Präsident des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Uwe Brandl von der Bundesregierung das Aussenden klarer Signale an die anderen Mitgliedsstaaten der EU gefordert. Es gehe darum, dass die Bundesrepublik europäische Solidarität erwartet und klar macht, dass sie nicht unbegrenzt Hilfe leisten kann. Die Flüchtlingskrise sei nicht nur von Deutschland und wenigen anderen Ländern zu stemmen, sondern gehe alle europäischen Staaten an.

„Die Willkommenskultur der offenen Arme hierzulande führt dazu, dass wir die Grenze

Machbaren überschreiten“, unterstrich der Präsident. Viele Rathauschefs fühlten sich vom Flüchtlingszustrom überrollt und überfordert. „Wir können diese Menge an Menschen nicht mehr administrieren“, betonte Brandl, der in diesem Jahr mit bis zu 1,4 Millionen Flüchtlingen rechnet. Nach seinen Worten erwarten Bayerns Gemeinden und Städte die Übernahme der Personalkosten für die Asylbearbeitung und die Beratung an den staatlichen Landratsämtern und in den Unterkünften. Außerdem erwarteten sie eine faire Kostenlösung mit Blick auf unbegleitete Minderjährige und ein eigenes Asylleistungsgesetz, das die Sach-, Geld- und Betreuungsleistungen für alle Asylbewerber regelt.

Mit Blick auf den Wohnungsbau forderte der Gemeindetagspräsident darüber hinaus umfassende Fördermittel für Städte, Märkte und Gemeinden. Weitere Ansätze hierfür seien Änderungen im Steuer- und Baurecht. „Wir brauchen gemeinsame und durchfinanzierte Instrumente, um die Integration in Gesellschaft, Sprache und Arbeit schnell voran zu bringen.“

Zeichen der Zeit erkennen

Neben der Flüchtlingsthematik sprach Brandl auch weitere kommunalpolitische Themen an. Er dankte der Bayerischen Staatsregierung dafür, dass sie das Landesentwicklungsprogramm reformieren wird. So sollen den Kommunen größere Handlungs- und Entscheidungsspielräume in der Ansiedlungspolitik eingeräumt werden. Auch beim Breitbandausbau sei erkennbar, dass die Staatsregierung die Zeichen der Zeit erkannt habe. Dem Drängen des Bayerischen Gemeindetags auf Überarbeitung der Breitbandförderrichtlinie sei man weitestgehend nachgekommen. Nunmehr habe der Bau schneller Internethotspots eine spürbare Eigendynamik entfaltet.

Feierlicher Höhepunkt der Abendveranstaltung der Kommunale bildete die Verabschiedung des Geschäftsführenden Präsidialmitglieds des Bayerischen Gemeindetags, Dr. Jürgen Busse. Präsident Brandl würdigte beim Festbankett die Verdienste seines langjährigen Wegbegleiters.

Deutlich vernehmbare Stimme für Bayerns Gemeinden und Städte

Er wies darauf hin, dass Dr. Busse als Geschäftsführer die Geschäftsstelle und ihre Organisation nachhaltig gestärkt habe, die Mitgliederzahl des Verbands von 1.999 Mitgliedern im Jahre 1999 auf nunmehr 2.027 im

Jahr 2015 gesteigert werden konnte, die Referentinnen und Referenten der Geschäftsstelle neben ihrer klassischen Beratungstätigkeit verstärkt Fortbildung für kommunale Mandatsträger und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Rathäusern anbieten und eine stärkere Vernetzung des Gemeindetags mit den Mitgliedsverbänden auf Bundesebene unter dem Dach des Deutschen Städte- und Gemeindebunds erfolgt sei.

Zudem habe Busse in seiner Funktion als Verwaltungsratsvorsitzender der Bayerischen Verwaltungsschule und der Bayerischen Versorgungskammer sowie als stellvertretender Vorsitzender der Hauptversammlung der AKDB auch die Position des Gemeindetags gestärkt. In seiner 16-jährigen Tätigkeit habe der scheidende Geschäftsführer den größten bayerischen Kommunalverband zu einer deutlich vernehmbaren Stimme für Bayerns Gemeinden, Städte und Märkte gemacht.

Laudatio auf Dr. Busse

Innenstaatssekretär Gerhard Eck, der anstelle des verhinderten Kommunalministers Joachim Herrmann die Laudatio hielt, verwies darauf, dass Busses visionäre Ideen, gepaart mit einem sicheren Gespür dafür, welche Themen die kommunale Familie besonders beschäftigen, zusammen mit seinem organisatorischen Geschick und seinem herausragenden persönlichen Einsatz dazu geführt hätten, dass die Kommunale für alle ein fester Termin im Kalender ist. „Anderen Impulse geben, praktische Hilfestellung bei der täglichen Arbeit leisten, war Ihnen bei Ihrer Tätigkeit als Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags ein besonderes Anliegen. Sie und der Bayerische Gemeindetag sind ein ganz ausgezeichnetes und kompetentes Coach“, hob Eck hervor.

Begonnen habe Busses berufliche Karriere in der „Allgemeinen Inneren Verwaltung“. Nachdem er das zweite juristische Examen abgelegt und an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert hatte, kam er im Dezember 1981 an das Bayerische Innenministerium und war dort nach einer kurzen Tätigkeit in der Gesundheitsabteilung zweiter Pressesprecher. Während dieser Zeit hatte sich Jürgen Busse mit kritischen Themen wie etwa der Wiederaufarbeitungsanlage in Wackersdorf oder den Terrorakten der Roten Armee Fraktion zu beschäftigen.

Im Anschluss daran übernahm er am Landratsamt Starnberg die Abteilung für Bausachen und Umweltschutz. Nach

dieser knapp vierjährigen Tätigkeit fungierte Busse noch kurz als Sachgebietsleiter für Naturschutz bei der Regierung von Oberbayern, ehe er im Mai 1989 zum Bayerischen Gemeindetag ging.

Dort war Jürgen Busse zunächst Referent für Städtebau, Dorfneuerung und Baurecht sowie Pressesprecher, bevor er zum 1. Oktober 1999 als Geschäftsführender Direktor des Bayerischen Gemeindetags bestellt wurde. „In dieser Zeit standen Sie in stetem und von gegenseitigem Vertrauen und Respekt geprägten Kontakt zu Ihrem ehemaligen Dienstherrn. Ganz gleich, um welches Thema es ging – Sie waren immer ein gern und hoch angesehener Gesprächspartner, was sowohl auf Ihre angenehme und verbindliche Art als auch Ihre herausragende fachliche Kompetenz zurückzuführen ist“, verdeutlichte Eck.

Die Belange der Gemeinden habe Busse dabei stets nachdrücklich und mit viel Herzblut vertreten. Auch wenn die Standpunkte von Kommunen und Staat bei der einen oder anderen Sachfrage zunächst gegenläufig gewesen sein mögen, sei es doch immer wieder gelungen, auch bei schwierigen Themen gemeinsam Lösungen zum Wohle aller zu finden.

Beeindruckendes Lebenswerk

Seit 1990 fungiert Busse zudem als Mitglied des Starnberger Stadtrates sowie als Kreisrat. Von 1996 bis 1999 war er dritter Bürgermeister von Starnberg. Auch in diesem Amt habe er sich stets für die Stadt eingesetzt und zahlreiche richtungweisende Projekte auf den Weg gebracht.

„Im Rahmen Ihres ehrenamtlichen Engagements, sei es im Sport, im Sozial- oder Bildungsbereich, lernten Sie viele Facetten der kommunalen Selbstverwaltung kennen. All diese Erfahrungen führen zu einem beeindruckenden Lebenswerk, das unter anderem mit der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes am Bande und dem Bayerischen Verdienstorden gewürdigt wurde“, so Eck abschließend.

Dankesworte

„Es war eine wunderbare Zeit beim Bayerischen Gemeindetag. Ich danke allen Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden des Verbands für das große Vertrauen, das Sie mir über 16 Jahre lang als Geschäftsführer entgegengebracht haben“, erklärte Busse, der am 31. Oktober 2015 in den Ruhestand trat. Nachfolger ist sein bisheriger Stellvertreter Dr. Franz Dirnberger. **DK**



WIR FÖRDERN OBEN UND UNTEN

Bayerns Kommunen stehen vor großen Herausforderungen. Als Förderbank für Bayern finanzieren wir klassische kommunale Projekte genauso wie Investitionen in höhere Energieeffizienz. Gerne beraten wir Sie kostenfrei über unsere Förderangebote. Tel. 0800 - 21 24 24 0

www.lfa.de

LFA FÖRDERBANK BAYERN
Beratung. Finanzierung. Erfolg.

Heim+Handwerk in München:

Highlights zum Bauen, Einrichten und Wohnen

Vom 25. bis 29. November 2015 beleuchtet die Heim+Handwerk aktuelle Trends für die eigenen vier Wände. Die Besucher erleben unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeiten mit Licht und erfahren wie im Smart Home Energie intelligent vernetzt wird. Bei Experten-Talks, unter anderem im neugestalteten Forum Wohnen und Wohlfühlen, als auch bei den Ausstellern in den sechs Messehallen finden sie Anregungen und Impulse für ein individuelles und gemütliches Zuhause.

Licht transportiert Stimmungen. Je nach Beleuchtung wirken Räume weitläufig, inspirierend und intensiv oder entspannend und gemütlich. Wer kann, bezieht bereits beim Hausbau oder der Modernisierung das Tageslicht in die Planungen mit ein. Sonnenlicht bringt Räume zum Strahlen und kann wesentlich zum Energiesparen und zur Wärmegewinnung beitragen. Wetterunabhängige Beleuchtungen – und für jeden Wohneigentümer oder Mieter unkompliziert einsetzbar – sind moderne LED Leuchten, die sich intelligent zu verschiedenen Lichtszenarien vernetzen lassen und so Räume, Möbelstücke, Accessoires und Kunstobjekte gekonnt inszenieren.

Die Heim+Handwerk zeigt auf dem Messegelände München auf 76.000 Quadratmetern das volle Spektrum zum Bauen, Einrichten und Wohnen. Insgesamt präsentieren rund 900 Aussteller ihre Pro-

dukte und Dienstleistungen auf der Messe. Bei Planwerk in der Halle für exklusives Wohnen (Halle A2) werden unterschiedliche Wirkungen des Lichts für die Besucher greifbar: Räume werden mit unterschiedlicher Platzierung von Lampen und Spotlights, Farbtonen und Intensitäten ausgeleuchtet und erzeugen damit je eine andere Atmosphäre.

Die Dozenten und Studenten der Fachrichtung Design an der Hochschule Coburg geben zudem anhand des eigenen Wohnungsgrundrisses Einrichtungstipps und zeigen Ideen auf, wie mit einer einfachen Lichtlösung das individuell angefertigte Lieblingsmöbel vom Schreiner effektiv in Szene gesetzt wird.

Einstieg in das Smart Home

Mit dem neuen Themenbereich „Energie intelligent vernetzt“ in

Halle B2 gelingt den Besuchern der Heim+Handwerk der Einstieg ins Smart Home. Leuchtmittel lassen sich bereits einfach per App zu verschiedenen Lichtszenarien zusammenschließen und bequem mit dem Smartphone steuern. Aber auch Jalousien, Heizung, Türsprecheinrichtungen und Sicherheitssysteme können so verbunden werden, dass sie zentral über ein Tablet oder Steuerpanel automatisch geregelt werden können.

Experten erklären die Unterschiede zwischen einfachen Systemen, die für kleinere Anwendungen geeignet sind, bis hin zu genormten Systemen, die ein vollautomatisiertes Haus möglich machen. Wie die automatische Steuerung in der Küche funktioniert, zeigt der neue Ausstellungsbereich in der Halle B3. Unter dem Begriff „Küchentrends“ werden hier die neuesten Küchengeräte präsentiert.

Neben der Technik zieht eine neue Gemütlichkeit ein

Alle technischen Raffinessen und Möglichkeiten sollen dabei vor allem das Leben einfacher machen, langfristig Kosten sparen und mehr Zeit zum Entspannen und Genießen ermöglichen. In manchen Wohnbereichen ist es jedoch sinnvoll, Technik auf das Nötigste zu reduzieren. Im Schlafzimmer kann blaues Licht eine Ursache für Schlafstörungen sein, die Nutzung von Handys und Tablets kurz vor dem Einschlafen sollte darum vermieden werden. Was noch zu einem erholsamen Schlaf beiträgt, erfahren die Besucher während Experten-Talks im neu-

gestalteten Forum Wohnen und Wohlfühlen (Halle A3). Hier spielen – wie in Halle A2 – Gemütlichkeit und Wohlbefinden eine besonders wichtige Rolle. Dabei werden immer wieder die individuellen Leistungen des Handwerks deutlich, das auf Sonderwünsche besonders eingeht und kreative Ideen in die Tat umsetzt.

Der Trend zum Boxspringbett hält weiter an, daneben gibt es alle erdenklichen Matratzen und Bett-systeme, bequeme Polstermöbel, griffige Ledersessel, Massivholz-tische und komplette Essbereiche für das Familientreffen oder das Dinner mit Freunden.

Sonderschau Handwerkskunst

Handwerkliche Extraklasse wird in der Sonderschau Handwerkskunst deutlich. Das Motto „verspielt“ zeigt sich in drei Facetten: handgefertigte Kinderspielsachen, kreatives aus Filz und originelles Kunsthandwerk werden hier ins Rampenlicht gestellt.

Informationen zur Messe

Die Heim+Handwerk ist täglich von 9.30 bis 19 Uhr geöffnet. Vergünstigte Eintrittskarten sind im Internet zum Preis von 13 Euro erhältlich. Mit dem Ticket kann auch die parallel stattfindende FOOD & LIFE, der Treffpunkt für Genießer besucht werden. Besucher aus dem Umland gelangen bequem mit dem Heim+Handwerk-Express zur Messe. Als exklusiver Buspartner bietet Geldhauser Tagesfahrten zum Kombipreis von 16 Euro an. Besucher, die mit der BOB oder dem Meridian anreisen, erhalten an der Tageskasse gegen Vorlage des Fahrscheins eine vergünstigte Eintrittskarte zum Preis von 7,50 Euro.

Weitere Informationen, Tickets und Anreisemöglichkeiten gibt es im Internet unter www.heimhandwerk.de/besucher und auf Facebook.

Millionen für die Psychiatrie

Bezirk Unterfranken: Ende 2018 könnte der Neubau in Aschaffenburg eröffnet werden

Würzburg/Lohr. Rund 15 Millionen Euro wird der Bezirk Unterfranken im kommenden Jahr in seine Krankenhäuser und Heime investieren. Etwa 25 Prozent der Gesamtsumme fließt nach Lohr. Dort soll sowohl in das Bezirkskrankenhaus (BKH) als auch in die beiden Heime für seelisch kranke Menschen investiert werden, beschloss der Bauausschuss des unterfränkischen Bezirkstags am Donnerstag in seiner Sitzung in Würzburg. Mit dem Geld wird außerdem ein BKH-Ableger in Aschaffenburg realisiert.

Künftig haben seelisch Kranke aus Aschaffenburg und Umgebung die Chance, in akuten Krisen am Aschaffener Klinikum wohnortnah therapiert zu werden. Bisher gingen sie meist ins Bezirkskrankenhaus nach Lohr. Das dortige Klinikum ist jedoch seit Jahren chronisch überlastet. Der Neubau dient nicht zuletzt dazu, die Situation in Lohr zu entspannen.

Im kommenden Jahr soll mit den Bauvorbereitungen begonnen werden. Knapp 700.000 Euro sind hierfür im Bauhaushalt veranschlagt. Wenn alles gut läuft, könnte Ende 2016 mit den Bauarbeiten begonnen werden. Ende 2018 könnten dann die ersten Patienten mit psychischen Leiden in Aschaffenburg behandelt werden.

Im Bezirkskrankenhaus in Lohr werden immer mehr Senioren mit Demenz, Depressionen und anderen altersspezifischen psychischen Leiden behandelt. Dies soll künftig in einem eigenen „Zentrum für Altersmedizin“ geschehen. Hierfür sind im Bauhaushalt 800.000 Euro als Planungskosten vorgesehen. Der Bezirk hofft, dass das Projekt in das Jahreskrankenhausbauprogramm 2017 des Freistaats aufgenommen wird.

Ursprünglich war geplant, bestehende Gebäude für die psychia-

trische Altersmedizin zu nutzen, erläuterte Bezirkstagspräsident Erwin Dotzel (CSU): „Denn wir möchten den Lohrer Campus sichern.“ Aus einem Architektenwettbewerb ging aus diesem Grund ein Entwurf als Sieger hervor, der auf einen Umbau im Bestand abzielte. Das Gesundheitsministerium des Freistaats besteht jedoch auf einen Neubau. „Nun müssen wir mit dem Preisträger verhandeln, inwieweit er bereit ist, einen Neubau zu planen“, so Bezirkskrankenhausreferent Kurt Schäfer. Scheitern die Verhandlungen, sollen Gespräche mit dem zweiten und dritten Preisträger angebahnt werden.

Aktuell ist die Gerontopsychiatrie in den Häusern 9 und 6 untergebracht. 70 Senioren mit akuten psychischen Problemen werden hier auf drei Stationen behandelt. „Die Räume sind derzeit jedoch weder behinderten- noch demenzgerecht“, so Krankenhausdirektor Bernd Ruß.

Im Neubau soll es Rundgänge geben, die der Weglauftendenz von Menschen mit Demenz entgegenkommen: Hier können sie in geschützter Umgebung „endlos“ unterwegs sein, ohne sich zu gefährden. Unterschiedliche Farbgebungen sollen die Orientierung erleichtern. Aktuell ist geplant, eine

Genossenschaftspreis Wohnen 2015:

Anerkennung für Münchner Projekt „wagnis 4“

Unter dem Titel „Technik pfiffig angewandt, ein Gewinn für die Mitglieder“ wurden in Berlin unter der Schirmherrschaft von Bundesbauministerin Barbara Hendricks die Genossenschaftspreise Wohnen verliehen. Fünf Wohnungsgenossenschaften erhielten Auszeichnungen für innovative Projekte zur Energieeinsparung, zum altersgerechten Wohnen, zur Mobilität und zur internen Kommunikation. Aus Bayern wurde die Wohnbaugenossenschaft wagnis eG München für ihr Projekt „wagnis 4“ mit einem Anerkennungspreis bedacht.

Ziel dieses Projekts der im Jahr 2000 gegründeten Wohnbaugenossenschaft ist die Umsetzung einer ökologisch vertretbaren Bauweise in hervorragender Architektur unter dem Aspekt des gemeinschaftlichen Bauens und Wohnens, so dass sich die Bewohner mit dem Projekt identifizieren und dafür Verantwortung übernehmen.

Standort Ackermannbogen

Die wagnis eG hat am Ackermannbogen in München ihre 4. Wohnanlage mit drei Häusern und 55 Wohnungen im erhöhten KfW-Effizienzhaus 55-Standard errichtet. Zur Vermeidung von Lüftungswärmeverlusten wurden die Wohnungen mit einer zentralen, bedarfsgerechten Lüftung mit hocheffizienter Wärmerückgewinnung ausgestattet; der Wärmerückgewinnungsgrad beträgt ca. 85 %. Die Rest-Wärme-Versorgung erfolgt über das Fernwärmenetz der Stadtwerke München.

Auf einem Teil der Dächer wurden Photovoltaikmodule aufgestellt und die hier gewonnene Energie wird von der Genossenschaft an die Bewohner im Haus weitergegeben. Mittels eines Bilanzierungssystems kann 100 % des lokal erzeugten Stroms in der Nachbarschaft verbraucht werden; zudem werden die Energieverbräuche transparent für jeden Haushalt aufgeschlüsselt.

Mehrgenerationenwohnen

Der im November 2014 fertiggestellte Neubau des Projekts „wagnis 4“, eine Mischung aus geförderten und frei finanzierten Wohnungen, bietet nachbarschaftliches und quartiersvernetztes Mehrgenerationenwohnen. Es gibt Gemeinschaftsräume und Gemeinschaftsflächen, so unter anderem einen gemeinschaftlichen Dachgarten mit Hochbeeten und Ruhezone mit gemütlichen Verweilen und zwanglosen Begegnungen mit den Nachbarn. In Zusammenarbeit mit anderen Partnern, u. a. einer städtischen Baugesellschaft, wurde ein Pflegestützpunkt eingerichtet, der es den Bewohnern in der Nachbarschaft erlaubt, auch im Alter in der eigenen Wohnung zu bleiben.

Das Wohnprojekt ist partizipativ angelegt und zeichnet sich unter anderem durch seinen Selbstverwaltungsansatz aus, bei dem jedes Mitglied Aufgaben der Hausbewirtschaftung übernimmt.

Eine weitere Anerkennung erhielt die Märkische Scholle Wohnungsunternehmen eG Berlin für

ihre Projekt „Bezahlbare Energieeffizienz – innovativ und sozialverträglich“, die auch aus dem Umweltinnovationsprogramm des Bundesministeriums gefördert wurde. Ausgezeichnet mit dem „Genossenschaftspreis Wohnen 2015“ wurde der Erbbaurein Moabit für seinen generationengerechten Neubau mit ökologischer Energieversorgung, dessen Heizenergie aus Abwasser gewonnen wird. Dabei wird die Hälfte des bisherigen CO₂-Ausstoßes eingespart und die Mieterinnen und Mieter profitieren von einer erheblichen Senkung der Betriebskosten. Neben 75 Tiefgaragenplätzen inklusive Ladestationen für Elektroautos werden auch über 150 Fahrradstellplätze entstehen.

Weitere Preisträger

Die Westsächsische Wohn- und Baugenossenschaft eG Zwickau wurde für ihr Projekt „Ein Zuhause mit (Mehr-)Wert!“ geehrt. Dessen neue energieeffiziente Gebäudeausrüstung ist mit einer Smart Home-Infrastruktur gekoppelt. Prämiert wurde auch die Wohnbau Detmold eG für ihr Projekt „webWohnen“, bei dem jeder neue Bewohner beim Einzug einen kostenlosen Tablet-PC inklusive Basisinternetflatrate und neu entwickelter App erhält, die ein Nachbarschafts- und Serviceportal umfasst.

Wie Bundesbauministerin Barbara Hendricks erläuterte, „sehen wir Wohnungsgenossenschaften als Partner der Kommunen, die in angespannten Wohnungsmärkten einen wichtigen Beitrag zum bezahlbaren Wohnen leisten können. Mit ihrem nachhaltigen Geschäftsmodell, das Tradition und Innovation verbindet, beweisen sie: Wohnen ist mehr als ein Dach über dem Kopf zu haben. Genossenschaften stellen sich den Herausforderungen der Zukunft.“

Nach den Worten von Axel Gedschko, Präsident des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW, der gemeinsam mit Florian Pronold, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium, die Preisverleihung vornahm, „zeigen die preisgekrönten Genossenschaften auf beeindruckende Art, wie technische Innovationen das Wohnen für junge, insbesondere aber auch für ältere Menschen erleichtern, noch lebenswerter und sicherer machen können“. Pfiffig angewandte Technik könne dabei helfen, Energie und Kosten zu sparen oder auch betriebsinterne Prozesse und die Kommunikation mit den Mitgliedern zu optimieren. **DK**

Wachstum mit Qualität:

Preis für Baukultur der Metropolregion München

Auslobung von EMM, Bayerischer Architektenkammer, Bayerischem Gemeindetag, Bayerischem Städtetag, Bundesstiftung Baukultur und Landeshauptstadt München

Die Metropolregion München als einer der attraktivsten Wirtschafts- und Lebensräume Deutschlands wächst weiter. Umso mehr prägt ihre Baukultur die Standortqualität für Wirtschaft, Arbeitnehmer und insbesondere Bewohner und wird zum wesentlichen Erfolgsfaktor für die künftige Entwicklung der Metropolregion. Um Attraktivität und Lebensqualität bei der aktuellen Dynamik zu bewahren, bedarf es vor allem eines hohen Qualitätsbewusstseins beim Umgang mit dem Siedlungsdruck. Aus diesem Grund lobt der EMM e.V. gemeinsam mit einem breiten Zusammenschluss von Partnern erstmals den Preis für Baukultur „Wachstum mit Qualität“ aus.

Teilnehmen können Planer, Kommunen, Bauherren und Architekten mit innovativen, qualitätsorientierten Projekten, die innerhalb der vergangenen fünf Jahre fertiggestellt wurden. Bewerbungen können bis zum 18. Dezember 2015 eingereicht werden.

Standortvorteil

„Gerade weil das Wachstum in unserer Region so stark ist, sind die Anforderungen an die Qualität der Baukultur besonders hoch“, begründet Stephan Reiß-Schmidt, Stadtdirektor im Referat für Stadtplanung und Bauordnung der Landeshauptstadt München, die Thematik des Preises. Und Dipl.-Ing. Lutz Heese, Architekt und Stadtplaner und Präsident der Bayerischen Architektenkammer, ergänzt: „Wer in Baukultur investiert, trägt zur Erhaltung einer lebenswerten Umwelt bei, befördert damit unseren Standortvorteil sowie die Erhaltung und den Ausbau unserer sozialen Standards.“

Streben nach Qualität

In der täglichen Arbeit der Städte und Gemeinden spielt das Streben nach Qualität in der Baukultur, während zugleich großer Druck besteht, schnell neuen Wohnraum zu schaffen, eine große Rolle, berichtet Matthias Simon, Referatsleiter für Bauleitplanung und Bauordnung des Bayerischen Gemeindetags: „Wir werden täglich von unseren Mitgliedern gefragt, wie sie Qualität und Mischnutzungen in die Planung bringen können. Um diese Frage

noch besser beantworten zu können, sind wir sehr auf kreative Beiträge der Architekten angewiesen, die wir dann an die Kommunen weitergeben können.“

Dafür sorgen wird unter anderem eine hochkarätig besetzte Jury um Münchens Stadtbaurätin Prof. Dr. (I) Elisabeth Merk, den Präsidenten der Bayerischen Architektenkammer Lutz Heese und den Leiter der Obersten Baubehörde im Bayerischen Innenministerium, Ministerialdirektor Helmut Schütz. Sie wird Anfang 2016 die Preisträger küren. Verliehen werden die Preise für Baukultur voraussichtlich im April 2016. „Die Preisverleihung könnte Startpunkt eines Netzwerkes zwischen Projektentwicklern und politischen Entscheidungsträgern in der Region sein, die sich hohen Qualitätsansprüchen in der Baukultur verschrieben haben“, sagt Wolfgang Wittmann, Geschäftsführer des EMM e.V.

Ausschreibung einsehbar

Die detaillierte Ausschreibung des Preises für Baukultur der Metropolregion München ist ab sofort unter www.metropolregionmuenchen.eu/baukultur einsehbar. Beurteilt werden die eingereichten Projekte nach Kriterien wie der städtebaulichen und landschaftlichen Integration, Wirtschaftlichkeitsaspekten oder dem Innovationsgrad in Herangehensweise und Umsetzung. Ausgezeichnet werden die geistigen Urheber des Projektes gemeinsam mit der Bauherrschaft und den politisch verantwortlichen Personen. **□**

rei erneuern. 400.000 Euro sind dafür vorgesehen. In der Therapiegärtnerei finden gelockerte Forensik-Patienten sowie Freigänger eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit.

Ein Großteil der 15 Millionen Euro, die der Bezirk im kommenden Jahr in seine Krankenhäuser und Heime investieren will, wird vom Freistaat refinanziert. Die Restsumme müssen die Kliniken und Heime selbst stemmen. Geld aus dem Bezirkshaushalt, der über den Hebesatz zum großen Teil von Unterfrankens Kommunen refinanziert wird, fließt nicht in die geplanten Maßnahmen. **Pat Christ**

Dorferneuerung und Baukultur:

Staatspreise für vier kommunale Bauherren

Ländliche Gebäude prägen das Gesicht der Dörfer. Leerstehende und stark vernachlässigte Bausubstanz beeinträchtigt das Ortsbild. In den vergangenen zwei Jahren unterstützte die Dorferneuerung in Bayern 2.000 Projekte, mit denen alte Gebäude erhalten oder ortsbildprägende Gebäude geschaffen wurden. 13 herausragende Projekte wurden nunmehr bei einem Festakt in der Münchner Residenz mit dem Staatspreis 2015 ausgezeichnet, um das vorbildliche Engagement der privaten, gemeinnützigen und kommunalen Bauherren für Baukultur und Innenentwicklung zu würdigen. Der Staatspreis „Dorferneuerung und Baukultur“ ist mit jeweils 2.000 Euro dotiert.

„Mit außerordentlichem Engagement und viel Mut haben Sie als Bauherren dafür gesorgt,

dass für Ortsbild und Baukultur charakteristische Gebäude erhalten und zeitgerecht genutzt



Ein Holzhaus mit Passivhausstandard bindet und spart ein Optimum an CO2 ein. □

Erweiterungsneubau Realschule Ebersberg:

Zertifiziertes Passivhaus in Holzbauweise

Ein neuer nachhaltig geplanter Ersatzbau beherbergt in bester räumlicher Qualität 10 Klassenräume, 2 Fachklassen, 2 Ausweichräume und eine Mensa. Das Ergebnis ist darüber hinaus ein zertifiziertes Passivhaus unter Berücksichtigung der Lebenszykluskosten und des Brandschutzes, dies in besonderer Weise, da es sich um ein überwiegend in Holz errichtetes Gebäude handelt.

Die Erweiterung (2. BA) ist Ersatz für zwei Provisorien. Dieser befindet sich im Anschluss an den 1. BA im Westen und hat, wie das Bestandsgebäude, 3 Geschosse.

Der Neubau wird analog zum Bestandsgebäude über den dortigen Haupteingang erschlossen. Einen separaten Nebeneingang gibt es nur für die Anlieferung der Mensa im Westen.

Ausschlaggebend für den Entwurf war die Hanglege, die Anbindung an den Bestandskomplex und die interne Organisation während und nach der Bauzeit.

Die vorgesehene Holzkonstruktion begünstigt die Abwicklung bei laufendem Betrieb durch die Vorfabrikation der Holzelemente. Wichtig für den Entwurf war darüber hinaus eine optimale Tageslichtversorgung für die Klassenzimmer und Fachklassen.

Funktionen

Im Gartengeschoss befinden sich die Fachklassen IT und Musik sowie die Mensa mit den notwendigen Nebenräumen, eine Umkleidekabine und ein WC für das Personal, ein Putzmittelraum und eine Technikzentrale für Elektro, Heizung und Sanitär. Die Mensa ist ansprechend nach Süden zum Garten hin orientiert. Im Erd- und Obergeschoss sind insgesamt 10 Klassen, 2 Ausweichräume und 2 Elternsprechzimmer angeordnet.

Die im südlichen Gartengeschoss angeordnete Mensa besteht aus einer Aufwärmküche mit Spülküche für maximal 300 Essen in 3 Schichten und dem dazugehörigen Speiseraum für 100 Schüler. Großzügige Verglasungen nach Süden und Westen sorgen für eine angenehme Raumatmosphäre, und es bestehen zusätzlich mehrere Zugänge zur Terrasse.

Erd- und Obergeschosse sind nahezu vollständig in Holz-

Brettspertholz ausgeführt. Insgesamt wurden bei der Erweiterung 550 m³ Holz verbaut. Dies entspricht ca. 100 Fichten von einer Höhe von mds. 35 m und einem Durchmesser von 0,5 m. Auf einem Hektar wachsen in einem Jahr ca. 15 m³ Fichtenholz nach. Dementsprechend sind 100 Fichten in 36 Jahren nachgewachsen.

Die Bauweise in Holz hat bei diesem Passivhausprojekt den Vorteil, dass ca. 550 Tonnen CO₂ gebunden werden. Die Planung geht davon aus, dass 1 m³ Fichtenholz dem Äquivalent von ca. 1 Tonne CO₂ dauerhaft über die Lebensdauer des Gebäudes (ca. 50 Jahre) bindet (1 m³ x 550 m³ = 550 Tonnen CO₂).

Die Schule spart in der Ausführung als Passivhaus gegenüber einer Erstellung nach ENEC 2009 ca. 78 % Heizenergie; dies entspricht ca. 70.000 kWh/Jahr und einer Kosteneinsparung von ca. 7.000 Euro/Jahr bei 0,10 Euro/kWh. Daraus resultiert wiederum eine Einsparung von ca. 38 Tonnen CO₂/Jahr. Die PV-Anlage zur Stromerzeugung substituiert weitere 15 Tonnen CO₂/Jahr. Bei einer Lebensdauer von 50 Jahren summiert sich diese Einsparung auf 2.650 Tonnen CO₂. Unterstellt man eine jährliche Preissteigerung bei den Energiekosten von 4 % ergibt sich auf eine Laufzeit von 50 Jahren eine Einsparung von über 1 Mio. Euro.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass ein Holzhaus mit Passivhausstandard ein Optimum an CO₂ bindet und einspart. Gebäude dieser Art leisten nach den Erwartungen und Berechnungen der beteiligten Ingenieure einen guten Beitrag zur Erfüllung der Klimaziele, die auf dem jüngsten G7-Gipfel in Elmau erneut postuliert wurden. Die Zukunft wird zeigen, in wieweit die Prognosen wirklich eintreffen. □

werden“, betonte Landwirtschaftsminister Helmut Brunner und ergänzte: „Sie haben moderne Wohnverhältnisse und zeitgemäße Nutzungskonzepte geschaffen und damit alten Gebäuden neues Leben eingehaucht.“ Die Preisträger hätten damit einen wertvollen Beitrag zur Verbesserung der Attraktivität, der Vitalität und der regionalen Identität der Dörfer geleistet.

Markt Absberg

Beispiel 1: Wie in vielen ländlichen Ortschaften stand auch im 809 Einwohner zählenden Markt Absberg im „Fränkischen Seenland“ die Dorfschule seit Jahrzehnten überwiegend leer. Dabei haben gerade diese ehemaligen Schulgebäude mit ihrer zentralen Lage im Ort und ihrer früheren Funktion hohe Bedeutung. Mit der Sanierung und Umgestaltung des ehemaligen Schulhauses konnte dem Gebäude seine baukulturelle Bedeutung zurückgegeben werden. Dorfladen, Museum und Prunothek bringen nun sichtbar neues Leben ins denkmalgeschützte ehemalige Schulhaus.

Stadt Betzenstein

Beispiel 2: Mit der denkmalgerechten Sanierung und Revitalisierung des Maasenhauses in der Stadt Betzenstein (Landkreis Bayreuth) konnte ein wichtiges Gebäude des historischen Stadtkerns vor dem Abriss bewahrt und einer zukunfts-fähigen öffentlichen Nutzung als Zentrum für Tourismus und Kultur zugeführt werden. Die Maßnahme ist Ausdruck des klaren Bekenntnisses der Stadt zur Innenentwicklung und Vorbild für weitere Sanierungen im Rahmen der Dorferneuerung.

Beispiel 3: Mit dem Umbau und der Nutzung als Gemeinschaftshaus und Heimatmuse-

um konnte ein abbruchgefährdetes Baudenkmal in Hassenbach (Landkreis Bad Kissingen) an einer städtebaulich prägnanten Stelle langfristig gesichert werden. Zusammen mit dem neu gestalteten Außenbereich und dem gegenüberliegenden Dorfplatz ist das mehr als 200 Jahre alte Baudenkmal wieder zum strahlenden Mittelpunkt im Ortskern von Hassenbach geworden und dient als Vorbild für viele weitere Sanierungen. Bauherr war der Markt Oberthulba.

Gemeinde Pfaffenhausen

Beispiel 4: Der Neubau des Begegnungs- und Pfarrgemeindegentrums in Pfaffenhausen (Landkreis Unterallgäu) ist ein wichtiger Baustein der Innenentwicklung und Teil eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Wohn- und Lebensverhältnisse. Mit ihrer zeitgemäßen Formensprache fügen sich die neuen Baukörper, die die Hofform der Vorgängergebäude aufgreifen, harmonisch in die umliegende Bebauung ein und bilden zusammen mit den Außenanlagen ein attraktives Zentrum für das Leben in der Gemeinde und für alle Generationen.

Forschungsvorhaben

Minister Brunner zeigte sich erfreut darüber, dass die Baukultur, vor allem auch mit Blick auf die demografische Entwicklung und den hohen Flächenverbrauch, wieder mehr Aufmerksamkeit erhalte – von Bund und Ländern, aber auch von Stiftungen und Initiativen. „Das bestätigt unseren Weg in der Dorferneuerung“, so der Minister. Um noch besser zu werden, habe die Verwaltung für Ländliche Entwicklung aktuell ein Forschungsvorhaben an die TU München vergeben.

„Wir wollen noch besser verstehen, wie Baukultur in ländlichen Gemeinden entsteht und wie wir diese über unsere Maßnahmen gezielter unterstützen. Auch hoffen wir so, Bauherren, Architekten und Handwerker noch stärker für unser Anliegen begeistern zu können“, erläuterte Brunner. □

Wohnungsbau in Bayern:

Breites Bündnis stellt Aktionspläne vor

Mit einem gemeinsamen Positionspapier hat ein breites Bündnis von Spitzenverbänden der Wohnungs- und Bauwirtschaft in Bayern sowie des Mieterbundes und der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt gegenüber bayerischen Landtags- und Bundestagsabgeordneten die angespannte Situation am bayerischen Wohnungsmarkt dargestellt und die schnelle Umsetzung eines wohnungsbaupolitischen Maßnahmenpakets gefordert.

Der soziale Wohnungsbau bleibt weit hinter dem Bedarf zurück. Viel zu wenige Wohnungen stehen für sozial schwächere Haushalte zur Verfügung. Dies gilt in besonderem Maße für die stark steigende Zahl Asylsuchender in Bayern. In den dynamisch wachsenden bayerischen Ballungsgebieten fehlt bezahlbarer Wohnraum zunehmend auch für mittlere Einkommensgruppen. Die energetische Gebäudesanierung kommt nur schleppend voran. Die Energiegewende ist dadurch gefährdet.

Zu viele der bautechnischen, rechtlichen und steuerlichen Regelungen haben nur das einzelne Gebäude im Blick. Das Gebäude aber ist nicht loslösbar vom Umfeld und das Umfeld nicht vom Gebäude. Handlungsstrategien müssen deshalb Quartiersstrategien sein – vor allem im Bereich der Energie- und Umweltpolitik und bei der Begrünung.

Viele neue ordnungsrechtliche Maßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen sind gut gemeint, verteuern aber im Ergebnis die Kosten, welche beim Bau von Wohnungen zu tragen sind. Bund und Länder stehen in der Pflicht, wirksame zusätzliche Investitionsanreize und bessere Rahmenbedingungen für den Wohnungsbau zu schaffen. Die Aktionsgemeinschaft „Impulse für den Wohnungsbau“ schlägt daher einen umfassenden Aktionsplan für eine zeitgemäße Wohnungsbaupolitik vor.

Hierzu zählen Maßnahmen zur Steigerung des erforderlichen Wohnungsneubaus, für Kostendämpfungen im Wohnungsbau, für einen Neustart des sozialen Wohnungsbaus, zur Förderung der energetischen Gebäudesanierung und zum altersgerechten Umbau von Wohnungen. □



V. l.: Prof. Lydia Haack, Architektin, Stellv. Landesvorsitzende des BDA Bayern; Alexander Habla, Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Zimmererhandwerks; Alexander Gump, Holzbauunternehmer, Stellv. Präsident des Bayerischen Zimmererhandwerks und Alexander Kirst, Stellv. Hauptgeschäftsführer des Bayerischen Zimmererhandwerks. □

Bayerisches Zimmererhandwerk:

Internetplattform für schnellen Wohnraum

„Voll ins Schwarze getroffen“ hat die Bayerische Gemeindezeitung mit ihrem jüngsten Sonderdruck „Comeback des Holzbaus“. Obwohl das Heft an sämtliche Bezieher ging, wird es abertausendfach aus dem Internet heruntergeladen. Die Flüchtlingskrise ist auch eine Wohnraumkrise. Nunmehr haben der Landesinnungsverband des Bayerischen Zimmererhandwerks und der BDA Bayern gemeinsam die Internetplattform www.schneller-wohnraum.de vorgestellt. Damit soll die Kommunikation zwischen Kommunen und Zimmerer-Betrieben erleichtert werden.

Wie der Vizepräsident der bayerischen Zimmerer, Alexander Gump gemeinsam mit dem Hauptgeschäftsführer seines Verbandes, Alexander Habla, vor der Presse in München erläuterte, liefert die Plattform allgemeine Informationen und Best-Practice-Beispiele. Interessierte Kommunen erhalten über ein Dropdown-Menü die Kontaktdaten der für sie jeweils zuständigen Zimmerer-Innung.

verlieren, dass es sich in erster Linie um Menschen handelt, die über die erste Unterbringung hinaus auch eine Perspektive brauchen“, so die Referentinnen. Unterkunft zu schaffen allein genügt nicht. „Es muss also darum gehen, Migranten die aktive Teilhabe an unserer Gesellschaft zu ermöglichen. Sie sollen sich einbringen können, tätig sein dürfen. Je mehr gesellschaftliche Kräfte sich gemeinsam anstrengen, die Potenziale der Zuwanderer zu fördern, desto höher wird die Akzeptanz und desto besser wird die Integration gelingen.“

Hohe Bauqualität mit langer Nutzungsdauer

Neben der schnellen Errichtung von Wohnraum will das Zimmererhandwerk auch zur Aufrechterhaltung der Baukultur sowie zur Erreichung der Energie- und Klimaschutz-Ziele beitragen: Die Anfang 2016 in Kraft tretende Verschärfung der Energieeinsparverordnung (EnEV) erachtet der Verband als sinnvoll und widerspricht damit aktuellen Forderungen, diese auszusetzen. Zudem spricht sich das Bayerische Zimmererhandwerk gegen Billig-Bauten mit kurzer Lebensdauer aus, weil diese das Problem des fehlenden Wohnraums langfristig nicht lösen. Ein „Tunnelblick“ nur auf die Baukosten sei irreführend, weil bei der Wirtschaftlichkeitsfrage immer die Gesamtkosten bis zum Ende einer Gebäudenutzung zählen. Das beste Kosten-Nutzen-Verhältnis entstehe durch eine hohe Bauqualität mit langer Nutzungsdauer und niedrigen Heizkosten.

Besonders hingewiesen wurde auch auf den besonderen „Wohlfühlfaktor“ des Baustoffes Holz.

Qualität sichern, Baukosten senken und Prozesse beschleunigen

Der Bund deutscher Architekten, BDA Bayern, sieht den Weg zur Lösung des akuten Bedarfs an bezahlbarem Wohnraum in einem aktiven Miteinander aller Kompetenzen unter Einbeziehung von Soziologen, Architekten und Stadtplanern mit dem Ziel, Qualität zu sichern, Baukosten zu senken und die Prozesse zu beschleunigen, erläuterten für den BDA dessen stellvertretende Landesvorsitzende, Architektin Prof. Lydia Haack, gemeinsam mit ihrer Kollegin Julia Hinderink, die als Kuratorin im März kommenden Jahres das BDA-Symposium „Flucht nach Vorne“ vorbereitet. „Man darf nicht aus den Augen

Einfügen in bestehende Orte und Landschaften

Auf dem Podium war man sich einig, dass das, was man heute baut für Jahrzehnte bewohnt wird – und zwar keineswegs nur von Flüchtlingen. „Auch wenn jetzt schnelle und kostengünstige Lösungen gefragt sind, sollen diese unter Beibehaltung baulicher, wirtschaftlicher und gestalterischer Qualitäten für eine langfristige volkswirtschaftliche Wertschöpfung entwickelt werden“, so die gemeinsame Forderung. Bauten, die sich in unsere Dörfer, Städte und Landschaften einfügen, fördern die Integration. Dabei sei eine nachhaltige Landesplanung erforderlich, die sich mit der kreativen Nutzung bestehender Siedlungs- und Infrastrukturen auseinandersetzt. Migration müsse zudem mit den großen gesellschaftlichen Fragen Energiegewende, Demographie und Digitalisierung betrachtet werden.

Bereit zu handeln

Die Architektinnen und Architekten des BDA Bayern sind bereit zu handeln, um kurzfristige Lösungen zu finden, die mittel- und langfristige Werte schaffen. Es gelte, sozialverträglichen Wohnraum zu entwickeln, der städtebaulich und gesellschaftlich zu einem Zuhause für alle beiträgt.

Deshalb vertiefte der BDA Bayern das Thema in zwei Veranstaltungen:

23.11.2015, 19:00 Uhr, „Heimat in der Ferne“, Bayerische Architektenkammer, Waisenhausstraße 4, München und

10./11.03.2016 „Flucht nach Vorne!“, Symposium konzipiert von Gastkuratorin Julia Hinderink MA RCA, Museum Fünf Kontinente, Maximilianstraße 42, München. □

Vergabewahnsinn - made in Germany?

Kommentar von Dr.-Ing. Werner Weigl,
Vorstandsmitglied der Bayerischen Ingenieurekammer-Bau

Wer kennt nicht das Problem: Die Schule muss saniert oder ein neuer Kindergarten gebaut werden. Eigentlich eine überschaubare Planungs- und Bauaufgabe. Wäre da nicht das Vergaberecht.

Derzeit sind Planungsleistungen ab 207.000 Euro europaweit über ein VOF-Verfahren auszu-schreiben. In den meisten Fällen war dieser Schwellenwert bei den zitierten kleineren Bauaufgaben nicht oder höchstens für die Architektenleistung erforderlich, da bislang die einzelnen Planungsdisziplinen wie Architektur, Tragwerksplanung, Haustechnik, Elektrotechnik, Vermessung usw. separat betrachtet werden konnten.

Nicht so nach dem derzeitigen Entwurf der künftigen Vergabeverordnung VgV. Dort soll nun festgelegt werden, dass die Honorare sämtlicher Planungsleistungen für ein Bauvorhaben zusammengezählt und dem derzeitigen Schwellenwert von 207.000 Euro gegenübergestellt werden müssen. Überschreitet die Summe der einzelnen Planungshonorare diesen Wert, müssten künftig für alle diese Planungsleistungen dem bisherigen VOF-Verfahren vergleichbare europaweite Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden.

Ein Beispiel: Die Baukosten für einen Kindergarten betragen netto 1.200.000 Euro. In der Regel machen die Planungskosten für derartige Projekte ca. 20 % aus, hier also 240.000 Euro. Bislang wäre für keine der Planungsleistungen, da separat zu betrachten, ein VOF-Verfahren nötig. Künftig wird dagegen für jede Planungsleistung unabhängig von dem jeweiligen tatsächlichen

Honorar ein solches Verfahren erforderlich.

Immenser Aufwand und höhere Kosten

Abgesehen von den immensen Aufwendungen sowohl auf Bewerber- als auch Auftraggeberseite können diese Verfahren von vielen kleineren Verwaltungsein-



Dr.-Ing. Werner Weigl.
Bild: Birgit Gleixner

heiten nur mit externen Beratern abgewickelt werden. Allein dafür fallen pro Planungsdisziplin Kosten von 5.000 bis 10.000 Euro an.

Der Wahnsinn wird offensichtlich: Für die Vergabe einer Planungsleistung von wenigen Tausend Euro entstehen zusätzliche

Beraterkosten in derselben Größenordnung wie das eigentliche Planungshonorar.

Baukultur und Qualität gefährdet

Völlig absurd wird der neue Ansatz in der Vergabeordnung bei Objekten in dieser Größenordnung, wenn dann bei der gemeinsamen Vergabe von Planungs- und Bauleistung für keine der Leistungen mehr eine europaweite Ausschreibung erforderlich wird, da der dafür geltende Schwellenwert von 5.186.000 Euro bei weitem nicht erreicht wird. Mancher der Vergabeordnung unterliegende Auftraggeber würde in Versuchung geraten, durch die gemeinsame Vergabe von Bau- und Planungsleistung eine europaweite Ausschreibung zu umgehen. Das Ziel aus Brüssel - mehr europaweite Ausschreibungen - würde ins Gegenteil verkehrt. Werden im Bereich der Objektgrößen bis zu 5.000.000 Euro bislang wenigstens Teile der Planungsleistungen europaweit ausgeschrieben, wäre das bei der geplanten Vergaberechtsänderung nicht mehr der Fall. Die bewährte Baukultur und -qualität sichere Trennung von Planung und Bauausführung würde auf dem Altar des Vergaberechts geopfert.

Eine weitere Ausweichstrategie ist die Vergabe aller Planungsleistungen an einen Generalplaner. Bereits jetzt zeigt sich bei europaweiten Ausschreibungen eine Tendenz zur Bevorteilung von

großen Planungsgesellschaften. Diese sind mit den europaweiten Vergabeprozessen weit besser vertraut und mit Referenzprojekten deutlich besser gerüstet als unsere meist regional und kleinteilig strukturierten Architektur- und Ingenieurbüros. Generalplanerleistungen können die meisten davon sicher nicht anbieten. Erst recht nicht, wenn hierzu im europaweiten Vergabeverfahren umfangreiche und objektspezifische Referenzen vorgelegt werden müssen.

Negative Konsequenzen für Mittelstand

Beide Aspekte - Generalübernehmer- und Generalplanervergabe - führen zu erheblichen Strukturänderungen mit mittelstandsfeindlichen Konsequenzen: Neben der Aufgabe der bewährten Trennung von Planung und Ausführung mit ihrer hohen Bedeutung für Qualitätssicherung und Verbraucherschutz käme es zum Verschwinden vieler regionaler Architektur- und Ingenieurbüros und zur Konzentration auf wenige, meist internationale Großbüros in den Ballungszentren. Die mittelständischen Büros mit selten mehr als 10 bis 15 Mitarbeitern fänden abseits privater Kleinaufträge keinen relevanten Markt mehr, obwohl gerade sie als vertraute und kompetente Partner mit regionalem Verantwortungsbewusstsein die Interessen ihrer öffentlichen Auftraggeber vertreten und auch in Krisenzeiten zu den Rettungsankern in der Region gezählt haben.

Nachteile für Kommunen und Auftraggeber

Auch auf Seite der öffentlichen Auftraggeber stünde künftig der Aufwand in keinem wirtschaftlich vernünftigen Verhältnis zum Ertrag. Denn mit der geplanten Neuregelung steigt nicht nur der Verwaltungsaufwand auf ein kaum mehr handbares Maß. Auch die Kosten für die Durchführung der Verfahren werden deutlich steigen. Und das liegt weder im Interesse der Kommunen noch der Bürgerinnen und Bürger.

Die Politik ist jetzt gefragt: Der Wahnsinn für alle Beteiligten - Auftraggeber wie Auftragnehmer - muss gestoppt werden. Lösungsmöglichkeiten bieten die Beibehaltung der bisherigen getrennten Betrachtung der Planungsleistungen oder - wie bei den Juristen mit 750.000 Euro bereits geschehen - eine deutliche Anhebung des Schwellenwertes auf etwa 1.000.000 Euro. Dies entspräche dem korrespondierenden Schwellenwert für Bauleistungen. Ein Verstecken hinter Europa ist hier falsch am Platz!

Mensch unterstützt wird, bedanken sich auf diesem Weg.

An mehreren älteren Ausstellungsstücken wurde aufgezeigt, wie kleine Änderungen diese Spielplatzgeräte wieder Norm konform gestalten. Ebenso konnten die Teilnehmer anhand dieser Geräte eine von Masstab Mensch federführend neu entwickelte Software zur Prüfung von Spielplätzen testen. Eine Ausstellung der Kooperationspartner rundete die Veranstaltung ab.

2017 nächster Termin

Ziel von Masstab Mensch ist es, gemeinsam mit allen mit der Planung, dem Bau, der Einrichtung, Inspektion und der Wartung Beschäftigten die Sicherheit von Spielplätzen zu schaffen und zu erhalten, zum Wohle der Kinder und ihrem spielerischen Erleben, der Eltern und Aufsichtspersonen. Die Fachtagung zur Kindersicherheit auf Kinderspielplätzen soll alle zwei Jahre stattfinden. Nächster Termin: 20. und 21. Oktober 2017.



Der Ausstellungspavillon der Berufsfachschule für Holzbildhauer dient zur Präsentation von Schülerarbeiten. Seine subtile Architektur wurde 2014 mit dem Holzbaupreis Bayern ausgezeichnet.
Bild: Michael Heinrich

Neue Holzbaukultur in Bayern:

Beispiel Schnitzschule Oberammergau

Holz hat in den vergangenen Jahren ein so vielseitiges Gesicht bekommen, wie es noch vor wenigen Jahren kaum für möglich gehalten wurde. Welches gestalterische Potenzial im Holzbau steckt, zeigt das Beispiel eines Anbaus der Schnitzschule Oberammergau.

Seine subtile Architektur wurde 2014 mit dem Holzbaupreis Bayern ausgezeichnet. Bauherr ist der Landkreis Garmisch-Partenkirchen, für die Planung verantwortlich zeichnete das Büro abp architekten burian + peiffer.

Mit dem Erwerb des nördlich angrenzenden Grundstücks war es möglich, die Schnitzschule zu erweitern und einen dringend benötigten Ausstellungsraum zur Präsentation von Schülerarbeiten sowie einen neuen Werkstattraum zu errichten. Besondere Bedeutung hatte dabei die Auseinandersetzung mit dem historischen Schulgebäude.

Leichte Holzstruktur

Ein Miteinander von massiven und hölzernen Bauten prägt das unmittelbare Umfeld der Schnitzschule. In Wechselwirkung zum denkmalgeschützten Hauptgebäude ist die Hülle des neuen, 2011 eingeweihten Ausstellungsbaus als leichte Holzstruktur errichtet. Die polygonale Form reagiert auf die örtlichen Gegebenheiten und passt den Baukörper in die Umgebung ein. Das ruhige Erscheinungsbild lässt das Hauptgebäude weiterhin für sich wirken. Die regionale Tradition des Holzbaus sowie der Umgang mit dem Werkstoff Holz in der Schnitzschule wird im neuen Ausstellungsbaus gegenwärtig.

Exponate wirken für sich

Terrassierte Ebenen mit verbindenden Stufen definieren den Weg des Besuchers durch die Ausstellung. Die differenzierte Treppenanlage mit ihren großzügigen, massiven Wangen und Podesten wird Teil des Ausstellungs-konzepts. Sie erinnert an die Bühnenszenierung von Adolph Appia für das Festspielhaus Hellerau und bietet verschiedene Möglichkeiten zur Ausstellungs-gestaltung. Die Treppenanlage

rückt ins Zentrum und inszeniert die Objekte von unterschiedlichen Blickwinkeln aus in unterschiedlichen räumlichen Zusammenhängen. Die Materialität im Inneren ist zurückhaltend-neutral und lässt die Exponate für sich wirken.

Der Erweiterungsbau definiert sich durch die Bereiche Sockel und Hülle. Der Ausstellungs-bereich - durch fließende Niveauunterschiede zonierte - wird von einer Hülle überspannt, deren gefügte Holztragstruktur zum massiv geformten Sockelbereich kontrastiert. Variierende Pfostenabstände erzeugen bereits aus der Ferne betrachtet unterschiedlich transparente Fassadenbereiche. In Analogie zum traditionellen Bundwerk ist die Holztragstruktur außen sichtbar präsentiert und ruht wie dieser auf einem massiven Sockel - allerdings aus grob behauenen Sichtbeton statt Bruchstein.

Blick auf die Landschaft

Vier nebeneinander angeordnete große Flügeltüren öffnen sich zum Vorbereich der Schnitzschule und geben den Blick auf die grandiose Landschaft von Oberammergau frei. Der Vorplatz, formal ein Teil des Gebäudesockels, bietet mit seinen grob behauenen Sichtbetonblöcken weitere Ausstellungsmöglichkeiten im Freien und bildet den Abschluss des Gartens vor dem Altbau.

Das denkmalgeschützte, 1909 von Franz Zell errichtete Gebäude wurde behutsam saniert. Neben Brandschutzertüchtigungen und energetischen Maßnahmen konnten einige, durch den Neubau frei werdende Räume wie die neue Schulbibliothek neu gestaltet werden. In dem früheren Werkstattraum wurde der alte, von Arbeits-spuren gezeichnete Dielenboden gereinigt und geölt, das Mobiliar wurde von abp entworfen und vom Schreiner maßgefertigt. DK

Kindersicherheit auf Spielplätzen

Masstab Mensch veranstaltet zweitägige Fachtagung in München

„Unbeschwerte Spielerlebnisse sind für die kindliche Entwicklung unverzichtbar. Kinder vertrauen und Eltern müssen darauf vertrauen können, dass Spielplätze sicher konstruiert, entsprechend gewartet und gepflegt werden“, bringt Peter Schraml, Geschäftsführer von Masstab Mensch seine Motivation auf den Punkt. Mit seiner Expertise als ehemalige Aufsichtsperson der Kommunalen Unfallversicherung Bayern, als Spielplatzprüfer und Mitglied in entsprechenden Normenausschüssen rief er die 1. Fachtagung zur Sicherheit auf Kinderspielplätzen ins Leben, die kürzlich in München stattfand.

Schraml sprach damit den rund 130 Teilnehmern, die sich mit Planung, Bau, Einrichtung, Inspektion und Wartung von Spielplätzen beschäftigen, aus der Seele. Zum Teil aus Wien, Bozen und Basel angereist, hatten sich alle auf Einladung von Masstab Mensch an diesem Wochenende in der Städtischen Berufsschule in München versammelt.

Umfassende Information

Welche Anforderungen an die Sicherheit von Spielplätzen gestellt werden, welche Rechtsgrundlagen es gibt und wie diesen entsprochen werden kann, sei vielen Verantwortlichen häufig nicht oder nur unzureichend bewusst, erläutert Schraml. Seine Fachtagung hat das Ziel, umfassend über das Thema Kindersicherheit auf Spielplätzen zu informieren und einschlägige Neuerungen vorzustellen. Sie bietet den Beteiligten Gelegenheit, Erfahrungen auszutauschen und Kontakte zu knüpfen. Die Fachtagung ist als „Auffrischung für Qualifizierte Spielplatzprüfer“ sowie als Fortbildung für Ingenieure, Fachplaner, Architekten und Landschaftsarchitekten anerkannt.

Zahlreich Experten beleuchten die komplexe Thematik aus unter-

schiedlichen Perspektiven. Klaus-Peter Brüning, Sonderschulkonrektor, Regierung von Schwaben, ging der Frage nach, welche Auswirkungen die veränderten Lebenswelten der Kinder auf deren Motorik und Entwicklung haben. Die kindliche Entwicklung beruht in hohem Maße auf frühen Erfahrungen, für die das Spielen von großer Bedeutung ist. In einer urban geprägten Welt, werden Spielplätze für die kindlichen Wahrnehmungs- und Bewegungserfahrungen immer wichtiger.

Naturerfahrungsräume

Wie bedeutend in diesem Zusammenhang Naturerfahrungsräume sind, zeigte Dr.-Ing. Hans-Joachim Schemel auf. Sein Büro für Umweltforschung und Stadtentwicklung ermittelte, dass gerade naturnahe, also kaum gestalteten Lebensräume für Tiere und Pflanzen, für das Spielen besonders geeignet sind. Je unebener, vielfältiger und unüberschaubar das Gelände ist, umso mehr fördert es die Aufmerksamkeit und damit die Risikokompetenz der Kinder und desto höher ist der Spielwert.

Der Beitrag zum Thema Abenteuer-spielplätze, wie auch der von Julian Richter mit dem Titel

„Spielwert und Spielrisiko“, widmeten sich dem Spagat zwischen dem Sicherheitsanspruch einschlägiger Normen und einem gewissen Risiko, als wesentlichem Bestandteil des Abenteuers. Unter dem Titel „Grün. Schön. Giftig!“ rief Dr. Elke Frenzel auf zu einer realistischen Einschätzung der Giftigkeit von Pflanzen sowie der Gefahr, die von diesen ausgeht.

Im Rahmen der Neuerungen der Norm für Spielplatzgeräte, DIN EN 1176, stellte Friedrich Blume die aktuellen rechtlichen Aspekte der Kindersicherheit vor sowie die Anforderungen an die Spielplatzprüfer nach DIN 79 161.

Zuverlässige Sicherheitsprüfung

In seinem Grußwort betonte Stefan Handl die gute Zusammenarbeit mit Masstab Mensch im Hinblick auf die Jahreshauptinspektion der gemeindeeigenen Spielplätze. „Eine zuverlässige Sicherheitsprüfung ist für uns besonders wichtig, um unserer Verantwortung gerecht zu werden“, so der zweite Bürgermeister der Gemeinde Karlsfeld. Dies griff Tilo Eichinger, Vorstand des Bundesverbands der Spielplatzgeräte- und Freizeitanlagen-Hersteller auf, indem er die Bedeutung fachlich kompetenter und qualitativ hochwertiger Prüfung durch entsprechend ausgebildete Experten unterstrich.

Wie wichtig Kindern ein geschütztes Spielumfeld ist, wurde jedem Teilnehmer im Rahmen einer Videobotschaft bewusst: Schüler aus Munyu, Kenia, deren Schulprojekt von Masstab

tenz eines Ausbildungsinstituts für „Qualifizierte Spielplatzprüfer“. Dabei verfolgt das Unternehmen zwei Kernziele: Zum einen die umfassende Sicherheit von Kindertageseinrichtungen und Spielplätzen, zum Wohl der Kinder und Mitarbeiter, sowie zur Unterstützung der Träger, ihrer Verantwortung gerecht zu werden. Zum anderen eine weitgehend gleichberechtigte, selbstbestimmte und gefahrlose Nutzung der gebauten Umwelt durch Menschen jeden Alters und mit unterschiedlichen Fähigkeiten.

Weitere Informationen unter: www.masstabmensch.de □

Henne-Unimog-Leistungsschau in Heimstetten:

Vollanbieter für Kommunaltechnik

Highlight für Winterdienst: Der Solesprüher der Firma Dammann

Die Henne-Unimog GmbH aus Heimstetten präsentierte zur Leistungsschau 2015 das komplette Angebot: Von Schmalspurfahrzeugen und -geräteträgern über allradgetriebene Kleinlastkraftwagen sowohl für kommunale Einsätze als auch für die Land- und Forstwirtschaft, bis hin zum Unimog gibt es für jeden erdenklichen Kundenwunsch das optimale Angebot. Ein Highlight der diesjährigen Leistungsschau war der Solesprüher der Firma Dammann aus Buxtehude.

Die Leistungsschauen der Firma Henne-Unimog am Standort in der Hürderstraße in Heimstetten erfreuen sich großer Beliebtheit. Verkaufsleiter Rainer Partelly berichtete von 750 Besuchern, die sich für die Veranstaltung angemeldet hatten, um sich über die neuen Fahrzeuge und Geräte im Portfolio der Firma zu informieren.

Der jüngste Neuzugang zur Produktpalette, neben dem Multihog aus Irland, sind die AEBI-Schmidt MT. Für Geschäftsführer Kai Bogedale stellt der AEBI-Schmidt MT eine sinnvolle Ergänzung zum bestehenden Programm dar: „Diese, im Vergleich zum Unimog, kleinen Fahrzeuge sind besonders für Kommunen geeignet, die unter beengten Ver-

hältnissen leiden und sind bis 80 km/h zugelassen.“

Um für den kommenden Winter einbrech gewappnet zu sein, präsentierte Henne-Unimog einen Solesprüher der Firma Dammann aus Buxtehude. Partelly erläuterte, Solesprüher seien auf Autobahnen und im Flugverkehr längst Usus und daher könne man auf genügend Erfahrungswerte zurückblicken. So hat es sich gezeigt, dass ein kombinierter Einsatz von Sole und Salz nicht nur den Geldbeutel schont, sondern auch effektiver auf die unterschiedlichsten Witterungsbedingungen eingeht. Partelly betonte aber auch,



Eine große Auswahl an Fahrzeugen und Anbauvarianten zeigte die Henne-Unimog GmbH aus Heimstetten bei ihrer alljährlichen Leistungsschau 2015.

dass Sole nur präventiv, bzw. bei Temperaturen bis höchstens -8° Celsius eingesetzt werden kann. Bei kälteren Temperaturen muss unbedingt nach wie vor Salz gestreut werden.

Streumittelsparung

Der große Vorteil einer mit der herkömmlichen Salzaufbringung verbundenen Solesprühung ist die erhebliche Streumittelsparung. Sole besteht nur zu ca. 20 % aus Salz, der Rest ist Wasser. Durch spezielle Fächer- und Punktstrahl Düsen lässt sich die Arbeitsbreite auf bis zu 15 m erweitern. Durch die Möglichkeit die Düsen während des Einsatzes asymmetrisch zu- und abzuschalten, können in der Vorbeifahrt Bushaltestellen, Einfahrten oder Abbiegespuren gleich mit behandelt werden. „Die besondere Düsenteknik ermöglicht außerdem eine Arbeitsgeschwindigkeit von bis zu 70 km/h“, so der Vertriebsleiter der Firma Dammann, Frank Schock.

Keine Wehverluste

Weiterhin führte er aus: „Durch die Kapillarwirkung der Sole bleibt diese auf dem Straßenbelag haften und es entstehen keine Wehverluste, anders als bei Streusalz. Somit handelt es sich hier um die umweltfreundlichste Art von Winterdienst.“ Übrigens kann der Solesprüher in der warmen Jahreszeit als Wasserfass für andere

re Geräte dienen, aber auch als Gieß- und Reinigungsgerät genutzt werden. Es lassen sich ohne großen Aufwand Sprühlanzen, Waschbürsten oder ein Hochdruckreiniger in das Gerät integrieren.

Von 3,5 bis 16 Tonnen

Für Henne-Unimog war die Leistungsschau der Auftakt für ein geschäftiges Jahr. Kommunale Entscheider können sich 2016 auf Bauma, IFAT und GaLaBau selbst vom vielfältigen Angebot überzeugen. Henne-Unimog ist in der Lage den kompletten Bereich von 3,5 bis 16 Tonnen Gesamtgewicht abzudecken und kann sich somit zu Recht als Vollanbieter für Kommunaltechnik bezeichnen. CH

Mit Holder durch die vier Jahreszeiten

Ein Besuch der Roadshow in Eching/Freising

Die Max Holder GmbH, Hersteller kompakter Kommunalfahrzeuge, präsentierte auf einer Roadshow an sieben Stationen in ganz Süddeutschland das „System Holder“: ein abgestimmtes Programm von Fahrzeugen und passgenauen Anbaugeräten. Werner Kraus, Leiter Vertriebskoordination Deutschland, war mit der Veranstaltung sehr zufrieden: „Wir konnten pro Termin zwischen 50 und 70 interessierte Besucher begrüßen.“ Mit dem neuen Roadshowkonzept wird besonderer Wert auf den Ganzjahreseinsatz gelegt. Als Neuheiten waren der innovative Fahrantrieb Powerdrive, den es zunächst nur für das Holder Modell C 270 gibt, und der MUVO, ein völlig neues Kommunalfahrzeug, dabei.

Der Powerdrive ist ein Antriebskonzept, das mehr Leistung bietet und dabei weniger Treibstoff verbraucht. Je nach

der Geräteträger auch ohne manuelles Umschalten große Steigungen hinauf und fährt bei Heavy-Duty-Anwendungen immer

berg präsentiert hatte, ist ein neues Fahrzeug mit einer Nutzlast von bis zu 2,8 Tonnen und erreicht mit 50 km/h eine optimale Transportgeschwindigkeit. Es kann sowohl in der Grünpflege, der Straßenreinigung und dem Winterdienst als auch für spezielle Transportaufgaben eingesetzt werden und ist besonders für Flächengemeinden bestens geeignet.

Drei Lenkungsarten

Insgesamt verfügt der Holder MUVO über drei Lenkungsarten – Vorderradlenkung, Allradlenkung und Diagonalenlenkung, die je nach Bedarf eingesetzt werden können. Das aus zwei Arbeitskreisen bestehende Hydrauliksystem arbeitet äußerst effizient und ermöglicht den gleichzeitigen Betrieb anspruchsvoller Anbaugeräte.

Ein langjähriger Anbaugeräte-Partner ist die Firma Kugelmann, die auf der diesjährigen Roadshow ein neues Einkammer-Streusystem vorstellte. „Für kleine Kommunen bietet die Firma mit diesem Produkt ein einfaches und daher günstigeres Modell in gewohnter Kugelmann-Qualität“, so der Vertriebsleiter der Firma Kugelmann, Andreas Wörner, und er führte fort, „um unseren Kunden einen möglichst tiefen Einstiegspreis zu ermöglichen, sind wirklich nur die notwendigsten Ausstattungen an der Basismaschine enthalten.“

Optimistischer Ausblick

Harald Kalinke, der für Süddeutschland zuständige Vertriebspartner für Holder, wagte einen optimistischen Ausblick auf 2016, denn mit der GaLaBau stünde vom 14. bis 17. September ein Großereignis an: „Hier können wir uns als doch kleinerer Händler einem ausgezeichneten Fachpublikum sehr gut präsentieren.“ Kalinke baut selbst unter dem Namen Loipfinger Mäh-Saug-Kombinationen für Holder und andere Trägerfahrzeuge wie Fendt, AEBI und Reform. Da sich die Fertigung in Bodenkirchen in Bayern befindet, kann die Firma äußerst flexibel auf Kundenwünsche eingehen.

Abschließend bedankte sich Werner Kraus sehr herzlich für die massive Unterstützung durch die Anbaugeräte-Partner: „Der Holder ist ein multifunktionaler Geräteträger. Unsere Kunden aber brauchen ein Werkzeug und damit aus dem Fahrzeug ein Werkzeug wird, brauchen wir die Hersteller der Anbaugeräte mit Ihren Produkten und Spezialisten vor Ort.“



Die Präsentation des MUVO auf der KOMMUNALE 2015 (v. l.): Andreas Vorig, Geschäftsführer Max Holder GmbH, Constanze von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung und Werner Kraus, Leiter Vertriebskoordination Deutschland Max Holder GmbH. □

Fahrsituation wechselt die Fahr-elektronik zwischen Allrad- und Zweiradmodus. Somit kommt

im effizientesten Fahrprogramm. Der MUVO, den Holder auch auf der KOMMUNALE in Nüm-



Kamera-Monitorsystem zeigt 360°-Ansicht des Fahrzeugs aus der Vogelperspektive

Da bei Kommunalfahrzeugen die Sicht aufgrund der erheblichen Größe und komplexen Form der Fahrzeuge eingeschränkt ist, gibt es hier besonders viele uneinsehbare tote Winkel, die beim Rangieren die Gefahr einer Kollision bergen. Um das Risiko von Personen- und Sachschäden zukünftig minimieren zu können, hat der Sicherheitsexperte Brigade Elektronik GmbH ein intelligentes Kamera-Monitor-System entwickelt, das dem Fahrer mit einem einzigen Bild in Echtzeit eine Rundumsicht des Fahrzeugs vermittelt.

Bei Backeye 360 Select erfassen vier Ultraweitwinkelkameras die gesamte Umgebung einschließlich aller toten Winkel, die erzeugten Digitalbilder werden anschließend kombiniert sowie Fischaugeneffekte minimiert. □



Mehr Effizienz im Winterdienst.

Der neue Unimog BlueTEC 6. Überzeugt mit vielen Innovationen und setzt Maßstäbe bei Effizienz, Umweltfreundlichkeit, Sicherheit und Bedienung. www.neuerunimog.de

Mercedes-Benz

Trucks you can trust



Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG Regensburger Straße 23, 93095 Hagelstadt, Tel.: 09453 991-110, Fax: 09453 991-106, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG Albert-Ruckdeschel-Straße 19, 95326 Kulmbach, Tel.: 09221 5 07-0, Fax: 09221 8 44 81, E-Mail: verkauf.unimog@beuthauser.de, Internet: www.beuthauser.de

Henne-Unimog GmbH Hürderstraße 6, 85551 Heimstetten, Tel.: 089 12 06-6100, Fax: 089 12 06-6127, E-Mail: henne-unimog.hst@daimler.com, Internet: www.henne-unimog.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG Werner-von-Siemens-Straße 10, 97076 Würzburg, Tel.: 0931 250 360, Fax: 0931 250 36 60, E-Mail: info@kurt-herold.de, Internet: www.kurt-herold.de

KLMV GmbH Robert-Bosch-Straße 1, 95145 Oberkotzau, Tel.: 09286 95 11-0, Fax: 09286 95 11-10, E-Mail: info@klmv.de, Internet: www.klmv.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge Industriestraße 29-33, 89231 Neu-Ulm, Tel.: 0731 97 56-214, Fax: 0731 97 56-410, E-Mail: nutzfahrzeuge@wilhelm-mayer.com, Internet: www.wilhelm-mayer.com

Datenautobahnen als Grundlage für erfolgreichen ländlichen Raum

Schnelles Internet für Altenmünster und Ortsteile der Gemeinde Diedorf
Inbetriebnahme mit Staatsminister Dr. Markus Söder

Die Gemeinde Altenmünster surft jetzt mit allen Ortsteilen mit Höchstgeschwindigkeit auf der Datenautobahn. Bei der offiziellen Inbetriebnahme der vorläufig letzten Ausbaustufe des neuen Glasfasernetzes in den Orten Altenmünster, Eppishofen und Hennhofen informierten die Gemeinde, der regionale Telekommunikationsanbieter M-net und Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder über den Breitbandausbau in Bayern, das Projekt vor Ort und die damit verbundenen Verbesserungen für Bürger und das Gewerbe.

Rasante Up- und Downloads, Surfen ohne Wartezeiten beim Seitenaufbau oder ruckelfreies Video-streaming. Weitere knapp 800 private Haushalte und Gewerbetreibende können diese und viele weitere Vorteile des schnellen Internets ab sofort neben den Ortsteilen Baidershofen, Neumünster, Unterschöneberg, Violau, Hegnenbach und Zusamzell auch in den zentralen drei Orten nutzen. Die weiteren sechs genannten Ortsteile ver-

fügen bereits seit über zwei Jahren über schnelle Internetanschlüsse.

Insgesamt wurden in den vergangenen Jahren auf einer Länge von über 20 Kilometern Glasfaserkabel durch den Kooperationspartner micom verlegt. Sie verbinden das Hauptnetz von M-net mit den sogenannten Kabelverzweigern. „Diese grauen Kästen, die in der Regel am Straßenrand platziert sind, dienen als Schaltstelle zu den einzelnen Haushalten“, erklärte

Peter Reisinger, Bereichsleiter Expansion bei M-net. „Neben den Kabelverzweigern haben wir zusätzliche Gehäuse mit aktiven VDSL-Komponenten installiert. Sie sind sozusagen der Turbolader. Dadurch können wir die Bürgerinnen und Bürger mittels unserer Internetanschlüsse sozusagen in die digitale Welt von Morgen katapultieren.“

Meilenstein

Laut Staatsminister Dr. Markus Söder unterstützt der Freistaat Altenmünster mit mehr als 270.000 Euro. Schnelles Internet sei die Grundlage für einen erfolgreichen ländlichen Raum.

Der Breitbandausbau stellt für die Gemeinde einen Meilenstein dar, erläuterte der 1. Bürgermeister Bernhard Walter: „Auch bei uns

im ländlichen Raum steigt die Nachfrage nach schnellen Internetanschlüssen ganz dynamisch. Unsere Bürger wollen moderne Kommunikations- und Unterhaltungsprogramme nutzen und für unsere Betriebe und Gewerbetreibende ist Internet mit hohen Bandbreiten oft Geschäftsgrundlage und damit unverzichtbar. Dafür sind schnelle Datenleitungen erforderlich. Deshalb bauen wir seit 2012 alle Erschließungen mit kalter Technik für Hausanschlüsse. Wir in Altenmünster stellen in zunehmendem Maße fest, dass hohe Übertragungsraten unseren Standort interessanter machen für Wohnen und Wirtschaft.“

Auch die Ortsteile Oggenhof, Hausen und Willishausen der Gemeinde Diedorf verfügen künftig über leistungsfähige Glasfaseranschlüsse. Bei der offiziellen Inbetriebnahme des neuen Netzes informierten die Gemeinde, der regionale Telekommunikationsanbieter M-net und der Netzbetreiber LEW TelNet, Bayerns Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder über den Breitbandausbau in Bayern, das Projekt vor Ort und die damit verbundenen Verbesse-



Breitband-Internet für Diedorf - v. l.: Peter Zäh (Langer Sport Marketing GmbH), Norbert Schürmann, Landrat Martin Sailer, Dr. Markus Söder, Bürgermeister Peter Högg, Carolin Trautner MdL, Johann Häusler MdL, Peter Reisinger M-net.

rungen für Bürger und Unternehmen.

Rund 600 private Haushalte und Gewerbetreibende in Oggenhof, Hausen und Willishausen können diese und viele weitere Vorteile des schnellen Internets ab sofort nutzen. In den vergangenen Monaten hat LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke AG (LEW), dazu rund sechs Kilometer neue Glasfaserkabel verlegt.

Wie LEW-Vorstandsmitglied Norbert Schürmann betonte, „ist die Zukunft digital und wir bringen sie jetzt in die Diedorfer Ortsteile. Glasfaser ist die sichere Basis für leistungsstarke Internetzugänge, auch bei weiter steigendem Bandbreitenbedarf.“ Minister Söder zufolge unterstützt der Frei-

staat die Gemeinde mit mehr als 79.000 Euro.

Bereits 2012 haben LEW TelNet und M-net die Diedorfer Ortsteile Biburg und Kreppen erschlossen. Der Breitbandausbau stelle für die Gemeinde einen Meilenstein dar, sagt Bürgermeister Peter Högg: „Die Nachfrage nach schnellen Internetanschlüssen ist im ländlichen Raum genauso hoch wie in der Großstadt. Unsere Bürger wollen moderne Kommunikations- und Unterhaltungsprogramme nutzen und für unsere Betriebe und Gewerbetreibenden ist Internet mit großen Bandbreiten oftmals unabdingbar. Dafür sind nun mal schnelle Datenleitungen erforderlich. Für Diedorf sind die neuen Glasfaseranschlüsse damit auch ein entscheidender Standortfaktor.“

Aktuelle Mercer-Trendstudie zeigt:

Smartphones: Führungskräfte sind häufig gestresst

90 Prozent der Führungskräfte in Deutschland sind auch im Urlaub geschäftlich erreichbar und nur ein Prozent steht nach Feierabend für berufliche Anrufe und Mails nicht zur Verfügung. Zu diesen Ergebnissen kommt die aktuelle Trendstudie „Stressfaktor Smartphone 2015“, für die das internationale Beratungsunternehmen Mercer in Zusammenarbeit mit der Technischen Universität München und der Fachhochschule Rosenheim mehr als 150 Führungskräfte in Deutschland befragt hat.

Laut Studie sind 88 Prozent der befragten Führungskräfte durch die ständige Erreichbarkeit über ihre Smartphones höherem Stress ausgesetzt, 33 Prozent spüren diese Mehrbelastung häufig oder jederzeit. Damit bewegt sich das Stressempfinden 2015 auf ähnlich hohem Niveau wie 2012, als die Studie zum ersten Mal durchgeführt wurde. Das Nutzungsverhalten der Studienteilnehmer hat sich seit 2012 jedoch deutlich verändert.

Mittlerweile verwenden 81 Prozent der Führungskräfte ein und dasselbe Smartphone für berufliche und private Zwecke (2012: 70 Prozent). Eine Folge: Nur ein Prozent der Befragten ist nach Feierabend für Kollegen oder Geschäftspartner nicht zu erreichen und liest auch keine arbeitsrelevanten eMails. Die damit verbundene Entgrenzung von Arbeits- und Privatleben führt bei etwa der Hälfte der Befragten zu einer verkürzten Regenerationszeit – mit unerwünschten Folgen.

„Neben dem erhöhten Stresslevel infolge permanenter Erreichbarkeit sprechen wir hier auch über rechtliche Fragestellungen“, kommentiert Prof. Volker Nürnberg, Leiter Health Management bei Mercer. „Wird die gesetzlich vorgeschriebene Ruhezeit vom Arbeitnehmerwegen der Bearbeitung von E-Mails nicht eingehalten, kann der Arbeitgeber zur Verantwortung gezogen werden. Im Extremfall z. B. auch dann, wenn der Arbeitnehmer morgens auf dem Weg zur Arbeit einen Verkehrsunfall verursacht und

sich dies u. a. auf eine Nichteinhaltung der Ruhezeit zurückführen lässt.“

Allerdings ist das Smartphone mittlerweile ein fester Bestandteil der Berufswelt und ein wichtiges Arbeitsgerät, auf das Arbeitnehmer – und besonders Führungskräfte – nicht verzichten möchten.

„Durch den Zugewinn von Flexibilität und Mobilität kann das Smartphone eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie ermöglichen. Es liegt jedoch sowohl an den Unternehmen als auch an den Mitarbeitern, dass diese Flexibilität am Ende nicht mehr Stress als Nutzen erzeugt“, so Prof. Nürnberg. „Verbindliche Regelungen wie z.B. eine Abschaltung der Geräte am Abend sind in einzelnen Fällen sicherlich sinnvoll. Allerdings können solche Vorschriften einen der größten Vorteile des Smartphones – die Flexibilität – auch schnell zunichtemachen. Hilfreich sind dagegen Richtlinien zur Erreichbarkeit und zum Umgang mit eMail.“

„Unternehmen sollten außerdem versuchen, ihre Mitarbeiter aufzuklären und im gesundheitsgerechten Umgang mit Smartphones zu schulen. Das kann über entsprechende Workshops und Seminare im Rahmen eines betrieblichen Gesundheitsmanagements, z. B. zu Zeit- und Stressmanagement, vor allem jedoch über die Unternehmens- und Führungskultur erreicht werden. Wenn mein Chef von mir erwartet, seine E-Mails auch im Urlaub zu beantworten, nützt mir auch das beste Stressmanagement nichts.“

Vectoring-Ausbau:

Telekom legt Entwurf einer Investitions- und Ausbauzusage vor

Die Telekom Deutschland GmbH (Telekom) hat jetzt den Entwurf eines konkreten Angebots übermittelt, in dem sich das Unternehmen aus eigenen Stücken einseitig dazu verpflichtet möchte, bundesweit alle Hauptverteiler-Nahbereiche bis Ende 2018 mit der Vectoring-Technik zu erschließen.

Die Bundesnetzagentur wird den Entwurf in einem förmlichen und transparenten Regulierungsverfahren unter Einbindung aller interessierten Marktakteure prüfen und - sofern das Angebot von der Telekom einseitig verbindlich gemacht wird - in den für die endgültige Entscheidungsfindung erforderlichen Abwägungsprozess einbeziehen. Der Angebotsentwurf ist dementsprechend auf den Internetseiten der Bundesnetzagentur unter www.bundesnetz-agentur.de/BK3-15-004 veröffentlicht worden.

Durch das Angebot einer Investitions- und Ausbauzusage wird weder die behördliche Entscheidung noch das der Bundesnetzagentur insoweit zustehende Regulierungsermessen vorweg genommen.

Die Telekom hat im Februar eine Änderung der regulatorischen Rahmenbedingungen für den Zugang zur „letzten Meile“, der Teilnehmeranschlussleitung (TAL) beantragt. Sie möchte die Vectoring-Technik künftig auch in den um die Hauptverteiler liegenden Nahbereichen einsetzen können.

BDEW zum Thema Breitbandkabel:

Keine Zwangsnutzung bei Abwasserkanälen!

Zum Auftakt der wasserfachlichen Aussprachetagung 2015 in Essen hat Jörg Simon, BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser, deutliche Verbesserungen im Gewässerschutz angemahnt. Zugleich warnte Simon vor Überlegungen, Breitbandkabel auch in Abwasserleitungen zu verlegen.

Das Verursacher- und Vorsorgeprinzip müsse aus Sicht der Wasserwirtschaft auch beim Thema Medikamentenrückstände deutlich gestärkt werden, forderte Simon: „Die richtige Entsorgung von Medikamenten wird vor dem Hintergrund eines stetig zunehmenden Medikamentenkonsums immer wichtiger. Durch fehlende Regelungen zur fachgerechten Entsorgung und daraus folgende Einträge in die Umwelt können auch die Gewässerressourcen für die Trinkwassergewinnung betroffen sein. Dies sollte vermieden werden.“

„Wir fordern daher eine verpflichtende Einführung eines bundesweit einheitlichen Sammel- bzw. Rücknahmesystems für Altmittel. Dabei sollte unter Beachtung des Vorsorgegrundsatzes die Rücknahme von Altmitteln so leicht wie möglich gemacht werden. Und wir fordern eine Verankerung der fachgerechten Entsorgung im Arzneimittelgesetz mit Produktverantwortung der Hersteller und damit die Umsetzung europäischen Rechts (Artikel 127 B der EU-Richtlinie 2004/27/EG). Insgesamt braucht Deutschland eine neue Arzneimittelstrategie, damit bei Herstellung bzw.

Zulassung die ökologische Abbaubarkeit von Arzneimitteln gleichrangig berücksichtigt wird.“

Weiterhin in der Diskussion ist zudem die Frage, wie der geplante Breitbandkabelausbau in Deutschland möglichst kostengünstig umgesetzt werden kann. Der BDEW unterstützt grundsätzlich die Initiativen der Europäischen Union zum Breitbandkabelausbau in Deutschland. Zahlreiche Mitgliedsunternehmen leisten hierzu bereits einen wichtigen Beitrag: Beispielsweise durch den eigenen Ausbau oder die Zurverfügungstellung von Infrastrukturen, wie z.B. begleitende Kabelverlegung, oder durch die Mitnutzung von Leerrohren. Aber: Die zwangsweise Nutzung von Abwasserkanälen zur Verlegung solcher Kabel lehnen wir ab.“

„Völlig ungeklärt ist beispielsweise die Frage, wie eine notwendige Erneuerung oder Sanierung – also Bauarbeiten – der Kanäle ohne Beeinträchtigung der Breitbandkabel durchgeführt werden könnte. Das ständig anfallende Abwasser muss aber jederzeit in erster Linie im Interesse des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung sicher entsorgt werden können. Die Wasserwirtschaft im

Sichere Kritische Infrastrukturen:

Symposium zu Lösungen von Wirtschaft und Forschung

Kritische Infrastrukturen wie zum Beispiel Ver- oder Entsorgungsunternehmen brauchen besonderen Schutz. Zu groß ist die Gefahr, dass unberechtigte Personen versuchen, sich Zutritt zu verschaffen. Gesucht sind innovative Lösungen, die sicher aber trotzdem einfach zu implementieren sind. Was hierzu möglich ist, zeigen Fachreferenten aus Forschung und der Sicherheitsbranche bei einem Symposium von Security Data am 19. November von 13 bis 17 Uhr in der Motorworld Region Stuttgart.

Rund 2.000 Unternehmen in Deutschland zählen zu den Kritischen Infrastrukturen. Darunter Firmen aus den Bereichen Finanzen, Verkehr, Gesundheit und IT. Sie sind jetzt gefordert sicherheitstechnische Mindeststandards zu erfüllen, um kriminelle Übergriffe zu verhindern. Um dazu passende Lösungen geht es bei dem Sicherheits-Symposium der Weinstädter Firma Security Data in Kooperation mit namhaften Fachpartnern.

„Gemäß unserer Firmenphilosophie sollten Sicherheitssysteme effizient mit der modernen Büro- und Arbeitswelt vereint werden können. Genau solche Lösungen sind Thema bei unserem diesjährigen Symposium“, erklärt Wolfgang Juhnke, Inhaber und Geschäftsführer von Security Data. Der Bogen der hier präsentierten Systeme

reicht von der mechanischen und mechatronischen Schließanlage, RFID Chip-/Ausweis, Zugangskontrolle, Zeiterfassung und Rettungswegsicherheit bis hin zum Thema: die sichere Tür.

Zu den Referenten gehören Nikolay Dreharov von der Fraunhofer Gesellschaft Stuttgart IAO, Ulrich Rotenhagen, Produktmanager bei der ASSA ABLOY Sicherheitstechnik GmbH, Jörg Dregler von der DREGER Group sowie Nicolas Fink, Bürgermeister der Gemeinde Aichwald. Ihre Themen widmen sich unter anderem der modernen Bürowelt in Einklang mit dem RFID Chip/Ausweis, Türtechnikanforderungen in Sachen Vernetzung und Funktionen sowie der Kommune in Verbindung mit Sicherheit.

Nähere Informationen unter: www.security-data.de

BDEW fordert daher, eine zwangsweise Verlegung der Breitbandkabel in Abwasserkanäle auszuschließen. Breitbandkabel im Abwassernetz können nicht zur Pflicht werden. Beim Breitbandausbau muss der Gewässerschutz der Bevölkerung oberste Priorität haben.“

Mit Sorge blicke der BDEW auf die nach wie vor ausbleibende Umsetzung des Fracking-Gesetzespakets, so Simon. Die vorgesehenen gesetzlichen Regelungen sollten ursprünglich bereits vor der Sommerpause von Bundestag und Bundesrat verabschiedet werden. Stattdessen hatte die Große Koalition das Gesetzespaket in den Herbst verschoben. Mit den in den Gesetz- und Verordnungsentwürfen vorgesehenen Änderungen des Wasserhaushaltsgesetzes würden aus Sicht des BDEW weitreichende Schutzmaßnahmen für die Trinkwasserversorgung umgesetzt.

Je länger die Koalitionsfraktionen im Deutschen Bundestag das Gesetzgebungsverfahren hinauszögern, desto größer wird aus BDEW-Sicht die Gefahr, dass das Gesetzespaket erst im nächsten Jahr zur Abstimmung in Bundestag und Bundesrat gestellt werden kann. 2016 stehen jedoch viele Landtags- und Kommunalwahlen an. Das Thema Fracking droht so in diese Wahlkämpfe gezogen zu werden. Dies würde eine Verabschiedung des Gesetzespakets massiv gefährden und die unklare Rechtslage vor Ort zu einem Dauerzustand machen.

„Wir fordern die Koalitionsfraktionen dringend auf, das jetzt Erreichte nicht zu gefährden und sich schnellstmöglich für eine Verabschiedung einzusetzen. Gleiches erwarten wir auch von den sich anschließenden Beratungen im Bundesrat“, so der BDEW-Vizepräsident Wasser/Abwasser abschließend.

25 Jahre Automobile Georg Scherible
Ihr zuverlässiger Partner

Wir kaufen Ihre Gebrauchtfahrzeuge!

Faire Konditionen, seriöse und zuverlässige Abwicklung

PKW, Transporter, Nutzfahrzeuge

alle Alters- und Zustandsklassen

Besichtigung und Bewertung auch vor Ort

Bitte kontaktieren Sie uns telefonisch oder per E-Mail:

Tel.: 08204-9608102 · Mobil: 0171-6115055

Fax: +49 8204 9608103 · E-Mail: info@scherible.de

Automobile Georg Scherible · Schelmenlohe 13 · 86866 Mickhausen

Gemeinde Todtenweis:

Auf der Datenautobahn bald mit „Vollgas“ unterwegs

LEW TelNet und M-net setzen Breitbandprojekt mit Förderprogramm des Freistaats um

Privathaushalte und Gewerbetreibende im Gemeindeteil Bach, im Gewerbegebiet südlich der „Lechwiesen“ und entlang der Kapellenstraße am Westrand der Gemeinde Todtenweis verfügen künftig über einen schnellen Zugang zum Internet mit Geschwindigkeiten von bis zu 50 Mbit/s und mehr. Den Bau und den Betrieb des neuen Hochleistungs-Breitbandnetzes setzt der Infrastrukturbetreiber LEW TelNet, ein Tochterunternehmen der Lechwerke AG, gemeinsam mit seinem Kooperationspartner, dem regionalen Telefon- und Internetanbieter M-net, um.

Bürgermeister Konrad Carl unterzeichnete im Rathaus den Kooperationsvertrag mit Johannes Stepperger, Geschäftsführer der LEW TelNet, und Karl Baumann, Abteilungsleiter Expansionsmanagement bei M-net. Das Breitbandprojekt wird von den beiden Unternehmen mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms finanziert und

umgesetzt. LEW TelNet und M-net haben bereits im Rahmen des ersten bayerischen Förderprogramms die Breitbandversorgung im Kerngebiet Todtenweis und dem Ortsteil Sand umgesetzt.

„Der Ausbau des Glasfasernetzes im Norden bis nach Bach, entlang der Kapellenstraße nach Westen und im Süden ins Gewerbegebiet südlich der „Lechwiesen“ ist

ein weiterer wichtiger Schritt für die Infrastrukturentwicklung unserer Gemeinde“, sagt Konrad Carl, Erster Bürgermeister der Gemeinde Todtenweis. „Durch das Breitband-Förderprogramm des Freistaats und das Engagement der beiden Unternehmen können wir für weitere Anwohner und Unternehmen den Internet-Turbo einschalten.“

Zukunftssicherer Zugang

Als Basis für die neue Breitbandinfrastruktur verlegt LEW TelNet insgesamt mehr als fünf Kilometer neue Glasfaserkabel. Sie werden künftig die Grundstücke und Gebäude der Erschließungsgebiete direkt mit dem Hochgeschwindigkeits-Datenetz verbinden, das LEW TelNet in Bayerisch-Schwaben, Allgäu und Teilen Oberbayerns betreibt. Mit dem Glasfaserausbau bis zu jedem einzelnen Gebäude verfügen die Haushalte und Unternehmen über einen zukunftssicheren Zugang zum Internet.

„Eine leistungsfähige, stabile Internetanbindung ist oft wichtiger als eine gute Verkehrsanbindung,

da immer mehr Geschäftsprozesse online abgewickelt werden. Das gilt gleichermaßen für Unternehmen und Gewerbetreibende wie für Privathaushalte“, betont Johannes Stepperger, Geschäftsführer der LEW TelNet. „Um den Breitbandausbau zügig voranzutreiben engagieren wir uns in der gesamten Region und setzen Projekte im Rahmen des 2. Bayerischen Förderprogramms wie auch vollständig privatfinanziert um.“

M-net übernimmt den Aufbau und die Implementierung des technischen Equipments zur Realisierung der leistungsfähigen Glasfaser-Internetanschlüsse. Nach Abschluss der Arbeiten bietet M-net den Unternehmen und Haushalten in den Erschließungsgebieten schnelle Internetanbindungen mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s und mehr.

„Schnelle Internetanbindungen dürfen nicht mehr länger ein Privileg der Zentren großer Städte sein – sie sind gerade auch in der Region für Unternehmen und Bürger unverzichtbar“, erklärt Karl Baumann von M-net. „Mit den High-Speed-Internetzugängen von M-net lassen sich beispielsweise Video-on-Demand-Angebote nutzen oder professionelle Heimarbeitsplätze einfach und komfortabel einrichten. Natürlich profitiert auch das örtliche Gewerbe von den leistungsfähigen Internetanschlüssen, da beispielsweise umfangreiche Datenmengen in kürzester Zeit in alle Welt übertragen werden können.“



Bürgermeister Konrad Carl (Mitte) unterzeichnete im Rathaus den Kooperationsvertrag mit Johannes Stepperger, Geschäftsführer der LEW TelNet (links), und Karl Baumann, Abteilungsleiter Expansionsmanagement bei M-net (rechts). Das Breitbandprojekt wird von den beiden Unternehmen mit Unterstützung des laufenden bayerischen Breitbandförderprogramms finanziert und umgesetzt. Bild: LEW/Ruth Plössel

High-Speed-Internet für Dasing

Offizielle Inbetriebnahme und Spatenstich mit Finanz- und Heimatminister Söder

Schnelles Internet für die schwäbische Gemeinde Dasing: In Anwesenheit von Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder wurde das neue Netz offiziell durch die Gemeinde, die Firma Riecom und den regionalen Telekommunikationsanbieter M-net in Betrieb genommen. Die örtlichen Ortsteile Lindl, Laimering und Rieden verfügen nunmehr über leistungsfähige Glasfaseranschlüsse. Söders Besuch war gleichzeitig der Startschuss für den Breitband-Ausbau in zehn weiteren Ortsteilen.

Wie Peter Reisinger, Bereichsleiter Wohnungswirtschaft und Expansion bei M-net erläuterte, könnten private Haushalte und Gewerbetreibende künftig von den neuen, leistungsstarken Glasfaseranschlüssen in Dasing profitieren. Hierzu seien in den vergangenen Monaten neue Glasfaserkabel verlegt worden, die das Hauptnetz von M-net mit den sogenannten Kabelverzweigern verbinden. Nach Reisingers Darstellung dienen die grauen Kästen, die in der Regel am Straßenrand platziert sind, als Schaltstelle zu den einzelnen Haushalten.

„Ab sofort surfen über 360 private Haushalte und Gewerbetreibende mit High-Speed“, freute sich Staatsminister Söder. Dasing sei Vorbild beim Breitbandausbau, denn neben der Freischaltung könne man auch den Spatenstich für den Ausbau in zehn weiteren Ortsteilen, nämlich in Teilen des Hauptorts Dasing, Zieglbach, Malzhausen, Bitzenhofen, Taiting, Tattenhausen, Wessiszell, Sankt Franziskus, Vorderheimat und im Gewerbegebiet Lindl, feiern. Mit der nächsten Ausbaustufe sollen weitere rund 700 Hausanschlüsse an das schnelle Internet angeschlossen werden. Der Freistaat fördert den Ausbau des Breitbandnetzes mit rund 720.000 Euro. Den ersten Breitband-Förderbe-

wirtschaftlich und koordiniert zu gestalten, sei die rechtzeitige Erstellung eines Breitband-Masterplans unumgänglich. Nur dann könnten nahezu alle Tiefbaumaßnahmen in der Kommune zur kostengünstigen Verlegung des Glasfasernetzes genutzt werden. Damit wird ein erheblicher Teil der Tiefbaukosten, die im Netzausbau die größten Kosten verursachen, eingespart.

Im Hinblick auf die Nachhaltigkeit und Langfristigkeit des eigenen Glasfasernetzes stellte Stefanie Wagner von REHAU die speziellen Mikrokabelrohrsysteme für die letzte Meile zum Endkunden vor. Entscheidend sei es dabei, bei jeder Tiefbaumaßnahme die geeignete Variante aus einer Vielzahl an verfügbaren Rohrbündeln auszuwählen. Dies könne nur dann sicher gelingen, wenn ein entsprechender Masterplan für die ganze Kommune erstellt ist. Weiterhin sei eine hohe Qualität aller Komponenten erforderlich, da Leerrohrnetze häufig erst nach einigen Jahren mit Glasfaser belegt werden. □

scheid für das neue, deutlich verbesserte Förderprogramm des Freistaats hatte Dasing im Oktober 2014 aus den Händen des Finanzministers erhalten.

„Die Kommunen im Landkreis Aichach-Friedberg sind im Breitbandausbau engagiert“, machte Söder deutlich. 83 Prozent aller Gemeinden seien bereits im Förderverfahren - vier fehlten noch. Insgesamt könnten die Landkreismunicipalitäten mit einer Fördersumme von 16,7 Millionen Euro rechnen. In Schwaben beteiligten sich 282 von 340 Kommunen (83 Prozent) am Förderverfahren nach der Bayerischen Breitbandrichtlinie. Für die schwäbischen Kommunen stünden Fördermittel in Höhe von rund 233 Millionen Euro zur Verfügung. 69 Gemeinden hätten bereits Förderbescheide über insgesamt 21,1 Millionen Euro erhalten.

„Die Gemeinden im Freistaat profitieren von einem in Deutschland einmaligen Förderprogramm, um das uns alle anderen Bundesländer beneiden“, unterstrich der Minister. 1,5 Milliarden Euro stelle der Freistaat für den Ausbau von schnellem Internet bereit. Heute befänden sich mit 1871 bayerischen Kommunen rund 91 Prozent im Förderverfahren. Bereits 456 Förderbescheide mit einer Gesamtfördersumme von rund 146,7 Millionen Euro seien übergeben worden. „Mit unserer neuen Förderrichtlinie bringen wir ganz Bayern bis 2018 ans schnelle Netz. Jede Gemeinde soll eine Zufahrt zur Datenautobahn erhalten“, erklärte Söder und ergänzte: „Damit steigen die Attraktivität und Lebensqualität im ländlichen Raum.“

„Heute ist ein guter Tag für Dasing“, konstatierte Dasing 1. Bürgermeister Erich Nagl. Seine Gemeinde habe ab sofort nicht nur die sechsspurige A8, sondern auch eine vielspurige Datenautobahn. Die Kosten des Breitbandausbaus beliefen sich auf 900.000 Euro.

Den Anschluss an die Datenautobahn betrachtet der Rathauschef als wichtige Infrastrukturmaßnahme: „Unsere Bürger wollen moderne Kommunikations- und Unterhaltungsprogramme nutzen und für unsere Betriebe und Gewerbetreibenden ist Internet mit großen Bandbreiten oftmals unabdingbar. Dafür sind schnelle Datenleitungen erforderlich. Für Dasing sind die neuen Glasfaseranschlüsse damit auch ein entscheidender Standortfaktor.“ DK

Kommunaler Breitbandausbau:

MRK Media als Partner für Komplettlösungen

Ein leistungstarker Internetzugang gehört heute ebenso zur unverzichtbaren Grundversorgung wie etwa die Wasser- und Stromversorgung oder eine gute Verkehrsinfrastruktur. Immer lauter und drängender werden deshalb die Wünsche nach schnellem Internet an die kommunalen Entscheidungsträger, vor allem an die Bürgermeister. Wird diesen Wünschen und Forderungen nicht Rechnung getragen, droht den Kommunen mittel- und langfristiger Weggang von Unternehmen, Wertverlust bei den Immobilien und letztlich der Wegzug von jungen Familien und Arbeitnehmern.

Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister stehen vor der Herausforderung, möglichst schnell für eine flächendeckende Glasfaser-Erschließung in ihrer Gemeinde zu sorgen. Dabei sind sie auf die qualifizierte Unterstützung durch fachkompetente Firmen angewiesen. Das Münchner Unternehmen MRK Media AG ist seit vielen Jahren erfolgreich in diesem Markt und auch in den Geschäftsfeldern Verkehr, Transport, Infrastruktur und Telematik tätig.

Leistungspaket

Die MRK unterstützt ihre Auftraggeber bei der Konzeption zukunftsorientierter Lösungen und wirkt aktiv bei der Umsetzung mit. Innovative, finanzierbare Lösungen stehen dabei für MRK im Fokus. MRK bietet zur kompetenten Unterstützung der Kommunen ein vollständiges Leistungspaket an, das über die Einzelschritte der Bayerischen Breitbandrichtlinie sogar noch hinausgeht. Dieses Paket umfasst: Bestandsaufnahme hinsichtlich der aktuellen Versorgung mit Breitbanddiensten im jeweiligen Gemeindegebiet, Markterkundung, Behörden- und Anliegermanagement, Wegesicherung, Grob- und Feinplanung, Grob- und Feinbudgetierung, Projektrealisierung, Bauüberwachung, örtliche Bauüberwachung und eine revidierte Projektdokumentation gemäß der einschlägigen Förderrichtlinien.

Ein überaus erfolgreiches MRK-Projekt wurde im Zusammenhang mit der Glasfaser-Erschließung für den Markt Essenbach im Landkreis Landshut realisiert. MRK war mit der Bauüberwachung und örtlichen Bauüberwachung beauftragt. Die Bauüberwachung umfasste die Koordinierung des Projekts mit der Projektleitung des Marktes Essenbach und die Projektsteuerung. Hinzu kam die Verantwortlichkeit für die gesamte Baudurchführung einschließlich der Kosten- und Terminkontrolle.

Das viel beachtete Projekt der flächendeckenden Glasfaser-Erschließung für Essenbach wurde von MRK im Dezember 2014 erfolgreich realisiert. Essenbachs damaliger Bürgermeister Fritz Wittmann lobte MRK in höchsten Tönen: „Das Projekt war ein Riesener-

folg, wurde vor der Zeit abgeschlossen und der Kostenrahmen wurde sogar unterschritten.“

Seit 2014 bis zum dritten Quartal 2015 hat MRK im Freistaat Bayern 74 Vorhaben der Förderinitiative „Mehr Breitband für Deutschland“ mit Leistungen wie Planung, Genehmigungsverfahren, Bauüberwachung und Dokumentation unterstützt. Ferner wurden bei manchen Projekten auch noch die Projektkoordination und das -controlling (Essenbach) übernommen.

Ganz aktuell und federführend ist die MRK Media im Rahmen des flächendeckenden Ausbaus der netzgebundenen Breitbandinfrastruktur im Land Brandenburg (Großprojekt „Brandenburg Glasfaser 2020“) tätig. Dieses Projekt wird vom Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) gefördert (allgemeine Informationen: www.efre.brandenburg.de). In einem sehr positiven Referenzschreiben des Auftraggebers Deutsche Telekom wurde der MRK Media AG die kompetente Durchführung der Standort- und Wegesicherung, der Planung und Projektierung, der Baubegleitung Tiefbau und der Dokumentation von Linientechnik ausdrücklich bestätigt. In nur 12 Monaten wurde der Bau von 1.100 Multifunktionsgehäusen (MFG) und 280 km Tiefbau begleitet und koordiniert.

Die Zielvorgabe von Bund und Freistaat Bayern, bis 2018 den flächendeckenden Breitbandausbau mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s zu erreichen, bedeutet für alle Akteure eine große Herausforderung. Mit seinem neuen Förderprogramm vom Oktober 2015 will der Bund den Breitbandausbau auch in bisher eher unrentablen Regionen vorantreiben. Umfangreiche Ausbaumaßnahmen verschiedenster Investoren im gesamten Bundesgebiet werden zu realisieren sein.

MRK als leistungsstarker Partner der Kommunen für nachhaltige Komplettlösungen steht mit seinen acht Büros in Deutschland und mit seiner Zentrale in München bereit, um im Rahmen des flächendeckenden Breitbandausbaus ganze Landkreise und Regionen voranzubringen. □

Symposien zur kommunalen Infrastruktur

REHAU informiert zu staatlich gefördertem Breitband-Netzausbau in kommunalem Eigentum

Um der komplexen Thematik des Breitbandausbaus auf den Grund zu gehen, veranstaltete REHAU gemeinsam mit Experten der GEO DATA GmbH, des Netzbetreibers inxio, des Ingenieurbüros Ledermann sowie der Labor-Naab Infrastruktur GmbH eine Vortragsreihe. An insgesamt drei Terminen in verschiedenen bayerischen Städten klärten sie die Gemeinden über die verschiedenen Modelle und Möglichkeiten auf.

Im digitalen Zeitalter steht die Förderung des Breitbandausbaus im Fokus. „Bis zu 50 Mbit/s werden mittel- bis langfristig nicht ausreichen“ - mit diesen Worten eröffnete Norbert Daschner von der Firma REHAU die Breitband-symposien zur kommunalen Infrastruktur in Bad Wörishofen, Parsberg und Ismaning. In den Vortragsreihen boten Experten der Firmen REHAU, GEO DATA GmbH, inxio, des Ingenieurbüros Ledermann sowie der Labor-Naab Infrastruktur GmbH Unterstützung auf dem Weg zum Glasfasernetz in kommunalem Eigentum.

Aktive Warteschleife

Denn wie sollen sich die Kommunen verhalten? Während in Bayern mit 1,5 Milliarden Euro ein Zuschussmodell (Deckungslückenmodell) umgesetzt wird, ist im Nachbarland Baden-Württemberg das Betreibermodell Mittel der Wahl. Für die aktuell 1.800 Gemeinden, die sich im bayerischen Förderverfahren befinden, stellt sich derzeit die Frage, ob das Zuschussmodell für einen langfristigen FTTH Ausbau (Glasfaser bis ins Gebäude) die richtige Wahl ist. Um eine Langfriststrategie zu realisieren, raten Fachleute derzeit eher zur „aktiven Warteschleife“, um den Netzaufbau in die eigene Hand nehmen zu können und alle möglichen Fördermittel - auch die noch nicht endgültig entschiedenen des Bundes - zu nutzen. Wichtig ist hier, bereits jetzt einen Breitband-Masterplan zum Aufbau des Glasfasernetzes konzipieren zu lassen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand das Leuchtturmprojekt der Labor-Naab Infrastruktur GmbH, welche vor kurzem einen Weg gefunden hatte, auf Basis der aktuellen Förderrichtlinie, den Breitbandausbau so zu gestalten, dass die dafür nötige passive Infra-

struktur in kommunalem Eigentum verbleibt und gleichzeitig der langfristige Betrieb des Netzes sichergestellt ist. Durch die Gründung der Labor-Naab-Infrastruktur GmbH können sich die Gemeinden nach dem Betreibermodell mit einem definierten Stammkapital und einem erheblich reduzierten Investitionsrisiko selbst am Ausschreibungsprozess beteiligen. Dank des Zusammenschlusses zu einer Gesellschaft steht somit jeder Gemeinde ein Fördersatz bis zu einer Million zur Verfügung.

Der beratende Ingenieur Josef Ledermann aus Freising zeigte im Weiteren die wichtigsten Konzepte für eine Breitband-Infrastruktur in kommunalem Eigentum auf. Unter heutigen Voraussetzungen in Bayern seien die Rahmenbedingungen eine Mindestgröße von 2.000 Haushalten, eine kommunale Gesellschaft, wie Zweckverbände, Stadtwerke oder eine bestehende Kommunal GmbH und ein gewisser finanzieller Handlungsspielraum in der Kommune. „Wichtig ist ein engagierter Initiator - der Breitband als kommunale Aufgabe sieht“, so Ledermann.

„Für den FTTH-Ausbau ist es nie zu spät“, schloss sich René Meyer an, der mit inxio als Netzbetreiber und kommunaler Partner aktiv den Glasfaserausbau in bisher unterversorgten Regionen im Freistaat mit Hochdruck vorantreibt. Als Partner der Labor-Naab-Infrastruktur GmbH konnte inxio bereits das Kooperationsmodell der Gründung einer Breitband-Infrastruktur-Gesellschaft erproben.

Da sich auch weiterhin der Bandbreitenbedarf alle 20 Monate verdoppeln wird, betonten auch Christoph Bechtel und Manuel Hommel, Ansprechpartner der renommierten Planungsfirma GEO DATA, dass auf langfristige Sicht kein Weg am FTTH Ausbau vorbeiführe. Um diesen möglichst

it-sa 2015 in Nürnberg:

Größte IT-Sicherheitsfachmesse Europas setzt neue Maßstäbe

Mit neuen Bestmarken endete die it-sa 2015 im Messezentrum Nürnberg: Mit 428 Ausstellern (2014: 385) und 9.015 Fachbesuchern (2014: 7.390) verzeichnete die Veranstalter ein Wachstum um elf bzw. 22 Prozent. Die europaweit größte Fachmesse für IT-Sicherheit legte damit in der Gunst der IT-Sicherheitsanbieter und -anwender noch einmal deutlich zu. 250 Forenvorträge und 13 Vortragsreihen im Kongress boten ein vielfältiges Informationsangebot. Die it-sa 2015 punktete außerdem mit der einmaligen Gelegenheit, Edward Snowden in einer Keynote live zu erleben (siehe Kasten).

„Die it-sa 2015 war ein voller Erfolg. Schon das deutliche Aussteller- und Besucherplus spricht für die Bedeutung der Veranstaltung und ihre führende Rolle in der IT-Sicherheitswelt. Als Veranstalter freuen wir uns aber ganz besonders über die Bestnoten der Teilnehmer für die it-sa. Aussteller und Besucher machen die it-sa zur herausragenden Branchenplattform“, blickt Petra Wolf, Bereichsleiterin und Mitglied der Geschäftsleitung der NürnbergMesse, auf eine lebhaft it-sa zurück.

Neben der Fachmesse, die Anlass für hochkarätige Veranstaltungen wie das Bitkom Executive Dinner und Anziehungspunkt für hochrangige politische Vertreter wie Klaus Vitt, IT-Beauftragter der Bundesregierung für Informationstechnik oder US-Generalkonsulin Jennifer D. Gavito war, überzeugte auch Congress@it-sa: 950 Teilnehmer informierten sich in 13 thematisch breit gefächerten Vortragsreihen des Kongressprogramms – von rechtlichen Vorgaben bis zur Sicherheit im SAP Umfeld.

In zwei voll besetzten Sälen

lauschten rund 700 Aussteller und Besucher am dritten Messtag gebannt: Niemand Geringeres als Edward Snowden rief sie per Live-Schaltung zum gemeinsamen Handeln für mehr IT-Sicherheit auf. Angesichts enormer Ressourcen staatlicher Stellen und einer hohen Professionalisierung im Bereich der organisierten Cyberkriminalität sind die Angreifer, so Snowden, den Verteidigern voraus. Verteidigung sei deshalb das Gebot der Stunde.

Für mehr Datenschutz

Auf politischer Ebene forderte Snowden den gemeinsamen Einsatz für mehr Datenschutz und Sicherheit. Just zwei Tage vor seiner Keynote hatte der Europäische Gerichtshof das Urteil gegen das Safe Harbor Abkommen verkündet – basierend auf Informationen, die Snowden öffentlich gemacht hatte.

Den Richterspruch begrüßte er als wichtiges Signal für den Datenschutz. Gleichzeitig forderte er das Engagement von Unternehmen und IT-Sicherheitsindustrie:

Flächendeckende Verschlüsselung bezeichnete er als zentrale technische Anforderung für eine sichere globale IT-Infrastruktur. Die Verteidigung vor Spionage und Cyberkriminalität bleibe elementar, um die eigene Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten.

Bestnoten für Angebotsvielfalt

Die Aussteller der it-sa zeigten sich ebenso begeistert wie die Besucher, die aus 34 Ländern und drei Kontinenten nach Nürnberg gereist waren. Die Ergebnisse der Aussteller- und Besucherbefragung belegen die gute Stimmung: 91 Prozent der Unternehmen konnten ihre wichtigsten Zielgruppen erreichen. Ebenso hoch ist der Anteil der Aussteller, die auf der it-sa neue Geschäftsverbindungen knüpfen konnten.

Über drei Viertel der Befragten beurteilen ihre Beteiligung auf der it-sa im Vergleich zu anderen Fachmessen zur IT-Sicherheit als sehr wichtig oder wichtig. Dem entsprechend hoch war die Anzahl der Firmen, die Produktneuheiten oder neuartige Weiterentwicklungen vorstellten: Acht von zehn Ausstellern nutzten dafür die it-sa. „Die richtigen Ansprechpartner im Einsatz für mehr IT-Sicherheit einmal im Jahr effizient vernetzen – dafür steht die it-sa“, betont Frank Venjakob, Executive Director it-sa, NürnbergMesse.

Große Zufriedenheit

Auch bei den über 9.000 Besuchern kam die it-sa 2015 hervorragend an: Mit dem Angebot auf Europas größter IT-Sicherheitsfachmesse sowie den Informations- und Kontaktmöglichkeiten waren jeweils 99 Prozent der Befragten zufrieden. 98 Prozent gaben an, dass sie Kollegen einen Besuch der it-sa empfehlen würden. Direkt in die unternehmerische Entscheidungsfindung waren insgesamt neun von zehn Besuchern auf der it-sa eingebunden: Mehr als 60 Prozent der Fachbesucher sind für Einkaufs- und Beschaffungsentscheidungen ausschlaggebend oder mitentscheidend; jeder vierte Besucher ist beratend tätig.

„Das Angebot, das die Aussteller auf der it-sa präsentieren, umfasst alle Aspekte der Cybersicherheit. Kleine Unternehmen finden hier die richtigen Lösungen für ihren individuellen Bedarf, aber auch Großkonzerne und Behör-

den. Für Orientierung sorgen dabei die Sonderflächen“, erklärt Frank Venjakob. „Data Center Plus“ war die Anlaufstelle für Rechenzentrumsplaner und -betreiber sowie Interessierte am Thema Infrastruktursicherheit.

Auf der Sonderfläche informierten sie sich unter anderem über Zutrittskontrollsysteme oder hochsichere Serverschränke. Produkte und Lösungen für die Verwaltung von digitalen Identitäten und Berechtigungen fanden Fachbesucher in der IAM Area.

Mit 23 Ausstellern und erstmals zwei Flächen bot Startups@it-sa jungen Unternehmen eine starke Plattform, auf der beispielsweise Sicherheitsanalysen oder Maßnahmen gegen Web Defacement präsentiert wurden. Hochschulen bot die it-sa mit Campus@it-sa eine eigene Plattform für die Vorstellung ihrer Lehr- und Forschungsprojekte.

250 Forenvorträge zu IT-Sicherheitsfragen

In drei offenen Foren standen den Besuchern rund 250 Vorträge zu Management, Technik und Trends in der IT-Security offen. Thematisch reichten sie von aktuellen Lagebildern über rechtliche Fragen bis hin zum IT-Notfallmanagement. Diskussionsrunden wie das Bitkom Panel zu Top-Sicherheitsvorfällen erweiterten das Informationsangebot. International ausgerichtet waren mehrere englischsprachige Vorträge, darunter die Präsentation von Christopher Furlow, President Ridge Global. Zum Thema „Human Factor in Cybersecurity“ sprach er aus Sicht eines global agierenden Beratungsunternehmens. Die Forenvorträge sind als Videomitschnitt gratis abrufbar unter: www.it-sa.de/foren

Auch das begleitende Kongressprogramm wurde hervorragend angenommen: Rund 950 Teilnehmer (2014: 500) informierten sich in 13 Vortragsreihen, darunter die Jahrestagung der IT-Sicherheitsbeauftragten der Länder und Kommunen, der IT-Grundschatztag und das erste Bavarian-Israeli IT Security Expert Level Meeting. Auf der Agenda standen auch aktuelle IT-Sicherheitsthemen wie Advanced Persistent Threats (APTs), Privileged Account Exploits oder Mobile Security sowie Tipps und Tricks für das sichere Management der Unternehmens-IT. „Zielgruppengerechtes Fachwissen von Fachleuten aus Verbänden und Unternehmen zeichnet Congress@it-sa aus. Die Verdopplung der Teilnehmerzahl zeigt, dass dieses Konzept dem Bedarf der Fachleute entspricht“, so Frank Venjakob.

Die nächste it-sa findet vom 18. bis 20. Oktober 2016 im Messezentrum Nürnberg statt. □

Edward Snowdens Appell an die IT-Sicherheitsbranche

Er trägt maßgeblich dafür Verantwortung, dass IT-Sicherheit heute mehr denn je in den Fokus der gesellschaftlichen und politischen Diskussion rückt: Edward Snowden. Unmittelbar nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofes gegen das Safe Harbor Abkommen sprach er am dritten Messtag der it-sa per Live-Schaltung aus Russland.

In seiner Keynote „Defense against the Dark Arts: Today's cybersecurity problem and how to fix it“ veranschaulichte Snowden die derzeitigen Herausforderungen für IT-Sicherheitsindustrie und -anwender. Vor rund 700 Messegästen, die sich einen Platz in den beiden voll besetzten Übertragungssälen ergattern konnten, machte er deutlich, dass der Kampf für mehr Datenschutz und -sicherheit gleichermaßen auf politischer und technischer Ebene geführt werden muss. Im Sinne der Kunden, so Snowden, sollten alle Unternehmen dafür Sorge tragen, dass Daten stets dort verarbeitet und gespeichert werden, wo ein gesetzliches Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet ist.

Zudem rief er die IT-Sicherheitsanbieter auf, sich zusammenzuschließen und gemeinsam in der politischen Sphäre für strengere Spielregeln einzutreten. Die digitale Wirtschaft sei hier in einer zentralen Rolle, schließlich basiere das gesellschaftliche Leben heute weitgehend auf digitalen Infrastrukturen. Als effektive Methode zur Wahrung der Sicherheit im Internet sprach sich Snowden für die flächendeckende Einführung von Verschlüsselungslösungen aus – so schnell wie möglich.

Weitere Informationen:

Die gesamte Keynote ist abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=4WCqGHcFyCg
Ein Bericht zur Keynote ist abrufbar unter: www.youtube.com/watch?v=nLFm2ENBjRM □

Bayerische Internetnutzer:

Ein Fünftel lagert eigene Dateien in die „Cloud“ aus

Nur neun Prozent bezahlen für die Nutzung von Speicherplatz im Internet

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik mitteilt, hatten im ersten Quartal 2014 20 Prozent der bayerischen Internetnutzer private Dateien auf Internetservern gespeichert. Am häufigsten wurde der Speicherplatz für Fotos genutzt. Mit deutlichem Abstand folgen Text-, Tabellen- oder Präsentationsdateien, Musik, Videos oder Filme. Lediglich neun Prozent der bayerischen Nutzer von Cloud-Diensten haben angegeben, für die Belegung von Speicherplatz im Internet bezahlt zu haben.

Befragte, die im ersten Quartal 2014 keine Dateien in der Cloud gespeichert hatten, begründeten dies meist damit, dass sie ihre Daten auf ihrer Festplatte gesichert hätten oder generell nie oder selten Daten speicherten. Der zweithäufigste Grund waren Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Sicherheit.

Wer Speicherplatz auf der Festplatte seines PCs oder eines mobilen Gerätes sparen möchte, kann Texte, Daten, Fotos oder Filme auslagern – auf entfernte Server, in die sogenannte Cloud. Was dort gespeichert ist, kann von zuhause oder unterwegs mit internetfähigen Geräten abgerufen, bearbeitet und mit anderen geteilt werden. Ein Fünftel der bayerischen Internetnutzer hat im ersten Quartal 2014 von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht und private Dateien im Internet gespeichert oder mit anderen geteilt. Dies ergab eine EU-weite Befragung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien in privaten Haushalten im Jahr 2014. An dieser Erhebung haben in Bayern rund 3.600 Personen teilgenommen.

Von den bayerischen Cloud-Nutzern speicherten 86 Prozent Fotos im Internet, 41 Prozent stellen Text-, Tabellen- oder Präsentationsdateien ein, 27 Prozent Musik und 21 Prozent Videos oder Filme. Nur acht Prozent speicherten E-Books und 13 Prozent sonstige Dateien im Netz. Für die meisten Nutzer war dies kostenfrei: Nur neun Prozent haben nach eigenen Angaben für die Nutzung des Speicherplatzes im Internet bezahlt.

Das Speichern von Dateien auf entfernten Servern funktionierte jedoch nicht immer problemlos: Gut jeder zweite bayerische Cloud-Nutzer stellte mindestens einmal eine langsame Zugriffs- oder Nutzungsgeschwindigkeit fest, knapp jeder Dritte berichtete von mehrdeutigen oder schwer verständlichen Nutzungsbedingungen und etwa ebenso viele von

technischen Problemen, wie z. B. unerreichbaren Servern. Jeder vierte Cloud-Nutzer stand außerdem mindestens einmal vor dem Problem einer Inkompatibilität zwischen Datenformaten oder Geräten und 14 Prozent nannten Probleme beim Datentransfer zwischen verschiedenen Dienstleistern. Zudem waren Datensicherheit und Datenschutz laut Angaben der Befragten nicht immer gewährleistet. So gaben rund acht Prozent der Nutzer an, dass ihre Daten aufgrund von Sicherheitslücken Dritten zugänglich gewesen seien und sechs Prozent berichteten, dass private Informationen vom Dienstleister ohne Erlaubnis genutzt worden seien.

Bedenken bei Privatpersonen

Das Speichern von Dateien in der Cloud ist unter Privatpersonen bislang noch wenig verbreitet: 80 Prozent der bayerischen Internetnutzer machten von dieser Möglichkeit im ersten Quartal 2014 keinen Gebrauch. Mehr als die Hälfte dieser Personen wusste aber, dass es Dienstleister gibt, die Speicherplatz auf Internetservern zur Verfügung stellen. Als Gründe für die Nichtinanspruchnahme solcher Dienste gaben 75 Prozent dieser Befragten an, dass sie Daten auf der eigenen Festplatte speicherten oder generell nie oder selten Daten speicherten.

Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes und der Sicherheit bewogen 55 Prozent der Befragten dazu, auf das Speichern von Dateien in der Cloud zu verzichten. 44 Prozent gaben an, dass sie Daten auf anderen Wegen (E-Mail, soziale Netzwerke, USB-Stick) teilten oder generell keine Daten online teilten. 33 Prozent äußerten Bedenken hinsichtlich der Zuverlässigkeit der Dienstleister. Nur 14 Prozent räumten ein, dass sie die Cloud als Speicherort deshalb nicht nutzen, weil ihnen das Wissen dazu fehlte. □

Bürgerterminals:

Online-Verwaltungsdienste künftig auch in bayerischen Sparkassen

Nach der Bargeldabhebung noch schnell die Formalitäten für den Umzug erledigen, ein Führungszeugnis beantragen oder ein Wunschkennzeichen reservieren: Jetzt halten eGovernment Online-Services auch Einzug in bayerischen Sparkassen. Damit wird der Zugang für Bürger zu digitalen Verwaltungsdienstleistungen noch einfacher, technische Zugangshürden entfallen.

Gemeinsam mit dem Sparkassenverband Bayern koordiniert die AKDB, dass ab November Bürgerterminals im SB-Bereich der Hauptstelle der Sparkasse Ingolstadt zur Verfügung stehen. Eine entsprechende Vereinbarung gaben auf der Messe Kommunale in Nürnberg Vertreter des Sparkassenverbandes Bayern, der Stadt Ingolstadt sowie der Vorstand der AKDB bekannt.

Über die Bürgerterminal-Lösungen der AKDB können Bürger in den SB-Bereichen der bayerischen Sparkassen künftig einfach und bequem auf ein breites kommunales Online-Dienstangebot zugreifen. Abgesehen von der freigeschalteten eID-Funktion des neuen Personalausweises gibt es keine weiteren Zugangsvoraussetzungen, da das Terminal die erforderliche Technik bereits integriert hat und den Benutzer durch die einzelnen Bedienschritte führt.

Dahinter steht die Technologie des AKDB-Bürgerservice-Portals, der zentralen Plattformlösung für erfolgreiches eGovernment. So ist die Nutzung von Verwaltungsdienstleistungen auch außerhalb der Öffnungszeiten von Ämtern und Behörden möglich, zu jeder Zeit, 24 Stunden täglich. Das Bürgerservice-Portal umfasst über 70 Online-Dienste und wird bundesweit von inzwischen mehr als 400 Kommunen eingesetzt. Darunter befinden sich fast alle bayerischen Landkreise im Rahmen des Projekts i-Kfz, das die medienbruchfreie Abmeldung von Fahrzeugen ermöglicht.

Roland Schmutz, Vizepräsident des Sparkassenverbandes Bayern, äußert sich über den in Kürze beginnenden Einsatz positiv: „Mit den ePayment-Möglich-

keiten der Sparkassenfinanzgruppe bieten wir schon jetzt attraktive Lösungen zur sicheren Abwicklung von Online-Diensten der Kommunen. Wir freuen uns, diesen weiteren Schritt des Ausbaus der eGovernment-Strategie zu begleiten.“

Der AKDB-Vorstandsvorsitzende Alexander Schroth freut sich über die Vereinbarung: „Die AKDB ist Teil der kommunalen Familie und fühlt sich so mit den öffentlich-rechtlichen Sparkassen in ganz besonderer Weise partnerschaftlich verbunden. An den Terminals können jetzt alle Online-Fachdienste des Bürgerservice-Portals rund um die Uhr genutzt werden und dort, wo erforderlich, natürlich auch in Verbindung mit der eID-Funktion des neuen Personalausweises für eine sichere Authentifizierung des Nutzers.“

Ingolstadts Rechtsreferent Helmut Chasse kann sich gut vorstellen, dass die Bürgerterminals die Bürgerbüros seiner Stadtverwaltung entlasten: „Gerade in Spitzenzeiten sollte sich der Einsatz der Onlinedienste in den Sparkassen positiv auswirken und unsere Mitarbeiter spürbar unterstützen.“ Beim Messe-Rundgang über die Ausstellungsstände der Kommunale überzeugte sich unter anderem Bayerns Wirtschaftsministerin Ilse Aigner von den neuen Anwendungsmöglichkeiten des Bürgerservice-Portals. Schließlich nutzt auch der Freistaat die AKDB-Plattformtechnologie und stellt im Rahmen seiner Digitalisierungsstrategie Montgelas 3.0 allen bayerischen Kommunen mit den Basisdiensten BayernID/Bürgerkonto, Postkorb und ePayment die zentralen Komponenten kostenfrei zur Verfügung. □

Söder verleiht Auszeichnung an Bayerisches IT-Sicherheitscluster

Regensburger Netzwerk setzt sich für IT-Sicherheit in Kommunen ein

„Die Digitalisierung ist eines der wichtigsten Projekte der aktuellen Legislaturperiode. Insbesondere in der Verwaltung wollen wir den Paradigmenwechsel vom Blatt zum Byte schaffen“, sagte Finanz- und Heimatminister Dr. Markus Söder, der gleichzeitig CIO des Freistaats Bayern ist, im Rahmen der Eröffnung der Kommunale 2015 in Nürnberg.

„Wichtige Voraussetzung für die Digitalisierung sind gut geschützte IT-Netze, besonders auch in unseren Kommunen. Hierfür setzt sich das Bayerische IT-Sicherheitscluster seit Jahren ein“, so Söder weiter. Für diese Verdienste zeichnete Söder das Bayerische IT-Sicherheitscluster aus Regensburg aus. Clustermanagerin und Vorstandsvorsitzende Sandra Wiesbeck nahm die Urkunde aus den Händen des Ministers entgegen.

„Jeden Tag wehren wir mehr als 40.000 Angriffe auf unser Bayerisches Behördennetz ab. Das zeigt, wie stark auch die Verwaltung den Gefahren des Cyberraums ausgesetzt ist“, stellte Söder fest. Umso wichtiger sei es, auch die Kommunen für das Thema zu sensibilisieren und aufzuzeigen, wie IT-Sicherheit schnell und pragmatisch umgesetzt werden kann. Mit „ISIS12“ hat das Bayerische IT-Sicherheitscluster ein speziell auf die Kommunen zugeschnittenes IT-Sicherheitshandbuch inklusive Maßnahmenkatalog entwickelt. „Ein wichtige Hilfestellung für alle Kommunen“, lobte Söder den Leitfadens. □

Bildungsregion in Bayern:

Gütesiegel für Stadt und Landkreis Landshut

Aus den Händen von Kultusstaatssekretär Bernd Sibler haben Stadt und Landkreis Landshut das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ erhalten. Wie Sibler betonte, wurden somit die nötigen Strukturen geschaffen, um junge Menschen von Kindheit an zu fördern und die Bildungs- und Teilhabechancen der jungen Menschen zu verbessern.

Die gemeinsame Initiative wurde unter Mithilfe von rund 150 Akteuren aus der Bildungslandschaft erarbeitet. Basierend auf den fünf Handlungsfeldern „Übergänge organisieren und begleiten“, „Schulische und außerschulische Bildungsangebote und Bildungsträger vernetzen“, „Kein Talent darf verloren gehen“, „Bürgergesellschaft stärken und entwickeln“ sowie „Herausforderungen des demografischen Wandels annehmen“ entstanden zahlreiche Leuchtturmprojekte.

„Jetzt red i“

Als besonders beachtenswert hob Sibler die Veranstaltungsreihen „Jetzt red i“ und „Jugendrat“ hervor. Bei ersterer handelt es sich um eine Veranstaltung vor Ort in den Gemeinden des Landkreises, moderiert von den Jugendpflegern der Kommuna-

len Jugendarbeit im Kreisjugendamt Landshut. Hier haben nur die Jugendlichen das Wort und bringen ihre Ideen ein. Für die Projekte müssen lokale Partner oder Paten gefunden werden, wobei die Jugendbeauftragten und die Bürgermeister bzw. die Gemeinderäte vor Ort die Aufgabe haben, das Projekt zu begleiten.

Jugendrat

Bei diesen Veranstaltungen werden Missstände aufgedeckt, Frust kann abgebaut werden und es wird erklärt, warum manche Ideen nicht funktionieren können und nicht umsetzbar sind. Erwachsene haben die Möglichkeit zu sehen, wie junge Menschen verantwortlich mit demokratischen Grundprinzipien von Beteiligung und gegenseitigen Respekt umgehen. Hier kommen unterschiedliche

Positionen zusammen, was sich positiv auf beide Seiten auswirken kann und den Blick mit den Augen des anderen ermöglicht.

Der Jugendrat wiederum ist ein Projekt der offenen Kinder- und Jugendarbeit im Stadtgebiet zusammen mit Politik und Stadtverwaltung. Dort werden Anliegen direkt vor Ort mit den hauptamtlich Verantwortlichen in den Einrichtungen unmittelbar mit den politisch Verantwortlichen, der Stadtverwaltung und den Mitgliedern des Jugendhilfeausschusses geklärt. In diesem Gremium können auch Jugendvertreter aus den Einrichtungen Anliegen vorbringen. Es werden Informationen über vergangene und zukünftige Programme, Entwicklungen und Projekte ausgetauscht.

Inklusionskonzept

Auch das Inklusionskonzept im Kinderhaus St. Marien in Furth ist ein Baustein der Bildungsregion Landshut. Durch diese intensive und jahrelange Integrationsarbeit hat sich in der Gemeinde Furth ein positives Inklusionskonzept fest verankert, so dass im Kinderhaus St. Marien von der Krippe über den Kindergarten bis hin zur Grundschule und Hort Kinder im Alter von 1 bis 14 Jahren sowohl einrichtungsübergreifend als auch ganzheitlich unterstützt und in ihrer Entwicklung individuell gefördert werden. Dies bedeutet, dass Kinder mit hohem Förderbedarf gemeinsam in ihrer individuellen Entwicklung intensiv begleitet und bei den schulischen Anforderungen durchgehend unterstützt werden.

AnS Werk

Der gemeinnützige Verein AnS Werk integriert seinerseits beeinträchtigte Jugendliche in den Arbeitsmarkt durch Schaffung von Arbeitsprojekten und betreut diese durch Anleiter, die mehrheitlich nach einer 1-Euro Maßnahme ihre feste Anstellung bekommen. Die Idee dahinter ist die Eigeninitiative

genheit an. Die Stadt erhofft sich sehr valide Zahlen für die Zukunft und damit eine bessere Planungssicherheit. Cornelia Otto, Fachbereichsleiterin für Kinderbetreuung im Rathaus bedankt sich bei den beteiligten Trägern für deren Kooperation und die sehr positive und engagierte Unterstützung. Zwar trägt die Stadt die Kosten von rund 30.000 Euro alleine - für die beteiligten Träger ist das Portal kostenfrei. Doch ohne die Bereitschaft mitzumachen, an Schulungen teilzunehmen und Daten einzupflegen wäre die Realisierung von Little Bird in Garching nicht möglich gewesen.

AKDB als Partner

Als Partner konnte außerdem die AKDB, mit der die Stadt in vielen Bereichen zusammenarbeitet, gewonnen werden. Dadurch kann der Datenschutz für die Eltern gewährleistet werden. Frank Tändler, Vertriebsleiter bei Little Bird versichert, dass die Eltern hier keine Sorge haben müssen. Die Daten seien sicher. Für die Stadt Garching war dies auch der Grund, sich nach langer Suche für Little Bird zu entscheiden.

Der Erste Bürgermeister freut sich über das neue System. „Wir möchten Eltern bei der Suche nach einem Betreuungsplatz entlasten. Und ich hoffe, dass aus dem kleinen Vogel bald ein großer Adler wird.“

zum Aufbau selbstbestimmter Arbeit, ein Weg in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Kürzung von staatlichen Förderungen.

Benachteiligte Jugendliche mit Lernschwächen haben geringe Vermittlungschancen auf dem Arbeitsmarkt. Der Staat wird entlastet durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für diese Zielgruppe. Der Verein besteht aus einer Vielzahl an ehrenamtlich tätigen Mitbürgern und ehrenamtlichen Vorstandsmitgliedern. Beispiel: Seit 2005 betreibt der Verein in der städtischen Musikschule in Landshut ein Bistro, in dem Behinderte und Nichtbehinderte zusammenarbeiten. Es werden Kaffeespezialitäten und frischer, selbstgebackener Kuchen angeboten, ein täglich wechselnder Mittagstisch und Gerichte von der Standardkarte.

Haus der kleinen Forscher

Seit 2007 ist Landshut als erste Region in Niederbayern ein „Haus der kleinen Forscher“. Aufgrund der Initiative des Jugendamtes wurde die Kooperation mit der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“ in Zusammenarbeit mit der IHK Niederbayern und der Wirtschaftsförderung im Landkreis instituiert. Sie fördert die Bildungschancen von Kindern auf eine bislang

beispiellose Art. Das Projekt startete 2007 an den Kindertagesstätten, seit 2010 ist Landshut auch Modellstandort für das Angebot an den Grundschulen und der Lehrerfortbildung. Mittlerweile praktizieren 60 Kindergärten, 17 Horte und 5 Grundschulen die Methodik der Stiftung „Haus der kleinen Forscher“.

Junior-Hochschule

Ein weiterer Baustein der Bildungsregion Landshut ist die Junior-Hochschule. Schüler ab der 9. Klasse aller Schularten haben an halb- oder ganztägigen Projekttagen die Möglichkeit, in die Hochschule Landshut zu schnuppern. Ein Kennenlernen bereits in der Schulzeit, eine frühzeitige Orientierung sowie Motivation zum Studium zu wecken, sind die Ziele dieses Projektes. Hier werden beispielsweise spielerisch JAVA programmiert, Einblicke in die Bereiche Physik, Energie und Klimaschutz gewährt, die Digitale Fabrik als Baustein simuliert und Medizin mit Technik vorgestellt.

Das Spielen von Kindern in der Natur ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr. Der enge Kontakt zur Natur spielt für die gesunde Entwicklung von Kindern eine große Rolle. Die Fortbildungsmaßnahme „Giersch-

kasperl und Hopfenseppl“ ist ein gemeinsames Projekt von Stadt und Landkreis Landshut und vermittelt dem Fachpersonal an Kindertagesstätten fundierte Einblicke in die Tier- und Pflanzenkunde und jede Menge praxiserprobte Anregungen für die Weitergabe von Umweltwissen an Kinder. Die Fortbildung wird an verschiedenen Einrichtungen in der Region durchgeführt, besteht aus vier Seminartagen und ist thematisch an die vier Jahreszeiten gebunden.

Runder Tisch

Bayernweit sind insgesamt 70 Landkreise und kreisfreie Städte der Initiative des Bayerischen Kultusministers Dr. Ludwig Spaenle gefolgt und entwickeln sich zu einer Bildungsregion. Sie bringen Kommunen, Jugendhilfe, Bildungsträger und Vertreter der Wirtschaft vor Ort an einem Runden Tisch zusammen, um die Bildungsangebote und -qualität für die jungen Menschen zu verbessern.

Am Ende des Prozesses, der sich je nach Gebietskörperschaft verschieden gestalten und unterschiedlich viel Zeit in Anspruch nehmen kann, steht das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“. Dieses verleiht das Ministerium nach einer Prüfung des jeweiligen Konzepts und der Umsetzungsschritte. **DK**



Von links: Dr. Dietmar Gruchmann, Erster Bürgermeister der Stadt Garching, Frank Tändler, Vertriebsleiter Little Bird, Cornelia Otto, Fachbereichsleiterin Kinderbetreuung Stadt Garching, Heiko Janich, Kämmerer, Paul Tobias, Vertriebsberater AKDB.

Garching bietet neuen Service bei der Kinderbetreuung

Garching setzt auch in Zukunft auf das Thema Familienfreundlichkeit. Als erste Kommune im Landkreis München hat Garching reagiert. Vor wenigen Tagen erfolgte die Liveschaltung von „Little Bird“, dem ersten elektronischen Vormerkssystem für Kinderbetreuungsplätze. Im neuen Elternportal sind aktuell 17 Garchinger Kinderbetreuungsrichtungen von Krippe bis Hort, sowohl städtische, kirchliche und freie Träger miteinander vernetzt. Garchings Erster Bürgermeister Dr. Dietmar Gruchmann betonte: „Wir sind stolz darauf, die Vorreiterrolle im Landkreis zu übernehmen.“

Für die Suche nach einem geeigneten Betreuungsplatz haben Eltern ab sofort die Möglichkeit, online über www.garching.de übersichtlich und trägerübergreifend sämtliche Angebote zu finden und sich bei ihrer Wunscheinrichtung anzumelden. Eine Anmeldung ist frühestens zwölf Monate, bevor der Betreuungsplatz gebraucht wird, möglich. Dabei ist auch eine Anmeldung in mehreren Einrichtungen erlaubt.

Zeitaufwand für Eltern wird deutlich minimiert

Little Bird erspart Eltern aufwändiges Formulieren ausfüllen, Daten müssen nur einmal eingegeben werden. Über den persönlichen Account im Elternportal bleiben Eltern stets über den aktuellen Stand der Dinge informiert. Für die Eltern entfällt in Zukunft viel Lauferei. Sobald ein Platz in einer Wunscheinrichtung frei ist,

wird er den Eltern angeboten und die Eltern können entscheiden, ob sie den Platz annehmen wollen.

Natürlich bleibt mit dem neuen Elternportal auch die Option für Eltern offen, sich persönlich vor Ort bei einer Einrichtung anzumelden. Das neue System ist nicht dazu gedacht, den persönlichen Kontakt zu ersetzen. Spätestens bis zum Vertragsabschluss sollten sich Familie und Einrichtung persönlich kennengelernt haben.

Little Bird unterstützt Verwaltung

Ziel von Little Bird ist es vor allem auch auf der Verwaltungsseite die Arbeit zu erleichtern. Die Vorteile für die beteiligten Träger liegen auf der Hand. Die Träger sparen sich viel an Verwaltungsarbeit, denn sie haben leichten Zugriff auf die Daten. Durch die Vernetzung gehört die Doppelbelegung mit Plätzen zukünftig der Vergan-



Der Sprecherkreis der Sozialwissenschaftlichen Gymnasien mit Bernhard Vonbrunn, Günther Roith und Schulleiterin Ursula Weger gemeinsam mit den Festrednern Professor Dr. Ursula Münch (3. v. l.) und Horst Seehofer sowie der Äbtissin des Gymnasiums Seligenthal. Bild: Hackl

50 Jahre sozialwissenschaftliches Gymnasium in Bayern:

Ein Zweig feiert Geburtstag

Festakt am Gymnasium Seligenthal in Landshut mit Ministerpräsident Horst Seehofer

Vor 50 Jahren wurde in Bayern das sozialwissenschaftliche Gymnasium als neuer Zweig eingeführt. Mit dieser Profilierung sollte im Rahmen einer großen Bildungsoffensive vor allem den Mädchen ein attraktives Angebot im gymnasialen Sektor gemacht werden. 26 Mädchengymnasien, viele davon in kirchlicher Trägerschaft, nahmen dieses Angebot gerne auf. Am Gymnasium Seligenthal in Landshut - einem sozialwissenschaftlichen Gymnasium der „ersten Stunde“ - wurde nunmehr mit vielen hochrangigen Ehrengästen das Jubiläum der sozialwissenschaftlichen Gymnasien in einem gesamt-bayerischen Festakt gefeiert.

Als Schirmherr und Festredner konnte der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer gewonnen werden. Als weitere Rednerin zeigte Professor Dr. Ursula Münch, Direktorin der Politischen Akademie, die gesellschaftspolitische Bedeutung und die zukunftsweisenden Perspektiven dieses Gymnasialzweigs auf.

Attraktives Angebot

Bezug nehmend auf Art.131, Absatz 4 der Bayr. Verfassung von 1949 - „Die Mädchen sind in Säuglingspflege, Kindererziehung und Hauswirtschaft besonders zu unterweisen“ - trat ab der 9. Klasse anstelle der 3. Fremdsprache Sozialkunde als Kernfach. Auch die musisch-künstlerischen Fächer und die Naturwissenschaften Biolo-

gie und Chemie als Grundlage für Gesundheits- und Nahrungsmittellehre wurden gestärkt. Ein mehrwöchiges Praktikum in sozialen Einrichtungen komplettierte das attraktive Angebot, das sich schnell großer Beliebtheit erfreute.

Wichtige Stationen

Mit der Einführung der Kollegstufe 1979 fanden im Rahmen des Leistungskurses verstärkt Themen der politischen Bildung wie Staatslehre, Staatstheorien und gesellschaftspolitische Fragen Eingang in die Lehrpläne.

Weitere wichtige Stationen waren 1986 die Öffnung des Zweigs für Buben und die Umstrukturierung der Lehrpläne mit der Einführung des acht-

jährigen Gymnasiums 2004.

Die Erziehung zu sozialer und staatsbürgerlicher Verantwortung, die Fokussierung auf Team- und Projektarbeit in der sozialpraktischen Grundbildung sowie die Möglichkeit einer vertieften Auseinandersetzung mit aktuellen Themen wie Ökologie, Inklusion und Migration machen den Zweig gerade heute zu einem gesellschaftspolitisch höchst wichtigen und attraktiven Angebot gymnasialer Bildung.

Interesse wecken

Der sozialwissenschaftliche Zweig legt systematisch die Grundlagen für das Verständnis gesellschaftlicher und politischer Zusammenhänge, erzieht zu wertorientierter Stellungnahme und Beurteilung, weckt Interesse für politische Fragen und befähigt zur Übernahme von Verantwortung in Staat und Gesellschaft.

Über 50 Gymnasien in Bayern führen diesen Zweig inzwischen sehr erfolgreich und bestärken durch den regen Zuspruch seinen hohen Bildungswert. **□**

Euregio Egrensis:

Vielfältige Initiativen

Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft Bayern in Bayreuth

Das Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat strebt eine neue strategische Partnerschaft mit Tschechien an. Dazu wurde von Staatsminister Dr. Markus Söder im Sommer 2014 die Initiative eines bayerisch-tschechischen Entwicklungsgutachtens angestoßen. MdL Albert Füracker, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium der Finanzen, für Landesentwicklung und Heimat, berichtete darüber als Gastredner bei der Mitgliederversammlung der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern in Bayreuth.

Das Gutachten sucht auf staatlicher Ebene gezielt nach Entwicklungsmöglichkeiten jenseits der Ballungsräume. Der Untersuchungsraum erstreckt sich auf bayerischer Seite auf die Regierungsbezirke Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern jeweils in ihrer gesamten Ausdehnung, in Tschechien auf die Bezirke Karlsbad, Pilsen und Südböhmen – also nicht nur auf das INTERREG-Fördergebiet entlang der Grenze.

Wie Füracker erläuterte, sei die gesamte deutsch-tschechische Zusammenarbeit maßgeblich von der Arbeit der Euregio Egrensis geprägt worden. Einmal mehr verweist der Staatssekretär auf die Heimatstrategie und den Nordbayern-Plan der Staatsregierung. Bei den Initiativen soll vor allem dort angesetzt werden, wo große demografische Probleme bestehen.

Entwicklungsgutachten

Noch keine konkreten Aussagen wollte Füracker zum neuen Entwicklungsgutachten Bayern-Tschechien machen. Die Präsidentin der Euregio Egrensis Arbeitsgemeinschaft Bayern, Oberbürgermeisterin a. D. Dr. Birgit Seelbinder erhofft sich nach eigenen Angaben davon eine große Bedeutung für die Grenzregionen und für die Arbeit der Euregio. Die Ergebnisse des Gutachtens sollen noch im Herbst bekannt gegeben werden. Füracker deutete an, dass in allen drei beteiligten Regierungsbezirken Oberfranken, Oberpfalz und Niederbayern eigene Beratungsbüros zum Beispiel für Förderfragen entstehen sollen.

Gemeinsamer Begleitausschuss

Die Arbeit in den nächsten Jahren ebenso prägen wird Präsidentin Seelbinder zufolge die neue EU-Förderperiode 2014-2020. Mitte März 2015 habe sich in Straubing der gemeinsame bayerisch-tschechische Begleitausschuss für die neue Programmperiode konstituiert. Mit ihren beiden Arbeitsgemeinschaften Bayern und Böhmen sei die Euregio Egrensis wieder mit Stimmrecht in diesem zentralen Entscheidungsgremium vertreten. Mit der Genehmigung der sog. Kommunikationsstrategie wurden bereits die Informations- und Publicitymaßnahmen für die nächsten Jahre abgestimmt, um Multiplikatoren und potenziell Begünstigte umfassend über Fördermöglichkeiten zu informieren und den allgemeinen Bekanntheitsgrad des Interreg-Programms zu steigern.

Neue Förderperiode

Laut Seelbinder wurde in Regensburg das neue Programm offiziell vorgestellt. Bayerns Wirtschaftsstaatssekretär Franz Josef Pschierer gab zusammen mit dem Vizeminister des tschechischen Ministeriums für Regionale Entwicklung, Zdenek Semorád und rund 200 Teilnehmern aus dem gesamten Grenzraum den Startschuss für die neue EU-Förderperiode im bayerisch-tschechischen Grenzraum. In der neuen Förderperiode stehen dem gesamten Europäischen Fonds für regionale Entwicklung 103,4 Millionen Euro

zur Verfügung.

Die ersten Einplanungsrunden von Großprojekten sollen im kommenden Dezember insbesondere für den Kleinprojektefonds der beiden Euregios und dann im April nächsten Jahres stattfinden. Bis dorthin müssen von den zuständigen Ministerien in München und Prag noch viele anspruchsvolle technische und organisatorische Vorbereitungen getroffen werden, die vor allem von der EU gefordert werden.

Nach den Worten der Präsidentin werden Anträge für Großprojekte künftig über ein elektronisches Verfahren gestellt, „das völlig neu in unserem Programmraum und wohl auch technisch sehr anspruchsvoll ist“. Das elektronische Antragsformular für die Großprojekte soll demnächst verfügbar sein.

Umweltschutz

In der neuen Förderperiode werden im bayerisch-tschechischen Grenzraum folgende Themenschwerpunkte maßgeblich sein: Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation, Umweltschutz und Förderung der Ressourceneffizienz, Investitionen in Bildung, Kompetenzen und lebenslanges Lernen sowie Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung.

Wie Seelbinder hervorhob, stand insbesondere das Handlungsfeld „Forschung und Innovation“ in den früheren Förderperioden nicht im Mittelpunkt. Dieser neue Schwerpunkt sei Ausfluss der „Europa-2020-Strategie“, die Investitionen in Forschung und Entwicklung in der EU deutlich erhöhen will. Hier seien Hochschulen und Forschungseinrichtungen, aber auch erstmals in die Förderung einbezogene kleine und mittelständische Unternehmen gefordert. Kontakte über die Grenze aufzubauen und Projekte zu entwickeln. Mit einem Fördersatz von 85 Prozent auf beiden Seiten werde das neue Programm für bayerische Projektträger künftig noch interessanter.

Dispositionsfonds

Im Themenbereich „Verbesserung der institutionellen Kapazitäten und Förderung einer effizienten öffentlichen Verwaltung“ wird auch der sog. Dispositionsfonds der EUREGIO EGREN-SIS enthalten sein. Die Euregio Egrensis wird erneut von der zuständigen Verwaltungsbehörde – dem Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie – beauftragt, als beliebiger Unternehmer den Dispositionsfonds für die Kleinprojekteförderung abzuwickeln. Dieser wird allerdings aufgrund der nötigen Vorarbeiten erst ab 2016 starten können.

Wie die Präsidentin weiter ausführte, wurde die Euregio Egrensis in diesem Jahr als assoziierter Partner in den Koordinierungskreis der EURES-Grenzpartnerschaft berufen. EURES steht für „European Employment Services“, d. h. für ein europaweites Netzwerk, das die Mobilität im Bereich des Arbeitsmarktes über Grenzen hinweg fördert. Im nächsten Jahr wird die Regional-

direktion Bayern der Bundesagentur für Arbeit gemeinsam mit der Euregio Egrensis eine Zukunftskonferenz zum grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt organisieren.

Bayerisch-tschechische Landesausstellung

Zudem wird im nächsten Jahr das Gastschuljahr unter dem Dach der Euregio Egrensis 20 Jahre alt. Das Jubiläum wird auch einen Bezug zur Bayerisch-tschechischen Landesausstellung über Kaiser Karl IV. herstellen, die 2016 starten wird.

Nach über 20 Jahren Diskussionen und Vorbereitungen haben



Von links: Oliver Theiss, Stadt Aschaffenburg, Claudia Lehnerer, Transferagentur Bayern, Klaus Herzog, Oberbürgermeister der Stadt Aschaffenburg und 2. Bürgermeisterin Jessica Euler bei der Unterzeichnung der Zielvereinbarung.

Stadt Aschaffenburg:

Lebenslanges Lernen im Fokus

Bildungsregion schließt Kooperationsvereinbarung mit der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement

Die Stadt Aschaffenburg hat im Mai 2014 als erste Bildungsregion in Unterfranken das Siegel „Bildungsregion Aschaffenburg“ erhalten. Diese Vorreiterrolle will die Stadt nun ausbauen und widmet sich verstärkt dem Thema Lebenslanges Lernen. Dafür sollen alle kommunalen Angebote künftig im Rahmen einer Gesamtstrategie zusammengeführt und aufeinander abstimmt werden. Bei der Umsetzung werden die Verantwortlichen ab sofort von der Transferagentur Bayern für Kommunales Bildungsmanagement unterstützt. Die Transferagentur, eine Initiative des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF), ist Teil eines bundesweiten Netzwerkes, das Kommunen beim Aufbau und Ausbau ihres Bildungsmanagements vor Ort berät.

Eine gemeinsam erarbeitete Zielvereinbarung hält die Schwerpunkte der Kooperation fest. Im Mittelpunkt stehen dabei die Weiterentwicklung einer fortschreibbaren kommunalen Bildungsberichterstattung auf der Grundlage des bereits vorhandenen Berichtswesens sowie der Ausbau geeigneter Koordinations- und Kooperationsstrukturen für eine verbesserte Organisation und Steuerung der lokalen Bildungslandschaft. Besonders wichtig ist der Stadt dabei, die lebenslauforientierte Bildungsberatung, den Übergang von der Schule in die Ausbildung sowie die Integration von benachteiligten Bevölkerungsschichten zu verbessern. Auch die Schulentwicklung soll vorangetrieben werden.

Vorreiterrolle

Claudia Lehnerer, Leiterin des Regionalbüros Nord der Transferagentur, kommentiert: „Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit der Stadt Aschaffenburg, die auf dem Weg zur Bildungsregion eine Vorreiterrolle in Unterfranken einnahm. Die Transferagentur Bayern kann vor allem durch die Vernetzung mit anderen Kommunen eine wertvolle Expertise einbringen sowie einen hilfreichen Austausch mit

im Februar die Arbeiten zur Reaktivierung der Bahnverbindung Selb-Asch begonnen. Damit wird nach Jahrzehnten eine Lücke im regionalen Schienenverkehr sowie in der internationalen Bahnlinie Hof-Cheb (Eger) geschlossen. Mitten im grenzüberschreitenden Verkehrsverbund EgroNet wird ein Bahn-Grenzübergang wieder eröffnet, auf dem seit Ende des Zweiten Weltkriegs kein planmäßiger Personenverkehr stattfand.

Bahn: Zweistundentakt

Die Planungen sehen vor, dass zum europäischen Fahrplanwechsel im Dezember auf der Linie Hof-Asch-Cheb die Züge im Zweistundentakt starten. Die Bahnverbindung von Eger über Franzensbad und Asch nach Selb wurde im November 1865 in Betrieb genommen. Der Neustart würde damit pünktlich zum 150. Jubiläum der Bahnlinie erfolgen. **DK**



V. l.: Moderator Kurt Heidingsfelder, OB Andreas Starke und Stephan Doll, „Allianz gegen Rechtsextremismus“. Bild: EMN

„Ein Hoch auf die Solidarität!“

Hilfe für Flüchtlinge und Kampf gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg

Brisantes Thema auf der Consumenta: Beim Talk der Metropolregion Nürnberg auf der Medienbühne der Nürnberger Nachrichten (NN) ging es unter dem Motto „Ein Hoch auf die Solidarität“ um die Hilfe für Flüchtlinge und den Kampf gegen Rechtsextremismus in der Metropolregion Nürnberg. Der Moderator sprach dabei mit Bambergers Oberbürgermeister Andreas Starke und Stephan Doll von der „Allianz gegen Rechtsextremismus“.

Bambergers OB schilderte die Flüchtlings-Situation in seiner 70.000-Einwohner-Stadt. Zurzeit hat die Stadt Bamberg 650 Asylbewerber untergebracht, dazu kommen noch 100 unbegleitete Jugendliche. Zusätzlich beherbergt Bamberg ein so genanntes Ankunfts- und Rückführungszentrum. In einer leer stehenden Kaserne sind noch einmal 600 Flüchtlinge aus dem Westbalkan untergebracht, deren Chance auf Aufnahme in Deutschland gering ist. „Dieses Zentrum hat eine Kapazität von 1500 Menschen“, sagte Starke, „in wenigen Wochen wird es voll sein.“ Bamberg wird dann insgesamt 2200 Flüchtlinge beherbergen. „Trotzdem wird es in Bamberg keine Zelte für Flüchtlinge geben“, versprach Starke.

Wichtig sei jetzt, dass die Kommunen finanziell entlastet werden, so Starke weiter. Um die Flüchtlinge nicht nur unterzubringen, sondern auch die Integration zu schaffen, brauchten die Kommunen finanzielle Hilfe vom Bund: „Wenn einer Integration kann, dann sind es die Städte und Gemeinden.“

Auch Stephan Doll von der „Allianz gegen Rechtsextremismus“ sieht jetzt „den Bund in der Pflicht“. Kommunen, Ehrenamtliche und Wohlfahrtsverbände leisteten großartige Arbeit, benötigten jetzt aber mehr Unterstützung. Noch immer sei die Stimmung in der Bevölkerung positiv, die Flüchtlinge aufzunehmen und zu integrieren. „Deutschland ist in der Lage, das zu schaffen“, so Doll.

Mit der „Allianz gegen Rechtsextremismus“ kämpft er dagegen an, dass rechtsradikale Gruppierungen bei den verunsicherten Menschen Ängste schüren. Rechtsradikale Gruppierungen böten den Menschen einfache Lösungen an. „Es gibt aber keine einfachen Antworten in der Flüchtlingsfrage.“ Doll warnte vor „mehreren hundert Rechtsextremisten in der Metropolregion“ von denen viele auch gewaltbereit seien.

Ob er nach dem Attentat auf die Kölner OB jetzt Angst um seine Person habe, fragte der Moderator OB Starke. Er Sorge sich nur um das Wohl der Flüchtlinge und der Ehrenamtlichen, so Starke. In seiner Stadt gehörten rund 20 Personen zum harten rechtsextremistischen Kern. Allerdings, so Starke, habe ihn – genauso wie die Polizei – das große Waffenarsenal und die hohe Gewaltbereitschaft überrascht, die eine Razzia im Neonazi-Milieu kürzlich zu Tage förderte.

Die allgemeine Stimmung in der Bamberger Bevölkerung schätzte Starke allerdings positiv ein. „Das politische Klima in der Stadt ist wesentlich weltoffener als noch vor 15 Jahren.“ Dennoch müsse man die Fragen und Ängste der Bürger ernst nehmen. „Dazu haben wir z. B. eine 24-Stunden-Hotline eingerichtet und

zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt.“

Gegen rechtsextreme Gruppen fährt die Stadt Bamberg laut Starke eine ganz harte Linie. „Wenn wir bei beantragten Veranstaltungen Querverbindungen zur rechtsradikalen Szene feststellen, verbieten wir das!“

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPv in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-11

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Jörg Kunstmann (KPv)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertrieb:

Constanze von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 49 vom 01.01.2015

Anzeigenschlusstermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Veranstaltungen:

Theresa von Hassel (verantwortlich)

Telefon 08171 / 9307-10

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben)

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Kreis- und Stadtparkasse Dillingen

IBAN: DE 3872 2515 2000 1002 1566

BIC: BYLADEM1DLG

VR Bank Kaufbeuren-Ostallgäu eG

IBAN: DE 9673 4600 4600 0014 4320

BIC: GENODEF1KFB

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerinnen:

Anne-Marie von Hassel

Constanze von Hassel

Theresa von Hassel

Druck und Auslieferung:

DZO Druckzentrum Oberfranken

GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Freyung-Grafenau:

Region mit hohem Potenzial

GZ-Gespräch mit Landrat Sebastian Gruber

Die Zukunft gemeinsam mutig und aktiv gestalten – dies hat sich der seit Mai 2014 amtierende Landrat von Freyung-Grafenau, Sebastian Gruber, auf seine Fahnen geschrieben. Für den 33-jährigen früheren Mittelschullehrer und Regionalmanager lohnt es sich, in der Region zu leben, zu arbeiten und sich zu engagieren. „Mein Ziel ist es, vernünftige Rahmenbedingungen für eine positive wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen und konsequent zu fördern“, machte Gruber in einem Interview mit GZ-Chefredakteurin Anne-Marie von Hassel deutlich. „Der Landkreis Freyung-Grafenau besitzt großes Potenzial, dieses will ich entfalten“.

„Die Identifikation mit der Region ist das A und O“, hob der CSU-Politiker hervor. Damit die Menschen in der Region bleiben, gelte es, Überzeugungsarbeit zu leisten. „Raum zum Leben schaffen“ laute die Devise.

Freyung-Grafenau sei auch in einer sich wandelnden Gesellschaft ein hervorragender Wohnstandort. Sich verändernde Familienstrukturen und eine sich wandelnde Arbeitswelt beeinflussten freilich auch im Landkreis

persönlich vorgelebt werden muss, verstehe sich von selbst.

Gesundheitslandschaft

Unter der Trägerschaft des Landkreises wird auch die Gesundheitslandschaft mit den Klinikstandorten Freyung, Grafenau und Waldkirchen ein Stück weit umstrukturiert. Wie Gruber berichtete soll die Akutversorgung auf die Standorte Freyung und Grafenau konzentriert werden.



Landrat Sebastian Gruber im Gespräch mit Anne-Marie von Hassel, Bayerische Gemeindezeitung.

Freyung-Grafenau das Wohnverhalten, erläuterte Gruber. Neben dem gezielten Leben in der unberührten Natur gehe bei jungen Familien der Trend auch und gerade zu zentrumsnahem Wohnen – insbesondere in Freyung, Grafenau und Waldkirchen, den drei Städten des Landkreises. Konkrete Konzepte seien hier bereits erarbeitet worden, weshalb der Landrat der Zukunft gelassen entgegensteht – „auch im Hinblick auf das Thema Flüchtlinge“. Gruber zufolge ist davon auszugehen, dass sich in den städtischen Metropolen die ohnehin angespannte Wohnsituation noch verschärfen und sich dort zudem die Arbeitsplatzsituation gravierend verändern wird – mit entsprechenden positiven Folgen für den ländlichen Raum.

Kreisentwicklung

Zu den bestimmenden kommunalpolitischen Themen im Landkreis Freyung-Grafenau werden in den nächsten Jahren neben der Konsolidierung der Landkreisfinanzen die Kreisentwicklung sowie der Bereich der kreiseigenen Liegenschaften und Einrichtungen gehören. Bereits zu Beginn seiner Amtszeit hatte Sebastian Gruber das Landratsamt umstrukturiert und die Arbeit in den Gremien neu aufgestellt. In der Folge passte er auch die Organisation des Landratsamtes an die aktuellen Bedürfnisse und Herausforderungen an.

Der Landkreischef erhofft sich davon schnell deutlich spürbare Verbesserungen. „Ich will nicht nur eine funktionierende Verwaltung, sondern ein Landratsamt, mit dem ich unsere Zukunft gestalten kann.“ Dabei sieht Gruber es als „Daueraufgabe aller Verantwortlichen im Landratsamt“ an, „noch intensiver auf den Dienstleistungsgedanken hinzuweisen“. Dass dieser von ihm

Der Standort Waldkirchen soll zu einem Gesundheitszentrum umgebaut werden, das nicht nur eine angemessene Notfallversorgung vor Ort gewährleistet, sondern auch die ambulante Versorgung weiter entwickelt. Es bestehe die realistische Chance, hier einen Leuchtturm zu schaffen, der auch qualifizierte Ärzte in die Region lockt, weil die Gesamtnachfrage hervorragend sei. Die Kreiskliniken werden in kommunaler Hand verbleiben, „da wir ein originäres Interesse daran haben, das medizinische Angebot vor Ort selbst zu bestimmen“.

Fokussierung auf Grundversorgung

Künftig, so der Landrat, werde es unverzichtbar sein, „dass wir uns in der Region auf eine qualitativ hochwertige Grundversorgung fokussieren“. Die Hausarzt-situation sei momentan noch durchaus komfortabel, jedoch werde sich aus Altersgründen die Lage in zehn, spätestens 15 Jahren deutlich verschärfen. Vor allem in den kleineren Gemeinden könnte es dann schwierig werden, geeignete Nachfolger zu finden, prognostizierte Gruber.

Das Regionalmanagement wird sich dem Thema der „potenziell rückkehrwilligen“ noch intensiver widmen, um dem demografischen Wandel entgegen zu treten. Zahlreiche Aktionen der letzten Jahre haben bereits Erfolge erzeugt, der Landkreis Freyung-Grafenau wird an der Verstärkung dieses Instruments arbeiten.

Ein weiteres Anliegen des Landkreischefs ist die Stärkung des Tourismus in der Region. Zwar hat die Tourismusregion Ostbayern, bestehend aus Niederbayern und der Oberpfalz, mit 4,8 Millionen Gästen im vergangenen Jahr einen Rekordwert verzeichnet; dennoch sieht Gruber

Handlungsbedarf, um die Wettbewerbsfähigkeit etwa der Tourismusdestination Bayerischer Wald langfristig zu verbessern.

Qualitätssteigerung

Erklärtes Ziel müsse sein, sich künftig verstärkt auf eine flächendeckende Qualitätssteigerung der Hotels in der Region hinzuarbeiten. Die Vorstellung vom Bayerischen Wald als Billigurlaubsdestination müsse der Vergangenheit angehören. Vor kurzem erst habe ein Wellnesshotel in Röhrnbach als erstes Haus im gesamten Bayerischen Wald den fünften Stern erhalten. „Davon erhoffen wir uns eine gewisse Sogwirkung. Wir brauchen noch mehr solche Leuchttürme“, stellte Gruber fest.

Zu einer Qualitätssteigerung könnten freilich auch Nischenangebote beitragen. Rund um das Thema Bier ist bereits ein Wohlfühlhotel in der Region entstanden. Barrierefreiheit im Hotel oder ein exklusives Wellnessangebot stellten weitere Beispiele dar. Gleichwohl wies Gruber auch auf die Notwendigkeit einer „kleinen, gesunden Vermieterstruktur im Landkreis für Familien und Pensionsurlauber“ hin. Insgesamt müsse der Tourismus in der Region noch mehr als „Leitökonomie“ betrachtet werden.

Neuinvestitionen

Darüber hinaus gelte es, die bereits bestehende touristische Wirtschaftsförderung aus EU-Töpfen auch über die aktuelle, bis 2020 laufende Förderperiode hinaus zu sichern, erklärte der Landrat. Auf diesem Weg erhalten Betriebe bis zu 25 Prozent Förderung für Neuinvestitionen, die zur Qualitätsverbesserung ihrer Häuser beitragen. Solche Investitionsanreize seien für den Bayerischen Wald von größter Wichtigkeit. „Wir als Landkreis wollen diese Möglichkeit auch bei den touristischen Betrieben noch bekannter machen und intensiv beraten“, unterstrich Gruber.

Eine „Motivation, in unseren Bemühungen um eine weiterhin attraktive Region nicht nachzulassen“, ist nach Grubers Darstellung auch die kürzlich erfolgte Auszeichnung als Bildungsregion. Vor fünf Jahren hatte sich der Landkreis Freyung-Grafenau als einer der Ersten in Bayern an der Aktion beteiligt.

Das Gütesiegel „Bildungsregion in Bayern“ belegt, dass der Landkreis auch in diesem Bereich zeitgemäß aufgestellt ist. Ein fließender Übergang von Kindergarten zu Schule und von Schule zu Unternehmen ist gewährleistet. Schulische und außerschulische Bildungsangebote werden vernetzt, für junge Menschen in schwierigen Lebenssituationen gibt es zahlreiche Hilfsangebote. Schule und Jugendarbeit sollen zukünftig noch enger verbunden werden. So könne man den Herausforderungen des demographischen Wandels begegnen.

Bildungsregion

Wichtig werden Gruber zufolge auch die Strukturen der Berufsschullandschaft sein. Hier habe das Thema Bildungsregion – zumindest begleitend – bereits einen positiven Einfluss genommen. Zwar könnten Berufszweige wie das Metzger- oder Bäckerhandwerk nicht mehr direkt vor

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Sie glauben doch wohl nicht ernsthaft, dass ich mir von irgendwem, der rangniedriger ist als der liebe Gott, den Genuss der weltbesten Bratwurst vermiesen lasse?“ Mein Chef, der Bürgermeister, war auf dem Weg zu einem Treffen in Coburg. Wenn er dort oder in einer anderen fränkischen Bratwursthochburg zu tun hat, weiß ich mit Sicherheit, er wird eine dieser lokalen Spezialitäten mit großem Vergnügen verspeisen. Ein lebensgefährliches Treiben, wenn man den Warnungen der Weltgesundheitsorganisation vor der krebserzeugenden Wirkung von zu Wurst verarbeitetem Fleisch Glauben schenken darf. 50 Gramm Wurst erhöhen das Darmkrebsrisiko um 18 Prozent, womit eine schöne lange Coburger oder drei Nürnberger leicht das Aus für Genießer bedeuten könnten.

Der Chef, ein bekennender Fleischesser und



in irgendwelchen Institutionen, die ihre Daseinsberechtigung nachweisen müssen, dass in Tontauben, Gummilatschen, Schokolade und geräuchertem Fleisch so genannte PAK vorhanden sind, die nicht nur gefährlich klingen, sondern es auch sind. Aha. Und was nützt dieses Wissen uns Laien, die wir diese Erkenntnisse gar nicht richtig einordnen können?

Leute, lasst die Kirche im Dorf! Würste werden bei uns und eigentlich in ganz Europa seit Jahrhunderten, wenn nicht Jahrtausenden hergestellt. Sie dienen schlicht zur Konservierung von Fleisch, das nach dem Schlachten nicht sofort gegessen werden konnte oder für den Winter gebraucht wurde, etwa der beliebte Weihnachtsschinken.

Ja gut, Würste brauchte man sicher auch, um nicht so edle Teile der Tiere, die man anders als zerkleinert und in ein Stück Darm gepresst nicht hinunterbringen würde, für den Verzehr aufzubereiten. Aber vor den wohlstandsverwöhnten Ekelfleischdebatten war dies ein ethisch durchaus ehrenwerter Ansatz, von dem Gottesgeschenk des Tieres möglichst viel zu verwerten und für die Ernährung nutzbar zu machen. Jetzt Warnungen auszusprechen aufgrund von statistischen Auswertungen, ohne genau die Wechselwirkungen zwischen Wurstverzehr und Zellwachstum wissenschaftlich erklären zu können, ist schon reichlich abenteuerlich. Man könnte auch warnen, Leben ist lebensgefährlich und endet sicher mit dem Tod.

Mein Chef, der Bürgermeister, wird sich jedenfalls sowohl seine fränkischen Lieblinge, als auch die in der kalten Jahreszeit besonders leckeren Schlachtplatten, wie die Würste der städtischen Metzger weiter schmecken lassen. Und zwar wie alles, das er in Maßen verzehrt. Denn davon ist er fest überzeugt: Es schadet immer das Zuviel – weniger, was man zu sich nimmt, ob Fleisch, Gemüse, Alkohol, Kaffee oder was immer man sich vorstellen kann. Nur um ihn zu necken, schicke ich ihm einen Spruch von Bismarck ins Fränkische hinterher: „Je weniger die Leute davon wissen, wie Würste und Gesetze gemacht werden, desto besser schlafen sie.“

immerhin Oberhaupt einer Stadt mit ihrerseits beachtlicher Wursttradition (wenngleich die heimischen Erzeugnisse noch nicht mit einer europäischen Herkunftsangabe gedeckelt sind), hat sich die Studie mal genauer angesehen. Tatsächlich wird Wurst und anderes verarbeitetes Fleisch zusammen mit Alkohol, Tabak und Asbest in eine Risikogruppe eingeordnet. Grundlage dieser Einordnung ist die Auswertung verschiedener medizinischer Untersuchungen; explizit wurde keine eigene Studie durchgeführt. Rein statistisch ergibt sich dann, dass von sieben Milliarden Menschen auf der Erde jedes Jahr rund eine Million an den Folgen des Rauchens sterben, 200.000 sind Opfer des Alkohols und ganze 34.000 Sterbefälle sind mit dem Genuss von Wurst und Schinken verbunden. Wieso das so ist, weiß wohl keiner so recht zu sagen, da gibt es so viele Theorien wie Forscher, die sich dieser herzhafte Aufgabe widmen.

Allerdings tut sich hier ein interessantes Fenster in die aktuelle Forschungslandschaft auf. So geht die Wissenschaft etwa davon aus, dass Metzger, Schlachter und Fleischereifachverkäufer ebenso ein höheres Krebsrisiko haben, weil sie mit rohem Fleisch in Berührung kommen.

Zudem wissen wir dank des Forschungseifers der Fachleute und des Bemühens der Alarmisten

Ort beschult werden. Dass dies auch für die Wirtschaft in der Region zu einer Gefahr werden kann, liegt auf der Hand. Hier müsse dringend gegengesteuert werden, stellte der Landrat fest. Glücklicherweise sei am Staatlichen Beruflichen Schulzentrum in Waldkirchen aber der Blockschulunterricht für Dachdecker aus ganz Bayern untergebracht. Dies sichere den Landkreis als Berufsschulstandort und sei ein wichtiger Anknüpfungspunkt für eine Weiterentwicklung der beruflichen Bildung im Landkreis, so der Landrat weiter.

Schullandschaft

Seit 2001 hat der Landkreis Freyung-Grafenau über 100 Millionen Euro in die Schullandschaft investiert. Ihr künftiger Zuseher ist laut Gruber das dominierende Thema in der Bildungspolitik des Landkreises. Aufgrund der demografischen Entwicklung werden sich nach seiner Überzeugung hier zwangsläufig Anpassungen ergeben müssen, beginnend beim Kindergarten über die Grundschule bis hin zur weiterführenden Schule. „Wir werden dafür sorgen, dass eine attraktive Schullandschaft erhalten bleibt, die dem aktuellen und künftigen Bildungsbedarf gerecht wird“, kündigte Gruber an.

Um die Zukunft seines Landkreises ist dem Landrat insgesamt nicht bange. Freyung-Grafenau bringe alle Voraussetzungen mit, um im Wettbewerb der Regionen zu bestehen. „Die notwendige Anpassung an eine sich verändernde Welt werden wir erfolgreich vollziehen“, ist sich Landrat Sebastian Gruber sicher. **DK**

Todesfälle Bratwurst

Zertifikat „Bildungsregion Nürnberger Land“

Initiativantrag der CSU-Kreistagsfraktion umgesetzt

Die CSU-Kreistagsfraktion freut sich über die Verleihung des Zertifikats „Bildungsregion in Bayern“ für den Landkreis Nürnberger Land, hatte sie doch den Initiativantrag 2013 in den Kreistag eingebracht. Das Konzept der Bildungsregionen mit seinen fünf Säulen zeigt, dass Bildung nicht nur stattfinden, sondern auch transparent sein muss für Eltern, Lernende und Lehrende, Schulaufsicht, Kommunen, Bildungsberatung und außerschulische Bildungspartner. Das Nürnberger Land hat mit diesem Prozess zur Bildungsregion gezeigt, dass die bereits bestehenden Angebote nachhaltig sind und eine breit aufgestellte Bildungslandschaft besteht.

„Wir freuen uns über das Ergebnis des Prozesses, der von so vielen Akteuren so gut begleitet wurde“, so Fraktionsvorsitzende Cornelia Trinkl, die vor zwei Jahren als Sprecherin der CSU im Schulausschuss gemeinsam mit dem damaligen Fraktionsvorsitzenden und heutigen Landtagsabgeordneten Norbert Dünkel den Antrag zum Prozessbeginn für den Weg zur Bildungsregion stellte.

Weichenstellungen

„Bildung findet vor Ort statt, in den Lebensräumen der Menschen. Deshalb begrüße ich die Initiative des Bayerischen Kultusministeriums zur Entwicklung von „Bildungsregionen in Bayern“. Hier werden wichtige Weichenstellungen vorgenommen, denn das Gut Bildung ist zu wertvoll, um es dem Prinzip von Versuch und Irrtum zu überlassen“, so MdL Dünkel, der als Mitglied des Bildungsausschusses im Bayerischen Landtag die Bewer-

bung auf Landesebene gerne unterstützt hat.

Die Bildungslandschaft im Nürnberger Land verfügt über eine große Bandbreite und eine Vielzahl vorbildlicher Konzepte in den Bereichen der Elementar- und Frühpädagogik, dem Angebot an allgemein- und weiterbildenden Schulen, der außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der beruflichen Bildung oder dem Seniorenbereich.

Einen weiteren wichtigen Teil bilde auch das Thema Inklusion. Essentiell sei es auch die lokalen Akteure so gut wie möglich zu vernetzen, was während des Prozesses schon gut angelaufen sei. Auf den erarbeiteten Ergebnissen, gelte es jetzt weiter zu machen. Erst die Diskussion der Ergebnisse ermöglicht eine qualifizierte Planung, welche kommunalen Handlungsfelder vorrangig sind, um Bildungs- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche zu verbessern und so die Ressourcen zielgerichtet und effektiv einsetzen zu können. **□**

the
Sabriul

Bayerischer Städtetag / Bezirksversammlung Unterfranken:

Spagat in der Flüchtlingsfrage

Den Spagat zwischen den tatsächlichen Herausforderungen und den schnellen Antworten, nach denen die Bürger in der Flüchtlingsthematik verlangen, erläuterte der Vorsitzende des bayerischen Städtetags, Nürnbergs Oberbürgermeister Dr. Ulrich Maly, im Rahmen der unterfränkischen Bezirksversammlung des Bayerischen Städtetags in Schweinfurt. 29 Bürgermeister hatten sich hierzu zum Meinungsaustausch getroffen.

Maly verwies eingangs darauf, dass Bayern derzeit mit 16.000 Flüchtlingen über jener Quote liegt, die eigentlich nach dem Königsteiner Verteilschlüssel für den Freistaat vorgesehen ist. Hier sei man aber auf einem guten Weg. Schweinfurt mit derzeit 1.850 Flüchtlingen in der Erstaufnahmeeinrichtung gehöre dabei zu den eher stärker belasteten Kommunen. Andere hätten nur einige

Dutzend zu versorgen, was größtenteils die ehrenamtlichen Helfer bewältigen können.

Schweinfurt kann Integration

Da in Erstaufnahmeeinrichtungen Verweildauern von höchstens fünf Wochen vorgesehen sind, sei das Thema Integration in Schweinfurt von eher untergeord-

meter Bedeutung, so der Städtetagsvorsitzende. Kommunen mit Einrichtungen für längere Aufenthalte müssten sich dagegen um Schulen und Arbeitsplätze Gedanken machen. Aber auch Schweinfurt „kann Integration“, wie Maly konstatierte. Die Integration von vielen Gastarbeitern nach dem 2. Weltkrieg habe dies bewiesen.

Nach Malys Worten „erleben wir derzeit einen Zwiespalt, der uns allen zu schaffen macht: Einerseits gilt der Satz, dass das individuelle Grundrecht auf Asyl keine Obergrenze kennt; andererseits drückt die Erkenntnis, dass unsere Ressourcen nicht unbegrenzt sind.“

menlebens in unseren Städten und Gemeinden. Wir müssen die aufnehmende Gesellschaft mit der gleichen Empathie behandeln wie die Flüchtlinge. Für alle Herausforderungen bei der Integration - von Kinderbetreuung und Schule bis zu Berufsbildung und Wohnen - stellt sich als Erfordernis, dass keine Konkurrenzen zwischen Flüchtlingen und Einheimischen entstehen.“

Erstunterbringung

Aktuell drängen die Schwierigkeiten bei der Erstunterbringung. Mit der ersten Verpflegung von Schutzsuchenden in Bahnhöfen oder der Unterbringung in Hallen ist es nach Malys Auffassung noch lange nicht getan: Der aktuelle Krisenmodus lasse leicht aus dem Blick geraten, dass die weiteren Herausforderungen von Dauer sind. Maly: „Die Kommunen werden auf Jahre hinaus intensiv mit Integration beschäftigt sein. Bayerns Kommunen können Integration, aber das funktioniert nicht zum Nulltarif. Aktuell befassen sich die Städte und Gemeinden mit der Aufstellung der kommunalen Haushalte für 2016, sie planen die Schaffung zusätzlicher Personalstellen. Kommunen brauchen mehr Personal, um die soziale Betreuung sicherzustellen,

Integration zu schaffen und die ordnungsgemäße Verwaltung zu gewährleisten.“

Wie der Vorsitzende weiter ausführte, hätte das Land ohne ehrenamtliches Engagement die Herausforderungen in den vergangenen Wochen und Monaten nicht meistern können. Dieses Engagement benötige freilich Anleitung und Koordination, wobei die Kommunen hier in Vorleistung getreten seien. Nun aber sei die Unterstützung der Kommunen durch den Freistaat und die Weiterleitung der Bundesmittel nötig, um die Angebote aufrechterhalten zu können.

Bezahlbarer Wohnraum

Maly zufolge ist die Aufstockung der Mittel für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum auf Bundes- und auf Landesebene auf nun insgesamt 2,6 Milliarden Euro zwar positiv und entspricht dem Fördervolumen für die Wohnraumschaffung für Spätaussiedler in den 1990er Jahren. Seit damals aber seien die Preise und Baukosten gestiegen. Mit dem heutigen Fördervolumen könnten nur halb so viele Wohnungen wie vor 25 Jahren gebaut werden. Deshalb fordere der Bayerische Städtetag vor allem vom Bund eine weitere Erhöhung der Fördermittel.

Wie der Verbandschef ausführte, „müssen deutlich mehr Wohnungen neu gebaut werden. Deshalb ist es richtig und wichtig, echte Zuschüsse für den sozialen Wohnungsbau auszugeben, da Zinsvergünstigungen angesichts niedriger Marktzinsen keinen Anklang finden. Programme der Städtebauförderung haben sich bewährt bei der Wiederherstellung stabiler Quartiere, sie müssen nun auch proaktiv für die Quartiersentwicklung eingesetzt werden.“

In vielen Städten stünden kaum mehr freie Flächen zur Verfügung. Nach Malys Ansicht müsse der Bund prüfen, ob die Auflagen zum Lärmschutz noch zeitgemäß sind, um Wohnraum etwa an Sportplätzen und Bolzplätzen schaffen zu können. Moderate Änderungen des Planungs- und Immissionsrechts müssten die Baulandmobilisierung erleichtern.

Malys abschließender Appell: „Wir müssen alles, was an Flächen vorhanden ist, für den Wohnungsbau mobilisieren. Fläche, Baupreis, Finanzierungskosten: Diese Parameter müssen so gesteuert werden, dass am Ende ein Mietpreis steht, den Senioren, Alleinerziehende, junge Familien, Geringverdienende und anerkannte Flüchtlinge zahlen können - möglichst ohne soziale Transferleistungen.“ **DK**

Vorschau auf GZ 22

In unserer Ausgabe Nr. 22, die am 19. November 2015 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Energieversorgung · Energiesparmaßnahmen
- Dienstleistungen für die Kommunalverwaltung
- Schulungen für Kommunalpolitiker und kommunale Angestellte
- Handwerkliche Dienstleistungen
- Ausstattung kommunaler Gebäude
- Sicherheitstechnik, Kontroll- und Überwachungsanlagen
- Brand- und Katastrophenschutz
- Fremdenverkehr in Bayern

Empathie tut not

Derzeit konzentrierte sich der Diskurs auf Zugangsbeschränkungen, Transitzonen und Ausweisung von Menschen mit geringer Bleibeperspektive, erklärte der Städtetagschef. „Neben den akuten Problemen bei der Erstaufnahme müssen wir die langfristige Integration in den Blick nehmen, denn das entscheidet über das Gelingen des gesellschaftlichen Zusam-

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Inserieren bringt Erfolg!
www.gemeindezeitung.de

Ankauf / Briefmarken

Briefmarken-Ankauf
auch Münzen, Briefe, Ansichtskarten
Briefmarkenauktionshaus Schütz
Frauentorgraben 73 - 90443 Nürnberg
Telefon: 0911 / 2 40 68 70

5. November 2015

3. BAYERISCHES BREITBAND FORUM Stadthalle Neusäß
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-breitbandforum.de

Computer Netzwerke

Die Netzwerkprofis crystal GmbH
Ihr Partner für alles rund um Netzwerke —
von Entwurf zu Umsetzung und mehr.
The experts for networks.
Weitere Informationen: Tel.: +49 881 60094080 • info@crystal.de • www.crystal.de

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:
Constanze von Hassel
Telefon 081 71.9307-13
hassel.constanze@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:
Theresa von Hassel
Telefon 08171.9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Gebäudedienstleistungen



Ihr zuverlässiger Partner
für die Gebäudereinigung

seit 1910



Prior & Peußner
Gebäudedienstleistungen

Für Sie vor Ort:
86356 Neusäß • 90427 Nürnberg

www.pp-service.com

NÜRNBERG 2015
KOMMUNALE
9. FACHMESSE
UND KONGRESS
FÜR KOMMUNAL-
BEDARF
14./15. Okt. 2015
Messe Nürnberg www.kommunale.de
Die Bayerische Gemeindezeitung ist Medienpartner

Gewerbebau

Laumer Bautechnik GmbH
Bahnhofstr. 8
84323 Massing
Tel.: 08724/88-0 Fax: 88-500
Maschinenhallen · Wertstoffhöfe · Technikräume
Fertigteile in Holz und Beton aus eigener Herstellung
www.laumer.de · info@laumer.de

Sie finden uns auf Twitter und Facebook:
www.twitter.com/gz_aktuell
www.facebook.com/GZaktuell

Kindergarteneinrichtungen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

Kommunalfahrzeuge



Für jeden der richtige Unimog.
Bei Ihren Profis in der Region.

Henne-Unimog GmbH
85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Beuthauser-Bassewitz GmbH & Co. KG
93095 Hagelstadt, www.bassewitz.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge
89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunal- und Agrartechnik GmbH & Co. KG
95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG
97076 Würzburg-Lengfeld, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH
95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihr Partner für kommunale Finanzierungen

www.bayernlabo.de **Bayern Labo**

Frühjahr 2016
4. BAYERISCHES WASSERKRAFT FORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-wasserkraftforum.de

Schacht-Ausrüstungen

Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme



Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger · Fax: (02773)821218
Telefon: (02773)821256 · www.hailo-professional.de

Sitzmöbelhersteller

Das Krenzer-Modularsystem **KRENZER**
... clevere Raumkonzepte
Fordern Sie unsere neuen
Verkaufsunterlagen an.
Walter Krenzer GmbH & Co KG · Industriestraße 26 · 35684 Dillenburg (Frohnhausen)
Tel.: 0 27 71/32 08-0 · E-Mail: info@krenzer-sitzmoebel.de · www.krenzer-sitzmoebel.de

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe
Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 | D-97285 Röttingen
Tel. 093 3889-0 | Fax 093 3889-199
E-Mail eibe@eibe.de | www.eibe.net

23. Juni 2016
9. BAYERISCHES ENERGIEFORUM
der Bayerischen Gemeindezeitung
www.bayerisches-energieforum.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER
Wartehallen
38685 Langelsheim | www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

weihnachtsbeleuchtung
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
bahnhofstraße 8
91233 neunkirchen a. sand
telefon: 09123/99 812 99
telefax: 09123/99 812 98
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Wir liefern in 8-14 Tagen
und das bis kurz vor Weihnachten!